

**HESSISCHER LANDTAG**

25. 02. 2025

32. Sitzung

Wiesbaden, den 25. Februar 2025

Inhalt

Amtliche Mitteilungen	2159	Einzelplan 02	2161
<i>Entgegenommen</i>	2160	Robert Lambrou	2161
Vizepräsident Frank Lortz	2159	Ministerpräsident Boris Rhein	2165
Präsidentin Astrid Wallmann	2159	Mathias Wagner (Taunus)	2169
		Tobias Eckert	2172
		Wiebke Knell	2176
		Ines Claus	2180
31. Dringlicher Antrag			
Fraktion der AfD		17. Antrag	
Für einen freien Wohnungsmarkt: Aufhebung der Landesverordnungen zur Mietpreisbremse, abgesenkten Kappungsgrenze und zum Umwandlungsvorbehalt		Fraktion der CDU, Fraktion der SPD, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Fraktion der Freien Demokraten	
– Drucks. 21/1714 –	2160	Für freie Selbstbestimmung und gerechten Frieden – Hessen bekräftigt seine fortwährende Solidarität mit dem ukrainischen Volk	
<i>Zurückgezogen</i>	2160	– Drucks. 21/1707 –	2183
		<i>Angenommen</i>	2189
35. Dringlicher Antrag		Tobias Utter	2183
Fraktion der AfD		Angela Dorn	2184
Echte Bauwende für Hessen: Bürokratie abbauen, Kosten senken, Wohnraum schaffen		Dr. Matthias Büger	2185
– Drucks. 21/1727 –	2160	Robert Lambrou	2186
<i>Zurückgezogen</i>	2160	Stephan Grüger	2187
		Minister Manfred Pentz	2188
5. Zweite Lesung			
Gesetzentwurf		1. Fragestunde	
Landesregierung		– Drucks. 21/1626 –	2189
Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2025 (Haushaltsgesetz 2025)		<i>Abgehalten</i>	2202
– Drucks. 21/1715 zu Drucks. 21/1378 –	2160		
<i>Beratung begonnen</i>	2183	Frage 129	2189
Bernd Erich Vohl	2161	Karsten Bletzer	2189
		Ministerin Prof. Dr. Kristina Sinemus	2189

Frage 130	2190
Dr. Frank Grobe	2190, 2190, 2191
Minister Timon Gremmels	2190, 2190, 2191
Frage 131	2191
Miriam Dahlke	2191, 2191
Minister Manfred Pentz	2191, 2191
Frage 132	2192
Katy Walther	2192, 2192, 2192
Minister Kaweh Mansoori	2192, 2192, 2193, 2193
Yanki Pürsün	2193
Frage 133	2193
Karsten Bletzer	2193
Minister Ingmar Jung	2193
Frage 134	2194
René Rock	2194, 2194
Minister Kaweh Mansoori	2194, 2194
Frage 135	2194
Julia Herz	2194, 2194, 2195
Minister Armin Schwarz	2194, 2195, 2195, 2196, 2196
Dr. Frank Grobe	2196
Sascha Meier	2196
Frage 136	2196
Patrick Schenk (Frankfurt)	2196, 2197, 2198
Minister Christian Heinz	2196, 2197, 2197, 2198, 2198
Marion Schardt-Sauer	2197
J. Michael Müller (Lahn-Dill)	2198
Frage 139	2198
Dr. Stefan Naas	2198, 2199, 2199
Staatssekretär Benedikt Kuhn	2198, 2199, 2199
Frage 141	2199
Martina Feldmayer	2199, 2200, 2200
Minister Ingmar Jung	2199, 2200, 2200
Frage 142	2200
Marion Schardt-Sauer	2200, 2200
Minister Christian Heinz	2200, 2201

Frage 143	2201
Yanki Pürsün	2201, 2202, 2202
Minister Prof. Dr. R. Alexander Lorz	2201, 2202, 2202
Patrick Schenk (Frankfurt)	2202

Die Fragen 144 bis 149 sollen auf Wunsch der Fragestellerin und der Fragesteller in der nächsten Fragestunde beantwortet werden.

2. Erste Lesung	
Gesetzentwurf	
Fraktion der Freien Demokraten	
Zweites Gesetz zur Änderung der Hessischen Bauordnung (Erste-Hilfe-Set HBO)	
– Drucks. 21/1701 –	2203
<i>Nach erster Lesung dem Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Verkehr, Wohnen und ländlichen Raum überwiesen</i>	2207
Dr. Stefan Naas	2203
Elke Barth	2204
Dimitri Schulz	2204
Martina Feldmayer	2205
J. Michael Müller (Lahn-Dill)	2206
Minister Kaweh Mansoori	2207
3. Erste Lesung	
Gesetzentwurf	
Fraktion der CDU, Fraktion der SPD	
Zweites Gesetz zur Änderung der Hessischen Bauordnung	
– Drucks. 21/1705 –	2207
<i>Nach erster Lesung dem Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Verkehr, Wohnen und ländlichen Raum überwiesen</i>	2213
Annette Wetekam	2208
Dimitri Schulz	2208
Oliver Stirböck	2209
Martina Feldmayer	2210
Bijan Kaffenberger	2211
Minister Kaweh Mansoori	2212
9. Dritte Lesung	
Gesetzentwurf	
Landesregierung	
Gesetz über die Ausgliederung der Stadt Hanau aus dem Main-Kinzig-Kreis und zur Änderung anderer Rechtsvorschriften	
– Drucks. 21/1682 zu Drucks. 21/1561 zu Drucks. 21/1419 –	2213
<i>In dritter Lesung angenommen:</i>	
<i>Gesetz beschlossen</i>	2217
Christoph Sippel	2213, 2213
Cirsten Kunz-Strueder	2214
Moritz Promny	2214
Heiko Kasseckert	2215
Bernd Erich Vohl	2216
Minister Prof. Dr. Roman Poseck	2216

Anwesenheit

Im Präsidium:

Präsidentin Astrid Wallmann
Vizepräsident Frank Lortz
Vizepräsidentin Dr. Daniela Sommer
Vizepräsident René Rock

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Boris Rhein
Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr, Wohnen und ländlichen Raum Kaweh Mansoori
Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales und Entbürokratisierung
und Bevollmächtigter des Landes Hessen beim Bund Manfred Pentz
Minister des Innern, für Sicherheit und Heimatschutz Prof. Dr. Roman Poseck
Minister der Finanzen Prof. Dr. R. Alexander Lorz
Minister der Justiz und für den Rechtsstaat Christian Heinz
Minister für Kultus, Bildung und Chancen Armin Schwarz
Minister für Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur Timon Gremmels
Ministerin für Digitalisierung und Innovation Prof. Dr. Kristina Sinemus
Minister für Landwirtschaft und Umwelt, Weinbau, Forsten, Jagd und Heimat Ingmar Jung
Ministerin für Familie, Senioren, Sport, Gesundheit und Pflege Diana Stolz
Ministerin für Arbeit, Integration, Jugend und Soziales Heike Hofmann
Staatssekretär und Chef der Staatskanzlei Benedikt Kuhn
Staatssekretär Tobias Rösmann
Staatssekretär Umut Sönmez
Staatssekretärin Karin Müller
Staatssekretär Martin Rößler
Staatssekretär Uwe Becker
Staatssekretärin Tanja Eichner
Staatssekretär Dr. Manuel Lösel
Staatssekretär Christoph Degen
Staatssekretär Stefan Sauer
Staatssekretär Michael Ruhl
Staatssekretärin Dr. Sonja Optendrenk
Staatssekretärin Katrin Hechler
Staatssekretärin Manuela Strube

Abwesende Abgeordnete:

Tarek Al-Wazir
Frederik Bouffier
Andreas Lichert
Jan-Wilhelm Pohlmann
Christin Ziegler (Schwalm-Eder)

(Beginn: 14:06 Uhr)

Vizepräsident Frank Lortz:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 32. Plenarsitzung des Hessischen Landtages und stelle die Beschlussfähigkeit des Hauses fest.

Ich erteile zunächst Frau Landtagspräsidentin Astrid Wallmann zum dritten Jahrestag des russischen Überfalls auf die Ukraine das Wort. Bitte sehr, Frau Präsidentin.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Zeitenwende – dieser von Bundeskanzler Olaf Scholz geprägte Begriff fasst zusammen, was viele Menschen in den Tagen nach dem 24. Februar 2022 empfanden. Denn der Beginn des völkerrechtswidrigen russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine an jenem Tag vor drei Jahren markiert eine historische Zäsur, mit der eine jahrzehntelange Epoche des Friedens in Europa ihr jähes Ende fand. Der 24. Februar 2022 gehört daher zu jenen Daten, die unsere Wahrnehmung in ein Davor und ein Danach teilen.

An diesem Tag sprach der Generalkonsul der Ukraine, Vadym Kostiuk, hier im Parlament zu uns. Viele von uns waren anwesend und werden seine Worte nie vergessen.

Drei Jahre sind seitdem vergangen. Vieles hat sich seither verändert in der Welt und auch in Deutschland. Doch der Krieg in der Ukraine dauert unvermindert an. An seiner Brutalität, seinem Gräuel und dem Leid, das er über unschuldige Menschen bringt, hat sich nichts geändert.

Verändert hat sich aber in Teilen die Wahrnehmung dieses Krieges in unserem Land. Gegenüber dem Schicksal des ukrainischen Volkes scheinen mehr Menschen als noch vor drei Jahren eine gewisse Gleichgültigkeit zu empfinden. Anders lässt sich meines Erachtens nicht erklären, weshalb diese Stimmen immer lauter ein sofortiges Ende des Krieges fordern.

Um nicht missverstanden zu werden: Selbstverständlich sehnen wir alle einen baldigen Frieden herbei, gerade die Menschen in der Ukraine sicher mehr als irgendjemand sonst. Aber wer ein sofortiges Ende des Krieges fordert, während zugleich der Aggressor hierzu keinerlei Bereitschaft zeigt, der kann mit dieser Forderung nur die Kapitulation der Ukraine zu russischen Bedingungen und damit ihre Selbstaufgabe von Souveränität, Freiheit und Demokratie meinen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, um es klar zu sagen: Solches von Menschen zu fordern, die mit gleichem Recht wie wir in Deutschland frei und selbstbestimmt leben wollen und dafür seit Jahren einen furchtbaren Krieg erdulden, ist kein Ausdruck von Friedensliebe,

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Freie Demokraten)

sondern lässt jeden Respekt vor einer Bevölkerung vermessen, die nichts anderes im Sinn hat, als sich zu verteidigen. Es ist und bleibt alleine das Recht des ukrainischen Volkes, darüber zu bestimmen, ob es diesen Kampf um seine Freiheit fortführen will.

In den vergangenen Jahren konnte die Ukraine bei allem Leid und bei allen Entbehrungen zumindest immer auf die Unterstützung ihrer Freunde bauen. Und wir sind stolz, dass wir uns zu diesen Freunden zählen dürfen. Dieser Beistand des politischen Westens stärkte das ukrainische Volk nicht nur politisch, militärisch und finanziell, sondern vor allem auch mental.

Der politische Wechsel jenseits des Atlantiks hat uns bereits seit einigen Wochen befürchten lassen, dass diese so wichtige Einheit der Staaten, die gemeinsame Werte der Freiheit und Demokratie verbinden, Risse bekommen könnte. Doch in der vergangenen Woche mussten wir erkennen, dass in dieser Hinsicht selbst unsere schlimmsten Befürchtungen übertroffen wurden. Nicht nur wurde über die Ukraine und ihre europäischen Freunde hinweg ein Verhandlungsprozess mit Russland vereinbart, sondern in bislang beispielloser Weise erfolgte eine Täter-Opfer-Umkehr, indem nicht mehr dem autoritären Aggressor, sondern dem demokratisch legitimierte Verteidiger die Verantwortung für diesen Krieg zugesprochen wurde.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es gibt einen Grund, weshalb ich heute nicht, wie üblich, an meinem Platz im Präsidium, sondern am Rednerpult zu Ihnen spreche. Von hier aus richtete vor drei Jahren der ukrainische Generalkonsul Vadym Kostiuk das Wort an uns Abgeordnete. Und von hier aus möchte ich heute auch eine klare Botschaft übermitteln. Denn Herr Kostiuk ist heute als besonderer Gast auf der Besuchertribüne anwesend, wofür ich sehr dankbar bin.

(Anhaltender allgemeiner Beifall)

Sehr geehrter, lieber Herr Kostiuk, damals, vor drei Jahren, haben Sie hier am Pult gestanden. Sie haben uns alle mit Ihrer Rede zutiefst bewegt. Heute antworte ich Ihnen – stellvertretend für die Ukrainerinnen und Ukrainer – und sage für die Abgeordneten dieses Hauses: Wir stehen auch und gerade jetzt in unverbrüchlicher Freundschaft zu Ihrem Volk.

(Anhaltender allgemeiner Beifall)

Mag auch mancher dies- und jenseits des Atlantiks vergessen haben, wer für diesen Krieg die alleinige Verantwortung trägt: Wir haben und wir werden es nicht vergessen. Aus diesem Grund wird unsere Haltung zu diesem Krieg auch weiterhin nicht von der Propaganda aus Moskau, sondern von den historischen Tatsachen bestimmt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich abschließend noch eine Aufgabe benennen, die nach meiner festen Überzeugung uns allen gerade jetzt zukommt. Wir – damit meine ich insbesondere uns Abgeordnete als politisch Verantwortliche – müssen noch stärker als bisher öffentlich deutlich machen, was uns als Deutsche und Europäer dieser Krieg konkret angeht.

Unsere Solidarität mit der Ukraine ist nicht, wie es in manchen Debatten mitunter den Anschein hat, eine rein altruistische Geste, mit der wir Freunde und Verbündete völlig uneigennützig unterstützen; und die Ukraine wiederum verteidigt ihrerseits nicht nur abstrakte, von uns geteilte Werte, so heroisch auch das wiederum klingen mag. Nein, spätestens seit dem jüngsten radikalen Kurswechsel der USA sollte uns allen klar sein, dass die seit Langem bekannte Einschätzung vieler Beobachter, wonach der Krieg gegen die Ukraine nur der Auftakt für eine militärische und politische Destabilisierung ganz Europas gewesen sein

könnte, sich nun zu einem realen Szenario zu entwickeln droht.

Gleichgültigkeit gegenüber dem Schicksal der Ukraine wäre daher nichts anderes als Gleichgültigkeit gegenüber unserem eigenen Schicksal, unserer eigenen Freiheit und unserem eigenen Leben in Frieden. Diese fundamentale Erkenntnis zu verbreiten und zu verinnerlichen liegt somit auch in unserem ureigensten Interesse.

Wenn die ernüchternden Nachrichten der vergangenen Tage und Wochen doch etwas Gutes gehabt haben mögen, dann vielleicht das eine: die Erkenntnis, dass wir uns jetzt der unbequemen Wahrheit, dass die Zeitenwende tatsächlich eben eine solche war, in einer Weise stellen müssen, die wir zwar im Verlauf der vergangenen drei Jahre aus verständlichen Gründen zu verdrängen versucht haben, die uns aber jetzt ermöglicht, konsequent die richtigen Schlussfolgerungen zu ziehen. Das ist meine Hoffnung, die ich am heutigen Tage mit Ihnen teilen möchte.

(Lang anhaltender Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Freie Demokraten)

Vizepräsident Frank Lortz:

Frau Präsidentin, herzlichen Dank für Ihre Ausführungen.

Meine Damen und Herren, ich darf nun zu den amtlichen Mitteilungen kommen.

Zur Tagesordnung darf ich auf Folgendes hinweisen. Die Tagesordnung vom 18. Februar 2025 und der Nachtrag vom heutigen Tag liegen Ihnen vor.

Die Setzpunkte werden im Rahmen der Aktuellen Stunde am Donnerstag mit einer Redezeit von jeweils zehn Minuten je Fraktion aufgerufen. Das betrifft die Tagesordnungspunkte 11, 14 bis 16 und 36.

Die beiden ursprünglich auf dem Nachtrag aufgeführten Dringlichen Anträge, die **Tagesordnungspunkte 31 und 35**, wurden von der Fraktion der AfD zurückgezogen.

Außerdem wird der Tagesordnungspunkt 9, die dritte Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz über die Ausgliederung der Stadt Hanau aus dem Main-Kinzig-Kreis und zur Änderung anderer Rechtsvorschriften, Drucks. 21/1682 zu Drucks. 21/1561 zu Drucks. 21/1419, aufgrund von Redezeitverkürzungen heute Abend – statt am Donnerstag – aufgerufen.

Noch eingegangen und auf Ihren Plätzen verteilt ist ein Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion der Freien Demokraten betreffend das Flächen-Faktor-Verfahren – von Anfang an der falsche Weg, Drucks. 21/1733. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Dann wird dieser Dringliche Entschließungsantrag Tagesordnungspunkt 37 und kann, wenn niemand widerspricht, zusammen mit Tagesordnungspunkt 11, dem Setzpunkt der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, aufgerufen werden. – Dann verfahren wir so.

Damit kommen wir zur Feststellung der Tagesordnung für die 32., 33. und 34. Sitzung mit den eben besprochenen Änderungen und Ergänzungen. Gibt es Einwände von Ihrer Seite? – Das ist nicht der Fall. Dann ist die Tagesordnung so genehmigt.

Nach dem vorliegenden Ablaufplan tagen wir heute voraussichtlich bis 19:20 Uhr.

Ich möchte nun, wie immer, die Besucherinnen und Besucher auf der Besuchertribüne begrüßen. Seien sie uns herzlich willkommen im Hessischen Landtag.

(Allgemeiner Beifall)

Zudem darf ich Sie darüber informieren, dass heute und in den kommenden zwei Tagen Schülerinnen und Schüler der Theodor-Heuss-Schule Baunatal den Hessischen Landtag besuchen, um während des Seminars „Im Zentrum der Landespolitik“ die Gelegenheit zu nutzen, neben der Teilnahme an den politischen Debatten auch einzelne Abgeordnete in der Lobby zu interviewen. Ich wünsche Ihnen viel Spaß und interessante Gespräche.

Zu den Entschuldigungen. Es fehlen heute von der Fraktion der CDU die Abgeordneten Frederik Bouffier, Jan-Wilhelm Pohlmann und Christin Ziegler, von der Fraktion der AfD der Abgeordnete Andreas Lichert, von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Abgeordnete Tarek Al-Wazir und, bis 15 Uhr, von den fraktionslosen Abgeordneten der Kollege Dirk Gaw. Gibt es weitere Entschuldigungen aus Ihren Reihen? – Das ist nicht der Fall.

An dieser Stelle würde ich nun gern Glückwünsche an die Kollegen Frederik Bouffier, Jan-Wilhelm Pohlmann und Tarek Al-Wazir richten, die neu in den Bundestag gewählt wurden. Sie befinden sich heute allerdings aufgrund von Sitzungen in Berlin. Wir verschieben die offizielle Gratulation daher auf Donnerstag und wünschen ihnen trotzdem schon jetzt alles Gute von hier aus.

(Allgemeiner Beifall)

Zuletzt möchte ich Sie daran erinnern, dass im Anschluss an die heutige Plenarsitzung – eingeladen ist ab 19:30 Uhr – der parlamentarische Abend der Arbeitsgemeinschaft der Wohnungs- und Immobilienverbände Hessen im Landtagsrestaurant stattfindet. Debattieren Sie also so, dass wir den parlamentarischen Abend pünktlich beginnen können.

Ich rufe nun **Tagesordnungspunkt 5** auf:

Zweite Lesung

Gesetzentwurf

Landesregierung

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2025 (Haushaltsgesetz 2025)

– **Drucks. 21/1715 zu Drucks. 21/1378** –

Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, die Generaldebatte heute abzuhalten und die Beratungen über die anderen Einzelpläne sowie die Abstimmungen am morgigen Mittwoch vorzunehmen.

Der Anlage zu Tagesordnungspunkt 5 können Sie entnehmen, dass sich die Fraktionen im Ältestenrat auf eine Gesamtredezeit von 110 Minuten je Fraktion verständigt haben. Diese Gesamtredezeit wird in eine Redezeit von 20 Minuten je Fraktion für den Einzelplan 02 und insgesamt 90 Minuten für die Einzelpläne 01 und 03 bis 15 ohne Begrenzung der Redezeit für die einzelnen Rednerinnen oder Redner bei der Aussprache über den jeweiligen Einzelplan aufgeteilt. Jedem fraktionslosen Abgeordneten stehen insgesamt vier Minuten Redezeit für alle Einzelpläne zu.

Im Ältestenrat wurde vereinbart, dass beim Einzelplan 02 wie auch bei den anderen Einzelplänen Kurzinterventionen auf die Redezeit angerechnet werden.

Folgende Rednerreihenfolge wurde festgelegt: Die Fraktion der AfD beginnt. Danach spricht der Ministerpräsident. Es folgen die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Fraktion der SPD, die Freien Demokraten, die CDU und, sofern gewünscht, die fraktionslosen Abgeordneten.

Ich erteile zunächst dem Vorsitzenden des Haushaltsausschusses, Herrn Bernd Erich Vohl, als Berichterstatter das Wort. Bitte sehr.

Bernd Erich Vohl, Berichterstatter:

Herr Präsident! Beschlussempfehlung: Der Haushaltsausschuss empfiehlt dem Plenum, den Gesetzentwurf in zweiter Lesung unverändert anzunehmen: CDU, SPD gegen AfD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Freie Demokraten.

Der Haushaltsausschuss empfiehlt dem Plenum, zu den Einzelplänen folgende Beschlüsse zu fassen:

Der Einzelplan 01 – Hessischer Landtag – wird angenommen: CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Freie Demokraten gegen AfD.

Der Einzelplan 02 – Hessischer Ministerpräsident – wird angenommen: CDU, SPD gegen AfD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Freie Demokraten.

Der Einzelplan 03 – Hessisches Ministerium des Innern, für Sicherheit und Heimatschutz – wird angenommen: CDU, SPD gegen AfD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Freie Demokraten.

Zu den weiteren Einzelplänen wurde genauso abgestimmt: CDU, SPD gegen AfD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Freie Demokraten; zum Staatsgerichtshof und zum Rechnungshof einstimmig. – Vielen Dank.

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Herr Berichterstatter. – Ich rufe jetzt vereinbarungsgemäß den

Einzelplan 02 – Hessischer Ministerpräsident –

auf und eröffne die Aussprache. Es beginnt der Fraktionsvorsitzende der AfD, Kollege Robert Lambrou. Bitte sehr, Sie haben das Wort.

Robert Lambrou (AfD):

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr verehrte Damen und Herren! Als die schwarz-rote Landesregierung Anfang letzten Jahres ihre Arbeit aufnahm, hatte ich die stille Hoffnung, dass die Politik in Hessen ohne den grünen Geist zumindest ein wenig besser werden könnte. Doch ein Blick auf die Fakten zeigt, dass es mit unserem Bundesland weiter abwärtsgeht, und das mit zunehmendem Tempo.

(Beifall AfD, Sascha Herr und Maximilian Mürger (fraktionslos))

Mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf kommen Sie trotz Zuhilfenahme der letzten Rücklagenreste nicht ohne weitere Neuverschuldung aus. Nachdem die schwarz-rote Landesregierung im Sommer 2024 bereits mit dem Nachtragshaushalt die Rücklagen um weitere 700 Millionen Euro geplündert hat, werden mit dem Landeshaushalt 2025 noch einmal 500 Millionen Euro aus der allgemeinen Rücklage entnommen. Damit ist diese praktisch aufgelöst und weist

nur noch eine Restsumme von 122 Millionen Euro aus. Selbst vor einem Zugriff auf die Baurücklagen der Hochschulen in Höhe von 475 Millionen Euro schrecken Sie nicht zurück.

Trotzdem soll die Neuverschuldung im laufenden Jahr um weitere 670 Millionen Euro ansteigen. Obwohl Sie mit einem Einnahmenplus von 6,2 % rechnen, übersteigen die bereinigten Ausgaben im vorliegenden Haushaltsentwurf die Einnahmen um rund 1,3 Milliarden Euro. Die neue Landesregierung schafft es also nicht einmal ansatzweise, einen kameral ausgeglichenen Haushalt vorzulegen.

(Beifall AfD, Sascha Herr und Maximilian Mürger (fraktionslos))

In doppischer Betrachtung rechnet das hessische Finanzministerium für 2024 mit einem negativen Ergebnis der Geschäftstätigkeit in Höhe von 7,2 Milliarden Euro. Für das laufende Jahr – 2025 – wird ein neuer absoluter Minusrekordwert in Höhe von 12,9 Milliarden Euro erwartet.

(Dr. Frank Grobe (AfD): Hört, hört!)

Der durchschnittliche Fehlbetrag hat sich inzwischen verdoppelt. Wir rutschen immer schneller immer tiefer in den roten Bereich. Allein diese Zahlen müssten Sie doch dazu bringen, aufzuwachen. Wie soll das denn weitergehen, Herr Ministerpräsident?

(Beifall AfD, Sascha Herr und Maximilian Mürger (fraktionslos))

Die Korrekturanläufe, die Sie bisher machen, genügen nicht einmal in Ansätzen, um die Talfahrt der Landesfinanzen aufzuhalten, geschweige denn, sie umzukehren. Doch anstatt sich ernsthaft Gedanken darüber zu machen, wie der Landeshaushalt konsolidiert werden kann, denken Sie lieber darüber nach, wie Sie die Schuldenbremse aushebeln können.

Das ist eindeutig der falsche Weg. Sie sprechen hier viel von „Renaissance der Realpolitik“. Ich sage Ihnen, was das ist: Das ist der Weg in die finanzielle Verantwortungslosigkeit.

(Beifall AfD, Sascha Herr und Maximilian Mürger (fraktionslos))

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Bundes-CDU sollte sich das Zwischenergebnis der hessischen schwarz-roten Landesregierung nach einem Jahr genau ansehen, bevor sie im Bund in Koalitionsverhandlungen geht. Denn das Fazit nach zehn Jahren Schwarz-Grün und einem Jahr Schwarz-Rot hier in Hessen lautet: Solange die CDU mit linken Parteien koalitiert, wird es keinen Politikwechsel geben, weder in Hessen noch im Bund.

(Beifall AfD, Sascha Herr und Maximilian Mürger (fraktionslos))

Die so dringend nötigen entscheidenden Weichenstellungen in der Haushalts-, Migrations-, Wirtschafts- und Energiepolitik sowie beim Bürokratieabbau bleiben aus. Gehen wir die Bereiche einmal durch, in denen eine Kehrtwende nötig wäre und in denen das Steuergeld versickert, ohne dass es Hessen dadurch besser ginge.

In der Bauwirtschaft zeigt die Kurve der Investitionsbereitschaft privater Bauherren seit Jahren steil nach unten. Die Anzahl der Baugenehmigungen hat sich in Hessen seit 2021 halbiert, und das trotz massiven Wohnungsmangels.

Dabei sind es gerade die privaten Bauherren, die traditionell die meisten Wohnungen bauen, nicht der Staat. Die Bauwirtschaft wartet mittlerweile händeringend auf Planungssicherheit. Wer nicht weiß, welche Heizung er morgen noch verbauen darf, welche Klimaschutzauflagen und bürokratischen Hürden morgen gelten, wer nicht weiß, wie sich die Kosten in der viel zu langen Zeitspanne zwischen Antragstellung und Baugenehmigung verändern werden, der wartet lieber ab, als dass er russisch Roulette spielt.

(Beifall AfD, Sascha Herr und Maximilian Mürger (fraktionslos) – Zuruf J. Michael Müller (Lahn-Dill) (CDU))

Eine Investition muss sich für den Investor rechnen, sonst investiert er nicht. So einfach ist das, meine Damen und Herren. Aber anstatt diese Probleme grundhaft anzugehen, versuchen Sie es wieder mit Ausweichmanövern wie dem Hessengeld, das eher ein Hessentrinkgeld ist.

Schauen wir in den Bereich Wirtschaft. Warum ist die Wirtschaft für den Landeshaushalt so wichtig? – Weil wirklich jeder Euro, den das Land zu verteilen hat, zu nächst einmal erwirtschaftet werden muss, wenn er nicht aus Schulden kommen soll. Das ist eine Kleinigkeit, die auf der linken Seite des Hauses gerne einmal vergessen wird.

(Beifall AfD, Sascha Herr und Maximilian Mürger (fraktionslos))

Wer eine soziale Politik will, der muss eine wirtschaftsfreundliche Politik betreiben. Er muss der Wirtschaft ermöglichen, stark zu sein und hohe Profite zu erzielen. Sie aber tun weiterhin das Gegenteil. Die hessische Wirtschaft leidet immer noch unter den sehr hohen Energiepreisen, weil Sie sich nicht dazu durchringen können, die Energiepreise als das zu erkennen, was sie ist: ein gescheitertes Experiment mit desaströsen Folgen.

(Beifall AfD, Sascha Herr und Maximilian Mürger (fraktionslos))

Die Wirtschaft leidet unter unsinnigsten Berichtspflichten, die Arbeitskräfte binden, ohne produktiv zu sein.

(Stephan Gröger (SPD): Pure Ideologie!)

Die Wirtschaft leidet unter dem Fachkräftemangel, den man mit einer falschen Bildungspolitik mitverursacht hat, indem man linken und leistungsfeindlichen Ideologien hinterhergelaufen ist.

(Beifall AfD, Sascha Herr und Maximilian Mürger (fraktionslos))

Eine weitere Ursache für den Fachkräftemangel ist Ihre Politik, die der Wirtschaft so viele Fesseln angelegt hat, dass kreative Köpfe und Leistungsträger dem Land eher den Rücken kehren, als hierher einzuwandern.

Was tut die Landesregierung, um diese Überregulierung zu beseitigen? Kommt sie beim Bürokratieabbau wenigstens bei sich selbst voran? – Nein, leider nicht. Statt Bürokratie abzubauen, hat die Landesregierung zwei neue Ministerien und vier zusätzliche Stellen für Staatssekretäre geschaffen. In den Ministerien wurden zudem Hunderte neue Mitarbeiter eingestellt.

Herr Ministerpräsident, ich frage Sie: Welche Erfolge hat Entbürokratisierungsminister Manfred Pentz denn nach

über einem Jahr im Amt erzielt? Wir können diese bisher nicht erkennen.

(Beifall AfD, Sascha Herr und Maximilian Mürger (fraktionslos) – Zuruf J. Michael Müller (Lahn-Dill) (CDU) – Holger Bellino (CDU): Sind das Fake News?)

Das SPD-geführte Wirtschaftsministerium macht in erster Linie durch interne Machtkämpfe um eine entlassene Staatssekretärin auf sich aufmerksam. Das Auffälligste, was Wirtschaftsminister Mansoori, SPD, bisher zustande gebracht hat, ist, dass ein Untersuchungsausschuss gegen sein Vorgehen veranlasst wurde.

(Beifall AfD, Sascha Herr und Maximilian Mürger (fraktionslos))

Ansonsten folgt der Wirtschaftsminister der linken Doktrin, dass möglichst viele staatliche Eingriffe nötig seien. Das Gegenteil ist jedoch der Fall. Sowohl vom angekündigten Hessenfonds als auch von der Reform des Hessischen Tarifreue- und Vergabegesetzes zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit regionaler Unternehmen ist auch nach einem Jahr noch keine Wirkung erkennbar. Statt die Wirtschaft durch die Rücknahme von Vorschriften, Auflagen und Gesetzen zu entlasten und zu befreien, versuchen Sie es weiter mit Steuergeldsubventionen. Subventionen entfesseln aber nicht die Kräfte des Marktes, sondern sie binden sie in Fehlallokationen und Verzerrungen, Herr Wirtschaftsminister.

(Beifall AfD, Sascha Herr und Maximilian Mürger (fraktionslos))

Neben der ungebremsten Deindustrialisierung ist und bleibt aber die Migration das große Problem.

(Zuruf Vanessa Gronemann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Ja, sicher komme ich auch auf dieses Thema zu sprechen. Das muss ich auch, da dieses Thema bei Ihnen und bei den Vertretern aller anderen Parteien allzu gerne ausgeklammert wird.

(Beifall AfD, Sascha Herr und Maximilian Mürger (fraktionslos))

Auch auf diesem Feld tut die Landesregierung genau nichts. An allen Stellen, an denen Hessen mit der Migration befasst ist, rinnt uns das Steuergeld wie Wasser aus einem Eimer mit großen Löchern. Darüber, wie viel uns in Hessen diese Massenmigration tatsächlich kostet, haben Sie in Wahrheit doch schon längst den Überblick und die Kontrolle verloren.

(Beifall AfD, Sascha Herr und Maximilian Mürger (fraktionslos))

Die illegale Massenmigration kostet überall: in den Schulen, bei der inneren Sicherheit, bei der Unterbringung, bei den Lebenshaltungskosten, bei der Gesundheitsversorgung, in der Justiz, in den Sozialbehörden, und, und, und.

Schenkt man dem Innenminister Glauben, könnte man meinen, Sie befinden sich in einem totalen Blindflug; denn zu fast allem, was wir in diesem Zusammenhang fragen, bekommen wir zu hören, dass Ihnen keine Daten vorliegen. Zu keinem Sachverhalt hat der Innenminister Erkenntnisse.

(Beifall AfD, Sascha Herr und Maximilian Mürger (fraktionslos))

Das ist auch kein Wunder; denn noch immer fehlt es an der Koordination und dem Datenaustausch zwischen den Behörden, egal, was Sie uns hier im Parlament erzählen. Diese Landesregierung verfügt über keine wirksame Kontrolle im Hinblick darauf, wer sich im Land aufhält und welche Gefahr von diesen Personen eventuell ausgeht.

(Beifall AfD, Sascha Herr und Maximilian Mürger (fraktionslos))

Die Landesregierung erhebt nicht einmal Daten darüber, wie viele Afghanen mit Asylstatus ohne vorherige behördliche Genehmigung zeitweise in ihr Heimatland zurückgereist sind. Es mangelt an Transparenz und am politischen Willen, eine echte Kehrtwende in der Migrationspolitik herbeizuführen.

(Beifall AfD und Sascha Herr (fraktionslos))

Es weiß auch niemand so genau, wie viele der hier gemeldeten Migranten, für die der hessische Steuerzahler aufkommen muss, sich tatsächlich im Land befinden. Nur eines ist sicher: Das Geld fließt, und sei es als Taschengeld für den jährlichen Heimaturlaub.

(Beifall AfD, Sascha Herr und Maximilian Mürger (fraktionslos))

Die Untätigkeit dieser Landesregierung kostet allerdings nicht nur Geld, sondern im schlimmsten Fall auch Leben.

(J. Michael Müller (Lahn-Dill) (CDU): Oh, unfassbar!)

Aufgrund der Vielzahl der Gefährder und Schläfer, insbesondere aus Afghanistan und Syrien, hat diese Landesregierung keinen Überblick darüber, wie viele mögliche Anschlagstäter und Terroristen sich im Land aufhalten.

(Beifall AfD, Sascha Herr und Maximilian Mürger (fraktionslos))

Lieber Herr Müller, diese Passage ist jetzt exklusiv für Sie. Besonders deutlich wurde dies bei afghanischen Gewalttättern. Sowohl bei dem in Hessen wohnhaften Attentäter von Mannheim als auch bei dem Attentäter von Frankfurt und dem gerade noch rechtzeitig in Gewahrsam genommenen Straftäter von Hanau fehlten valide Erkenntnisse oder die Zusammenführung von Erkenntnissen.

(Beifall AfD und Sascha Herr (fraktionslos))

Zwar wären Abschiebungen Ländersache, ebenso wie der Einbürgerungsprozess, die Ausgestaltung der Bezahlkarte oder die Umstellung auf Sachleistungen, aber diese Landesregierung fühlt sich nicht zuständig und verweist lieber billig auf den Bund.

Entgegen vollmundigen Ankündigungen hat sich an der Lage gar nichts geändert. Es fehlen jegliche materiellen und rechtlichen Voraussetzungen, um die sowohl von der CDU als auch von der SPD mehrfach als notwendig deklarierte Abschiebeoffensive auch wirklich voranzubringen. Es werden auch im Landeshaushalt 2025 deshalb wieder über 1 Milliarde Euro für die Bewältigung des zu erwartenden Flüchtlingszustroms bereitgestellt, anstatt dieses Geld für wirksame und konsequente Rückführungsmaßnahmen einzusetzen.

(Beifall AfD)

Ich frage hier: Warum gibt es eigentlich immer noch keine hessischen Abschiebeflüge?

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Abflüge!)

Das kann man ruhig wiederholen, weil diese Frage auch für viele Bürger von Bedeutung ist. Warum gibt es eigentlich immer noch keine hessischen Abschiebeflüge?

(Beifall AfD)

Ganz anders sieht es bei der Bekämpfung der Opposition und der freien Meinungsäußerung aus. Da ist die Landesregierung hoch aktiv und investiert Millionen Euro an Steuergeldern in Institutionen, Initiativen und Nichtregierungsorganisationen mit eindeutiger politischer Schlagseite und höchst fragwürdigem Demokratieverständnis.

Das zeigt auch die Meldestelle „HessenGegenHetze“. Sie kostete den Steuerzahler seit ihrer Einrichtung im Jahr 2020 über 4 Millionen Euro, übrigens ohne dass es in Hessen bislang auch nur zu einer einzigen Verurteilung im Phänomenbereich „verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates“ kam – keine einzige. Sie stellt eine überflüssige und teure Gängelung der Bürger dar und ist einer Demokratie nicht würdig.

(Beifall AfD)

Haushaltsposten zur Bekämpfung von Islamismus und Linksextremismus muss man hingegen mit der Lupe suchen. Ungelöst bleibt auch die Thematik des wachsenden Antisemitismus. Allen Lippenbekenntnissen hinsichtlich der Wichtigkeit der Thematik zum Trotz, weigert sich diese Landesregierung, deutlich anzuerkennen, dass der teilweise offen und unverhohlen zutage tretende Antisemitismus zu einem ganz erheblichen Teil aus linksextremistischen und muslimischen Kreisen stammt.

(Beifall AfD und Maximilian Mürger (fraktionslos) – Zuruf Turgut Yüksel (SPD))

Wirksame Maßnahmen der Landesregierung zur Eindämmung des Antisemitismus in der Öffentlichkeit und an den Hochschulen fehlen. Die Landesregierung ergeht sich stattdessen in leeren Phrasen wie „Nie wieder“ ist jetzt“ und finanziert großzügig Demokratieförderprojekte, die aber eher der Versorgung links-grüner Parteigänger und Vorfeldanhänger dienen.

(Beifall AfD und Maximilian Mürger (fraktionslos))

Ähnlich wie mit dem nur vordergründig und halbherzig bekämpften Antisemitismus verhält es sich mit der inneren Sicherheit generell. Der Spagat zwischen dem Postulat einer Migration und einer offenen und vielfältigen Gesellschaft und der Gewährleistung innerer Sicherheit ist für jeden sichtbar und brutal gescheitert. Wir unterstützen Menschen, die tatsächlich vor Krieg und Verfolgung fliehen und um Asyl bitten; doch wir als AfD sind zu Recht gegen jede ungefilterte Masseneinwanderung, die uns finanziell, personell und im Bereich der Sicherheit über den Rand des Ertragbaren gebracht hat.

(Beifall AfD, Sascha Herr und Maximilian Mürger (fraktionslos))

Darin stimmen wir übrigens mit der Mehrheit der Bürger unseres Landes überein – im Gegensatz zu Ihnen. Anstatt diese Ursachen klar zu benennen und diese endlich wirksam zu bekämpfen, betreibt diese Landesregierung

weiterhin Symptombekämpfung. Eingeschränkt wird dabei immer mehr die Freiheit unbescholtener Bürger: mehr Polizeibefugnisse, mehr Videoüberwachung, mehr Waffenverbotszonen, mehr Einsatz von KI, mehr Sicherheitsmaßnahmen bei Veranstaltungen, die jüngst dazu führten, dass Karnevalsumzüge entweder abgesagt werden müssen oder gar nicht erst stattfinden können, weil die Auflagen nicht mehr zu bezahlen sind.

(Beifall AfD, Sascha Herr und Maximilian Mäger (fraktionslos) – Zuruf Daniel May (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Kurzum: alles teure, aber letztlich ineffiziente Maßnahmen, solange nicht mit gleicher Verve und gleichem Mitteleinsatz die Ursachen der immer weiter explodierenden Kriminalität benannt und bekämpft werden. Meine Damen und Herren, seit mehr als einem Vierteljahrhundert führt die CDU nun das hessische Innenministerium, und es bleibt bei Symptombekämpfung.

(Beifall AfD, Sascha Herr und Maximilian Mäger (fraktionslos) – Lachen und Zurufe CDU)

Um gegen die Zunahme von Messerangriffen vorzugehen, sollen Waffenverbotszonen helfen. Für die Polizei fordert der Innenminister mehr Befugnisse, zugleich wird aber die Besoldungserhöhung der Beamten verschoben. Gegenüber ihren Beamten erweist sich diese Regierung als stiefmütterlich und gegenüber den Bürgern als argwöhnisch.

(Beifall AfD, Sascha Herr und Maximilian Mäger (fraktionslos) – Zuruf CDU)

Die sogenannte Innenstadtoffensive gegen Kriminalität ist für Innenminister Roman Poseck, CDU, bislang eine Werbereise durch Hessens Städte – in eigener Sache und ohne signifikanten Effekt.

(Max Schad (CDU): Was für ein Quatsch!)

Auch im Sozialministerium besteht Reformbedarf. Seit die SPD-Ministerin Heike Hofmann Anfragen beantwortet, kann diese Landesregierung weder beziffern, wie viele unbegleitete minderjährige Ausländer in Hessen leben, noch, wie hoch die Kosten für deren Unterbringung und Betreuung sind. Die schwarz-grüne Landesregierung war hier wenigstens so ehrlich und hat uns die extrem hohen Kosten noch genannt.

Die Bezahlkarte hat man groß angekündigt und Hinweise der AfD auf Missbrauchsgefahren durch linke Bündnisse ignoriert. Aber zu diesem Thema kommen wir im Verlauf der Plenardebatte noch ausführlich.

(J. Michael Müller (Lahn-Dill) (CDU): Ah! Abwechslung im Themenbereich!)

Traurig sieht es auch im Bereich der Bildung aus: Gewaltdelikte an hessischen Schulen haben sich seit 2015 fast verdoppelt, doch die Ursachen und die Täter werden – anders als zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen – vom CDU-Ministerium nicht benannt.

(Beifall AfD, Sascha Herr und Maximilian Mäger (fraktionslos))

Die Hessische Landesregierung erhebt keine Zahlen bezüglich Messerdelikten an hessischen Schulen. Warum eigentlich nicht? Andere Bundesländer zeigen, dass es geht. Schwarz-Rot hat auch kein Konzept gegen den Lehrermangel, sondern schafft eine Niveaureduktion durch

Ein-Fach-Lehrer und Abstriche bei den Sprachanforderungen für ausländische Lehrkräfte.

Das Genderverbot der Landesregierung in Bildungseinrichtungen hat sich als Luftnummer entpuppt.

(Beifall AfD, Sascha Herr und Maximilian Mäger (fraktionslos))

Vielen Schülern sind die Regeln laut Medienberichten nicht bekannt, etliche Lehrkräfte und Verwaltungseinrichtungen halten sich nach Stichprobenuntersuchungen nicht daran. Herr Ministerpräsident, hätte man es zu einem Gesetz erhoben, wie von der AfD gefordert, wäre eine klare Verbindlichkeit geschaffen worden.

(Beifall AfD, Sascha Herr und Maximilian Mäger (fraktionslos) – Zuruf CDU)

Auch an den Hochschulen besteht immenser Reformbedarf – sowohl auf der Einnahmen- als auch auf der Ausgaben-seite. So hat unser Bundesland bisher ein großes Potenzial für neue finanzielle Mittel liegen gelassen. Gemeint ist die sinnhafte Einführung von Studiengebühren für Studenten aus dem Nicht-EU-Ausland nach dem Vorbild von Baden-Württemberg. Bei der Erhebung von 1.500 Euro pro Semester und einer durchschnittlichen Studentenzahl aus dem Nicht-EU-Ausland von rund 29.000 Personen ergäbe sich hier ein Betrag von 87 Millionen Euro zusätzlicher Einnahmen pro Jahr. Statt den Hochschulen die Rücklagen wegzunehmen – was Sie gemacht haben –, sollten deren Budgets im Bereich MINT und Humanmedizin aufgestockt werden.

(Beifall AfD, Sascha Herr und Maximilian Mäger (fraktionslos) – Zuruf Alexander Hofmann (Wiesbaden) (SPD))

Das wäre eine vernünftige Antwort auf die schlechte Finanzierungslage unserer Hochschulen, die bis heute fehlenden Exzellenzuniversitäten und den Fachkräftemangel. Eine Stärkung ebendieser Wissenschaftsbereiche ist auch unbedingt notwendig; denn an der Tatsache, dass es in Hessen keine Exzellenzuniversität gibt, kann auch das hesseneigene und sich selbst beweihräuchernde Ersatzprogramm LOEWE nichts ändern. Das ist Fakt.

(Beifall AfD, Sascha Herr und Maximilian Mäger (fraktionslos) – Zuruf Stephan Grüger (SPD))

Ein weiteres trauriges Kapitel ist Ihre Kommunalpolitik. Der Hilfeschrei unserer Kommunen ist unüberhörbar – außer vielleicht für diese Landesregierung. Die Folgen der unkontrollierten Massenmigration und der grün-ideologisch betriebenen Energiewende müssen neben unseren Bürgern nämlich vor allem die Landkreise, die Städte und die Gemeinden ausbaden. Bereits jetzt sind diese finanziell, personell und infrastrukturell am Anschlag.

(Beifall AfD, Sascha Herr und Maximilian Mäger (fraktionslos))

Weitere Zumutungen – das prophezeie ich Ihnen, Herr Ministerpräsident – werden zum Kollaps führen.

(Zuruf Stephan Grüger (SPD))

Sie werden nicht um eine Kehrtwende in der teuren und unsinnigen Energiewende herumkommen, weil sie schlicht nicht finanzierbar ist.

(Beifall AfD, Sascha Herr und Maximilian Mäger (fraktionslos))

Sie stehen doch schon jetzt mit dem Rücken zur Wand und geben den Schwarzen Peter an die Kommunen weiter, in der Hoffnung, dass niemand Ihren Coup bemerkt.

(Zuruf Stephan Grüger (SPD))

Mit der Reform der Hessischen Gemeindeordnung hebeln Sie faktisch die kommunale Schuldenbremse aus, damit sich die Kommunen für die Umsetzung der Energie- und Wärmewende bis unters Dach verschulden können. Und damit das nicht auffällt, schaffen Sie den kommunalen Gesamtabschluss ab.

Ich komme zum Ende. Herr Ministerpräsident, kehren Sie um. Das ist der Weg in die falsche Richtung. Das ist der Weg nicht nur in den finanziellen Abgrund. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall AfD, Sascha Herr und Maximilian Mürger (fraktionslos))

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank. – Als Nächster hat das Wort der Hessische Ministerpräsident, Boris Rhein.

Boris Rhein, Ministerpräsident:

Verehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen! Hinter uns allen liegen drei fordernde Monate, drei Monate Wahlkampf, drei Monate, in denen wir argumentiert haben, gerungen haben, in denen wir auch manchmal deutlich gestritten haben, aber immer über den besten Weg in unserem Land.

Drei Monate, in denen – das möchte ich an einem Tag wie diesem schon sagen – manche den Rahmen einer legitimen demokratischen Auseinandersetzung überschritten haben, auch das möchte ich sagen,

(Zurufe AfD)

mit einem Gewaltwahlkampf, der niemals Platz in unserem Land haben darf, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall CDU und vereinzelt SPD)

Diese drei Monate sind jetzt vorbei, und die Menschen in Deutschland haben gewählt. Und die Menschen in Deutschland haben für einen Politikwechsel gestimmt – für neue Wirtschaftskraft und neues Wachstum, für einen neuen Respekt vor Leistung und Arbeit, für neue Sicherheit, für eine Kehrtwende in der Migration.

(Unruhe – Glockenzeichen)

Jetzt ist es natürlich die Aufgabe der Politik, diesen Auftrag umzusetzen. Die christlich-soziale Koalition in Hessen setzt jetzt seit einem Jahr sehr erfolgreich genau einen solchen Auftrag der Hessinnen und Hessen in Hessen um.

(Beifall CDU und vereinzelt SPD – Zuruf BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das war die Rede vom Landesparteitag! Falsche Rede gegriffen!)

Deswegen kann man schon sagen: Ja, dieses erste Jahr war ein echtes Aufbruchsjahr insbesondere bei den Alltagsthemen der Menschen in unserem Land. Wir haben konkret geliefert bei den Themen, die die Bürgerinnen und Bürger umtreiben – mit dem Hessengeld für das erste Eigenheim, mit dem kostenlosen Meister, mit der Innenstadtoffensive

unserer Polizei auf Straßen und Plätzen und mit so vielem mehr.

Deswegen sage ich sehr klar: Nie war es wichtiger als heute, dass die Demokratie zeigt, dass sie funktioniert, dass sie überzeugt, und zwar eben nicht nur als abstrakte Idee, sondern dass sie mit ihren Ergebnissen überzeugt. Genau daran werden wir gemessen.

Das haben wir in Hessen im ersten Jahr eingelöst, und deswegen macht das Hessen zu einem starken Bollwerk der Demokratie. Und ja, es macht Hessen auch zur Blaupause für Berlin, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall CDU und vereinzelt SPD – Zurufe AfD)

Aber die Lage bleibt in der Tat anspruchsvoll. Wir leben mit und in multiplen Krisen: Wirtschaftskrise, Migrationskrise, Ukraine-Krise. Wir leben in einer Stimmungskrise, und wir erleben tektonische Verschiebungen der internationalen Ordnung mit einem Europa zwischen Trump, Putin und Xi Jinping. Ich bin überzeugt, dass unser Land wirklich alles hat, um diese Herausforderungen zu bestehen. Das gilt für Deutschland, und das gilt insbesondere für Hessen, und zwar auch in einer schwierigen Zeit.

Deutschlands Wirtschaft schrumpft, Hessens wächst – über 10 Milliarden Euro Investitionszusagen allein im letzten Jahr in Hessen. Wir sind unter den Top Ten der stärksten Volkswirtschaften in Europa. Wir haben mehr Polizisten und mehr Lehrerinnen und Lehrer als je zuvor.

(Dr. Frank Grobe (AfD): Mehr Ministerien!)

Wir haben über sechs Millionen engagierte Bürgerinnen und Bürger. Das zeigt: Hessen ist in der Tat ein Chanceland, meine sehr geehrten Damen und Herren. Hessen ist die Nummer 1.

(Beifall CDU und SPD)

Genau diesen Anspruch einzulösen, über den ich gerade gesprochen habe, war und ist auch bei diesem Haushalt 2025, mit all den Herausforderungen, mit denen wir uns konfrontiert sehen, unser klares Ziel. Die Herausforderungen sind in der Tat groß: Die Wirtschaftspolitik auf Bundesebene hat zu einer veritablen Konjunkturkrise in Deutschland geführt.

(Zuruf Lara Klaes (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Das geschah mit rasant sinkenden Steuereinnahmen. Jetzt schlägt das mit voller Wucht durch, selbst auf einen so starken Landeshaushalt eines so starken Landes wie Hessen. Das gilt für alle anderen Bundesländer ganz genauso.

Um das sehr klar zu sagen: Die Aufstellung des Haushalts 2025 stellt das Land Hessen, aber auch die christlich-soziale Koalition vor die größte Kraftanstrengung seit 20 Jahren. Man darf das nicht unterschätzen, was hier zu stemmen ist. Wir haben einen Konsolidierungsbedarf von 2,7 Milliarden Euro bei einem Gesamthaushalt von 40 Milliarden Euro. Aber, meine Damen und Herren, das zeichnet diese Koalition aus: Wir zögern nicht, wir zaudern nicht, wir streiten nicht, sondern wir reagieren in Hessen darauf mit einem Brückenhaushalt in eine bessere finanzielle und wirtschaftspolitische Zukunft.

Es ist ein Brückenhaushalt in eine gute neue Zeit. Der Haushalt 2025 ist im Übrigen der größte Konsolidierungshaushalt, den Hessen jemals gehabt hat. Trotz angespannter Haushaltslage, trotz der schwierigen Bedingungen ist

es ein Haushalt, der dieses Land voranbringt, und zwar massiv voranbringt. Wir setzen klare Schwerpunkte, beispielsweise bei der inneren Sicherheit mit 2,3 Millionen Euro für die Polizei, bei der Bildung mit 370 neuen Stellen für das Startchancen-Programm und 1.800 neuen Stellen in den Schulen, bei den Kommunen mit einem Kommunalen Finanzausgleich, der erstmals auf über 7 Milliarden Euro steigt.

(Beifall CDU und SPD)

Wir setzen mit diesem Haushalt in der Tat für die breite Mitte der Gesellschaft einen Schwerpunkt, beispielsweise mit dem Hessengeld für das erste Eigenheim.

Der größte Konsolidierungshaushalt, den Hessen jemals erlebt hat, macht aber keine Abstriche.

(Widerspruch BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Er macht keine Abstriche bei der Polizei, er macht keine Abstriche bei der Justiz, nicht bei den Schulen und nicht bei den Hochschulen. Trotz der auf Bundesebene zu verantwortenden Konjunkturlage ist das so. Deswegen setzen wir zweitens auf einen sparsamen Staat. Wir machen keine Einschnitte im Sozialen, wir machen keine Einschnitte bei der Bildung. Es gibt keine Einschnitte bei der Sicherheit von Bürgerinnen und Bürgern.

(Zuruf Lara Klaes (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Deswegen will ich sagen: Es war nicht vermeidbar. – Ich will auch das sagen: Ich bedauere es außerordentlich, die Besoldungserhöhung zu verschieben. Das ist ein bedauerlicher, aber das ist im Übrigen auch ein verantwortlicher und verantwortbarer Konsolidierungsbeitrag von Beamtinnen und Beamten in der Abwägung, an welcher Stelle ansonsten Einschnitte hätten stattfinden müssen. Das ist die Abwägung, die wir haben treffen müssen. Es bleibt dabei, meine sehr geehrten Damen und Herren: Der öffentliche Dienst kommt 2025 auf ein Plus von über 10 %.

(Zuruf: Hört, hört!)

Wo gibt es denn so etwas noch? Das ist eine enorme Leistung, die wir da für unsere Beamtinnen und Beamten schultern: 10 %.

(Lebhafter Beifall CDU und SPD)

Im Februar gab es die ersten 4,8 %, im Dezember wird es 5,5 % geben – im Übrigen, das will ich auch noch einmal in Erinnerung rufen, nachdem wir zur vorausseilenden Reparatur der Beamtenbesoldung zusätzlich zur Tarifierhöhung im Jahr 2023 um 3 % und 2024 ebenfalls um 3 %, also um 6 %, erhöht haben. 2024 haben wir eine steuerfreie Inflationsausgleichszahlung in Höhe von 3.000 Euro geleistet. Von den zwei Corona-Sonderzahlungen im Jahr 2023 in Höhe von jeweils 500 Euro will ich gar nicht erst sprechen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Es war sehr bedauerlich, das machen zu müssen. Niemand von uns hat das jemals geplant, niemand von uns hat das jemals gewollt. Die Dinge haben sich so rasant verändert, was die Konjunktur betrifft, was die Ausfälle in unserem Haushalt betrifft, dass es unvermeidbar war. Aber ich sage es noch einmal: Es ist verantwortbar.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir setzen als Koalition ganz gezielt auf Zukunftsinvestitionen, beispielsweise mit dem Hessenfonds für die Wirtschaft, beispielsweise mit Investitionen in die Krankenhäuser oder mit

dem Aus- und Aufbau von Kitas, Berufsschulen und Azubi-Wohnheimen. Ja, man kann das sagen: Unser Haushalt folgt ganz klaren Prinzipien. Die Antwort auf eine anspruchsvolle Haushaltslage müssen eben nicht immer mehr Schulden oder höhere Steuern sein. Nein, es geht auch mit klaren Schwerpunkten. Das ist der hessische Weg. Das ist der Weg dieser Koalition in Hessen.

(Beifall CDU und SPD)

Wenn ich über das Thema Maßhalten spreche, lassen Sie mich auch noch eines unterstreichen: Wir haben in der Tat eine Neuverschuldung von 670 Millionen Euro. Wir halten aber damit die Regelgrenze der Schuldenbremse ein. Auch das ist ein Ausdruck einer finanzpolitisch ambitionierten und verantwortungsbewussten Konsolidierung. In Hessen heißt das: Schwerpunkte statt Schulden und Steuern. Das ist Verantwortung für die Aufgaben, die wir heute haben, und vor allem ist es Verantwortung für die kommenden Generationen.

Klar ist aber auch eines, das will ich sehr deutlich sagen: 2025 muss auch das Jahr der wirtschaftspolitischen Kehrtwende werden. Die Fehlentscheidungen der letzten Jahre haben uns massiv geschadet. Sie haben uns das zweite Jahr in Folge in eine Rezession getrieben – das gab es zum letzten Mal 2002/2003 –, mit den entsprechenden Folgen. Deswegen muss der Wachstumsmotor jetzt wieder anspringen mit den richtigen Entscheidungen, das heißt, Steuern senken, Investitionen stärken, Innovationen stärken und Bürokratie stoppen.

(Dr. Frank Grobe (AfD): Dann fangt mal an!)

Das sind die richtigen Rezepte, wenn „Made in Germany“ wieder für Premium stehen soll anstatt für Probleme. Das wird nicht von selbst gehen. Deswegen werden wir Länder auch die Rahmenbedingungen gestalten müssen. Wir in Hessen tun genau das. Wir haben 2025 zu einem Modernisierungsjahr für den Staat, für die Wirtschaft und für die Gesellschaft erhoben. Wir setzen auf mehr Investitionen in die Zukunftsfähigkeit, in die Wettbewerbsfähigkeit und auch in die Resilienz unseres Landes, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall CDU und SPD)

Die Entwicklungen, die wir um uns herum erleben – aggressive Wirtschaftspolitik der USA und Chinas, die Angriffe Russlands auf so vielen Ebenen, die Herausforderungen bei der Verteidigung, die rasante Entwicklung bei KI und Digitalisierung, ein massiv verschärfter Wettbewerb um Wertschöpfung, Innovationen und Talente –, sind einschneidende Entwicklungen. Sie können alles verändern, auch das muss uns sehr klar sein, eben nicht nur zu unserem Vorteil. Deswegen müssen wir uns jetzt für diese neue Zeit rüsten.

Wir müssen und wir werden dieses Jahr für eine umfassende Modernisierungsagenda in allen Ressorts der Landesregierung nutzen. Wir werden die richtigen Weichen für Wachstum und Wohlstand stellen. Und ich sage es ganz klar: Wir wollen, das ist unser Ziel, Hessen unter die Top 5 in Europa bringen bei Wertschöpfung, Wachstum und Innovation. Deswegen setzen wir auf eine aktive Wirtschaftspolitik.

Wir sind ein Land mit unglaublichen Potenzialen. Das liegt natürlich zuallererst an unseren Unternehmen. Das liegt an unserer Wirtschaft. Mit unserem Hessenfonds begleiten wir jetzt den Wandel der Wirtschaft. Wir unterstützen Un-

ternehmen in diesen herausfordernden Zeiten, und zwar mit bis zu 1 Milliarde Euro, meine sehr geehrten Damen und Herren. Wir setzen auf Innovation und Transformation. Wir unterstützen Unternehmen, die an Zukunftstechnologien arbeiten. Wir helfen Betrieben, die ihre Produktion umstellen wollen. Wir sorgen dafür, dass sich noch mehr Unternehmen in Hessen ansiedeln. Wir sichern damit Arbeitsplätze. Wir stärken damit den Wirtschaftsstandort Hessen. Wir investieren damit in die Zukunft unseres Landes.

Deswegen will ich sehr deutlich sagen: Ich bin dem Herrn Vizeministerpräsidenten, Wirtschaftsminister Mansoori, dankbar, dass er genau dieses wichtige Thema mit so großem Engagement und mit so viel Herzblut vorantreibt. Das wird eine wichtige Weichenstellung für unser Land werden, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall CDU und SPD)

Ja, und wenn ich über die Wirtschaft und die Zukunft der Wirtschaft in unserem Land spreche, dann gehört dazu natürlich auch, dass wir unsere zentralen Standortfaktoren weiter modernisieren, dass wir sie stärken. „Stärken stärken“, lautet das Motto.

Das umfasst zum einen natürlich den Flughafen Frankfurt. Er ist der größte Arbeitgeber in unserem Land. Ich sage das in aller Deutlichkeit: Er ist eine wesentliche Grundlage unseres Wohlstands. Deswegen müssen wir ihn hegen und pflegen, und deshalb brauchen wir von Brüssel und Berlin wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen für den Luftverkehr, beispielsweise die Rücknahme der Erhöhung der Luftverkehrssteuer, eine Absage an die Kerosinsteuer. Auch die Regelungen des Green Deal, die einseitig europäische Netzwerk-Airlines treffen, müssen einem Moratorium unterworfen werden, weil sie klimapolitisch angreifbar sind – Stichwort: Carbon Leakage –; das betrifft vor allem die Quotierung nachhaltiger Kraftstoffe.

Zum anderen umfasst das natürlich auch unseren Finanzplatz. Der Finanzplatz Frankfurt ist die Nummer 1 in Deutschland und Europa, er ist das Herz der europäischen Finanzwelt, er ist ein Garant für Wohlstand, Arbeitsplätze und Stabilität in Deutschland. Seine Vielfalt und seine große Wertschöpfungskette sind einzigartig in Europa. Das gibt es so nirgendwo in Europa in dieser Vielfalt, mit dieser Wertschöpfungskette. Auch das gehört dazu: Europa ist deswegen souverän, weil Frankfurt eben stark ist. Deswegen müssen wir den Finanzplatz Frankfurt so gut hegen und pflegen, wie es nur geht.

(Zuruf Dr. Frank Grobe (AfD))

Viele Regelungen, das ist mir sehr wohl bewusst, werden auf der Bundes- und der Europaebene getroffen; deshalb setzen wir als Hessen uns genau dort nachdrücklich für den Finanzplatz ein. Wir haben ein Finanzplatzkabinett eingerichtet. Es hat vor wenigen Tagen getagt, es hat unsere Position für die Koalitionsverhandlungen, die jetzt auf Bundesebene beginnen werden, beschlossen.

Seit November haben wir mit Florian Rentsch einen neuen Finanzplatzbeauftragten. Er ist ein ausgewiesener Kenner der Finanzbranche. Um die wichtigsten Akteure des Finanzplatzes noch enger zu vernetzen, haben wir eine hochkarätig besetzte Taskforce ins Leben gerufen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, zum ersten Mal positioniert sich der Finanzplatz einheitlich, mit einer gemeinsa-

men Stimme. Schon alleine das ist ein starkes Signal, und deswegen werden wir das natürlich auch fortsetzen.

(Beifall CDU und SPD)

Ich will ein weiteres Pfund unseres Standortes nennen: der DE-CIX, der weltweit größte Internetknotenpunkt hier bei uns in Frankfurt, ein enormer Schatz. Er kann der Nukleus für ein neues, ein starkes KI- und Start-up-Ökosystem in Hessen werden. Genau daran arbeiten Digital- und Wirtschaftsministerium Hand in Hand weiter mit unserem neuen Start-up-Beauftragten, Holger Follmann, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Dr. Frank Grobe (AfD): Beauftragte über Beauftragte!)

Wenn der Staat die Wirtschaft stärken will, muss er natürlich auch die eigenen Hausaufgaben machen. Deswegen zünden wir jetzt einen Entbürokratisierungsturbo für Hessen.

(Lachen)

– Ah, da lachen die Richtigen. – Im Jahr 2023 lag die Bürokratiebelastung für die deutsche Wirtschaft nach Angaben der Bundesregierung bei 65 Milliarden Euro. – Ich weiß nicht, was es da zu lachen gibt. – 65 Milliarden Euro, meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist unfassbar. Jeden Monat kommen aus Berlin und Brüssel zahlreiche neue Gesetze, Verordnungen und Richtlinien hinzu.

Wir in Hessen machen das anders. Wir haben eine Entbürokratisierungsstrategie für Hessen erarbeitet. Da ist die Maßgabe sehr klar: Unternehmen, Bürger und Verwaltung entlasten, wo es nur geht. Das ist die Maßgabe, die wir in Hessen haben. Das heißt ganz konkret: Vergabeverfahren vereinfachen, Förderrichtlinien verschlanken, Dokumentationspflichten für Unternehmen streichen, Abschlüsse von ausländischen Fachkräften schneller anerkennen.

Wir brauchen endlich einen umfassenden Kulturwandel: mehr Vertrauen – weniger Kontrollen. Das ist es, was wir brauchen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall CDU und SPD – Zuruf Dr. Frank Grobe (AfD))

Deswegen gehen wir auch in Hessen mit ganz großen Schritten voran. Wir haben Bundesratsinitiativen gestartet, zum Beispiel dazu, EU-Vorgaben nicht überzuerfüllen. Das ist eine typisch deutsche Krankheit. Wir zeigen immer nach Europa, wenn es heißt: „Es kommt Bürokratie“, und dann übererfüllen wir noch das, was aus Brüssel kommt. Deswegen sagen wir: Schluss mit dem sogenannten Gold-Plating; das ist eine Unsitte, die jetzt aufhören muss.

Wir haben im Wirtschaftskabinett eine Strategie zum Bürokratieabbau beschlossen. Wir planen aktuell das erste hessische Bürokratieabbaugesetz mit zusätzlichen Maßnahmen. Wir werden uns als christlich-soziale Koalition klare Grundsätze dafür geben, wie wir bei der Gesetzgebung und beim Gesetzesvollzug ambitioniert entbürokratisieren können – und zwar mit Allgemeingültigkeit statt Einzelfallgerechtigkeit, mit Stichproben statt Regelkontrollen,

(Zuruf Dr. Frank Grobe (AfD))

mit mehr Pauschalen, mit weniger Berichtspflichten, mit Genehmigungsfiktionen, wo immer das möglich ist, und natürlich auch mit mehr Ermessensspielräumen im Vollzug, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Wenn wir über Modernisierung reden, dann reden wir natürlich auch über den digitalen Wandel. Deswegen geben wir weiter Gas bei der Digitalisierung. Hessen nimmt hier eine bundesweite Vorreiterrolle ein.

(Beifall CDU und SPD)

Mit rund 130.000 Beschäftigten ist Hessen einer der führenden Standorte der Digitalwirtschaft, ein starker Motor für Wirtschaftswachstum und Innovation. Deswegen treiben wir den Glasfaserausbau weiter voran. Wir sorgen dafür, dass sich noch mehr Start-ups und Rechenzentren im Rhein-Main-Gebiet ansiedeln. Wir unterstützen mit unserem Förderprogramm Distr@l kleine und mittlere Unternehmen, die digitale Innovationen anstoßen wollen. Wir werden ein KI-Anwendungszentrum einrichten, das eng mit der geplanten Startup Factory zusammenarbeiten wird. Wir werden zusätzlich deutlich bei der Verwaltungsdigitalisierung, den OZG-Leistungen vorankommen. Kurzum: Im Jahr 2025 werden wir Hessen noch digitaler machen.

Wir haben dafür mit dem DE-CIX, unseren Rechenzentren und der digitalen Infrastruktur die besten Voraussetzungen. Deswegen gilt: Je stärker wir hier aufgestellt sind, desto mehr Unternehmen siedeln sich in Hessen an, und desto innovationsfreudiger wird das gesamte Umfeld.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn wir unsere Wirtschaft wettbewerbsfähig aufstellen wollen, dann brauchen wir natürlich eine sichere, bezahlbare und saubere Energieversorgung. Es ist eine Binsenweisheit: Hohe Energiepreise sind existenzgefährdend, und deswegen müssen Stromsteuer und Netzentgelte deutlich runter. Wir müssen für die sichere, bezahlbare und saubere Energieversorgung, von der ich gesprochen habe, auch in moderne Kernkraft investieren.

(Demonstrativer Beifall und Zurufe AfD: Ah!)

– Ja, warten Sie es doch ab. Sie erwarten es schon, ich weiß. – Deswegen müssen wir mit der Kernfusion neue Wege gehen.

(Zuruf AfD)

Ich kann es nur immer wieder wiederholen, meine sehr geehrten Damen und Herren: Wir können nicht immer nur überall aussteigen. Wir müssen auch mal irgendwo wieder einsteigen.

(Beifall CDU – Zurufe AfD)

Vizepräsidentin Dr. Daniela Sommer:

Herr Ministerpräsident, ich darf Sie an die Redezeit der Fraktionen erinnern.

Boris Rhein, Ministerpräsident:

Ich komme zum Ende, Frau Präsidentin. – Wir müssen auch mal wieder irgendwo einsteigen. Fortschrittskepsis bringt uns doch nicht voran, sondern uns bringt nur Technologieoffenheit voran.

(Zurufe AfD)

Genau deswegen wollen wir mit einem Kernfusionscampus die Nummer 1 bei dieser Innovation werden, mindestens in Deutschland, besser sogar noch darüber hinaus.

(Robert Lambrou (AfD): Gibt es schon ein Kernfusionskabinett?)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir machen Hessen auch noch sicherer. Wir setzen die Innenstadtoffensive fort,

(Lachen Dr. Frank Grobe (AfD))

wir setzen all das schnellstmöglich um. Vielen Dank, Herr Lambrou, dass Sie das alles noch einmal einzeln aufgezählt haben. Wir setzen all das jetzt schnellstmöglich um, was wir mit der Verschärfung des HSOG beschlossen haben: KI-gestützte Videoüberwachung – Sie haben vollkommen recht –, Fußfesseln für Gefährder, erweiterter Unterbindungsgewahrsam, härteres Vorgehen bei Verstößen gegen Platzverweise.

(Zuruf Dr. Frank Grobe (AfD))

Wir brauchen das nicht nur im Gesetzesblatt – so haben wir es hier beschlossen –, sondern wir brauchen es bei der Gesetzesanwendung auf der Straße.

(Robert Lambrou (AfD): Das haben Sie 2014 alles nicht gebraucht! – Glockenzeichen)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Hessen bleibt mit dem Haushalt 2025 auf klarem Modernisierungskurs. Wir setzen auf eine Politik für die Mitte der Gesellschaft, wir stellen uns den Herausforderungen der Zeit, wir nutzen aktiv die Potenziale unseres Landes. Die Stärkung von Wachstum, Wohlstand und Sicherheit bleiben die Schwerpunkte unserer Politik, das bleiben die Schwerpunkte der christlich-sozialen Koalition.

Ich will vielleicht zum Abschluss noch sagen: Jetzt verzieht sich so langsam der Pulverdampf des Wahlkampfes, und jetzt ist es dringend notwendig, nach all dem, was wir jetzt sehen, auch an Zahlen sehen, an Ereignissen sehen, dass die Demokraten zusammenstehen. Wir müssen zeigen, dass Demokratie funktioniert.

Ich glaube, dass wir auch dafür sorgen müssen, beieinanderzubleiben. Trotz all der Unterschiede auch in den Politikansätzen gibt es einen übergeordneten Ansatz. Wir leben in einer unglaublich herausfordernden Zeit, die unglaubliche Schwierigkeiten birgt und in der wir dafür sorgen müssen, dass wir ein Bollwerk gegen Radikale bleiben, die in unserem Land die Mehrheit erringen wollen.

(Beifall CDU und vereinzelt SPD – Zuruf)

– Tja, getroffene Hunde bellen. – Unsere Aufgabe ist es, die Probleme aus der Mitte unserer Gesellschaft heraus zu lösen, um Deutschland wieder nach vorne zu bringen, so, wie wir das in Hessen mit diesem Haushalt tun werden. – Ich danke Ihnen sehr herzlich.

(Lang anhaltender Beifall CDU und SPD)

Vizepräsidentin Dr. Daniela Sommer:

Herr Ministerpräsident, vielen Dank. – Bevor ich den nächsten Redner aufrufe, möchte ich Ihnen mitteilen, dass der Opposition durch die Überschreitung der Redezeit ein Zuschlag von drei Minuten entstanden ist.

Der nächste Redner ist der Fraktionsvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Herr Wagner, Sie haben das Wort. Bitte schön.

Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, was war das denn? Was war das denn für eine Rede? War die Feier nach der Bundestagswahl einfach zu lang? Herr Ministerpräsident, ich glaube, Sie haben mit dieser Rede völlig über die realen Probleme und über das, was die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes wirklich beschäftigt, hinweggeredet. Sie haben völlig darüber hinweggeredet.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Wiebke Knell und Moritz Promny (Freie Demokraten))

Sie haben eine Rede gehalten, als seien Sie gar nicht an der Regierung. Ich möchte Ihnen zurufen: Seit einem Jahr ist diese neue Koalition im Amt. All das, was Sie heute hier wieder angekündigt haben, hätten Sie seit einem Jahr machen können. Herr Ministerpräsident, deshalb sage ich: Machen ist wie reden, nur krasser.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Dr. Stefan Naas und Moritz Promny (Freie Demokraten))

Sie haben Ihre Rede mit der Bundestagswahl begonnen. Natürlich muss es zwei Tage nach der Bundestagswahl in einer Generaldebatte darum gehen.

Ich will ausdrücklich sagen: Die Union hat die Bundestagswahl gewonnen. Herzlichen Glückwunsch, dass Sie diese Wahl gewonnen haben. Ich wünsche Ihnen wirklich – das meine ich ernst – eine glückliche Hand angesichts der Aufgaben, die Deutschland vor sich hat. Wir kommen aus einem extrem polarisierenden Wahlkampf. Das ist eine Polarisierung, an der die Union auch ihren Anteil hat. Ich hoffe im Interesse unseres Landes sehr, dass Sie das jetzt bleiben lassen und dass Sie die Menschen dieses Landes zusammenführen. Denn das ist die Aufgabe eines Regierungschefs im Bund, aber auch die eines Regierungschefs in einem Land.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese Wahl hat für die hessische Union eine gute und eine schlechte Nachricht. Die gute Nachricht ist: Sie können nun auch im Bund gestalten. – Herr Ministerpräsident, die schlechte Nachricht ist: Eine solche Rede, wie Sie sie heute hier gehalten haben, werden Sie künftig nicht mehr halten können. Das Ampel-Bashing ist over. Herr Ministerpräsident, Ihren Verweis darauf, dass immer die anderen schuld sind und dass Sie angeblich gar nicht anders handeln konnten, konnten Sie heute zum letzten Mal sagen. Jetzt müssen auch Sie liefern.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Freie Demokraten)

Wir werden im Verlauf dieser Debatte und der Haushaltsberatungen über vieles streiten. Das ist richtig so. Es gibt unterschiedliche Auffassungen darüber, wie die Fraktionen dieses Hauses das Land gestalten wollen.

Ich will mit einem Thema versuchen, ob wir nicht vielleicht bis zur Verabschiedung des Haushaltsentwurfs zueinanderfinden können. Da geht es um die finanzielle Lage unserer Kommunen. Ich glaube, das liegt uns allen hier im Haus am Herzen. Wir alle kennen das aus unserer kommunalpolitischen Arbeit. Wir alle lesen eigentlich fast täglich die Hilferufe aus unseren hessischen Städten und Gemeinden. Sie sagen: Wir brauchen eine bessere finanzi-

elle Ausstattung, um für unsere Bürgerinnen und Bürger unsere wichtigen Aufgaben erledigen zu können.

Vor ein paar Wochen haben sich die nordhessischen Landräte zu Wort gemeldet. In der letzten Woche waren es die kommunalen Verantwortlichen aus dem Landkreis Gießen. Die Kommunalen Spitzenverbände weisen schon lange darauf hin, dass es so nicht weitergehen kann.

Wir können und wir dürfen unsere Kommunen nicht wieder in die Verschuldung treiben. Wir können und wir dürfen nicht weiter zusehen, dass sich die Kommunen gar nicht anders helfen können, als die kommunalen Steuern zu erhöhen.

Wir werden in den nächsten Tagen den Haushaltsabschluss für das Jahr 2024 haben. Wir haben auch im Entwurf des Haushalts für das Jahr 2025 noch finanzielle Spielräume. Das Angebot der Opposition an die Regierungsfractionen lautet: Lassen Sie uns in den nächsten vier Wochen, bis der Entwurf dieses Haushalts verabschiedet wird, ein Investitionsprogramm, ein Unterstützungsprogramm für die hessischen Kommunen schnüren.

Wir GRÜNE haben mit einem kommunalen Investitionsprogramm in Höhe von 2 Milliarden Euro einen Vorschlag gemacht. Gerne würden wir auch über Vorschläge von Ihrer Seite sprechen. Lassen Sie uns uns darauf verständigen, dass die Kommunen im Jahr 2025 ihre Aufgaben endlich wieder besser erfüllen können. Unser Angebot steht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten))

Der Ministerpräsident hat viel beschrieben, was eine Regierung tun müsste. Dabei hat er übersehen, dass er selbst Teil dieser Regierung ist. Ich kann nur feststellen: Von all den Ankündigungen zu Beginn dieser Regierung und dieser Koalition wurde bislang wenig bis nichts erfüllt. Sie haben schlicht und ergreifend im ersten Jahr nicht geliefert. Sie werden auch mit dem Haushalt für das Jahr 2025 nicht liefern.

Sie haben versprochen, Antworten auf die großen Herausforderungen in unserem Land zu geben. Geliefert haben Sie Stillstand, Rückschritte und Selbstbedienung. Sie haben versprochen, dass Sie die drängenden Fragen, die die Menschen unseres Landes beschäftigen, bearbeiten. Stattdessen gibt es nur irgendwelche kleinen Polithäppchen hier und irgendwelche Progrämmchen dort. Vor allem gibt es Pöstchen für diesen und für jenen. Aber die eigentlichen Herausforderungen und die eigentlichen Probleme gehen Sie nicht an.

Ihnen fehlt es dramatisch an Gestaltungswillen für unser Land. Ja, mehr noch: Man hat manchmal den Eindruck, statt sich um die großen Probleme der Menschen zu kümmern, resignieren Sie angesichts der Herausforderungen und flüchten sich in irgendwelche kleinen Progrämmchen. Sie haben die „Renaissance der Realpolitik“ versprochen. Was Sie geliefert haben, ist die Resignation vor der Realität.

(Anhaltender Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schauen wir uns die einzelnen Politikbereiche an. Bei der Kinderbetreuung ist es so: Die Eltern suchen händeringend für ihre Kinder nach Kindergartenplätzen. Sie suchen händeringend nach Kindergärten mit passenden Öffnungszeiten. Sie wollen, dass es in unseren Kindertagesstätten genügend Fachkräfte gibt, um die Kinder zu betreuen. Das ist

für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wichtig. Das ist wichtig für die Bildungschancen der jungen Menschen in unserem Land.

Welche Initiativen dazu gibt es von dieser Koalition im ersten Regierungsjahr? Welchen Ausblick liefert uns der Entwurf des Landeshaushalts für das Jahr 2025? Er liefert schlicht und ergreifend keine. Sie setzen keinerlei neue Akzente, um dieses Problem zu lösen, das die Menschen jeden Tag ganz konkret beschäftigt. Das geht morgens um 7 Uhr schon los: Wie kriege ich die Kinderbetreuung hin? Hat die Kindertagesstätte offen? Wurden die Öffnungszeiten wieder verkürzt? – Dazu gibt es von dieser Regierung und dieser Koalition keine Antworten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Alle wollen Fachkräfte für die Kindertagesstätten gewinnen. Wir alle reden darüber. In Hessen gibt es immer noch das Schulgeld für angehende Erzieherinnen und Erzieher. Sie müssen noch Geld mitbringen, wenn sie diesen wichtigen Beruf ergreifen wollen. Wir haben beantragt, das zu ändern. Sie haben das abgelehnt. Sie haben keinen Bezug zu den wirklichen Problemen in unserem Land.

(Anhaltender Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schauen wir uns einen weiteren Bereich an, der viele Menschen in unserem Land jeden Tag beschäftigt. Da geht es um die Schule.

Mittlerweile können ein Viertel aller Grundschülerinnen und Grundschüler am Ende der Klasse 4 nicht richtig lesen, rechnen und schreiben – ein Viertel aller Grundschülerinnen und Grundschüler. Wir haben mittlerweile Vergleichsstudien – und ja, nicht nur für Hessen, sondern bundesweit –, bei denen die Ergebnisse fast wieder auf dem Niveau des PISA-Schocks liegen. Wir sind fast wieder da, wo wir schon vor 20 Jahren waren. Vor 20 Jahren hat eine auch damals CDU-geführte Landesregierung gesagt: Das akzeptieren wir nicht, da ergreifen wir Maßnahmen, da machen wir etwas.

(Zuruf Turgut Yüksel (SPD))

Was machen Sie heute? Sie machen Blockflötenunterricht an einigen wenigen Schulen, und Sie beschäftigen sich mit den Bundesjugendspielen, aber nicht mit den Herausforderungen, die wir tatsächlich an unsere Schulen haben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Freie Demokraten)

Wir GRÜNE schlagen vor, den Rechtsanspruch auf Grundschulkinderbetreuung, der ab nächstem Jahr gilt, endlich ernst zu nehmen, ihn ernsthaft umzusetzen, ihn mit einem pädagogischen Aufbruch für unsere Grundschulen zu verbinden, dass wir dort wirklich wieder bessere Ergebnisse bekommen.

(Lisa Gnagl (SPD): Zehn Jahre grüne Regierungsteiligung!)

Wir haben vorgeschlagen, dass alle Schulen ein Chancensbudget bekommen, damit sie sich tatsächlich mit eigenen Mitteln weiterhin um die individuelle Förderung von Schülerinnen und Schülern kümmern können. Auch haben wir vorgeschlagen, dass unsere Schulen im Jahr 2025 endlich in der digitalen Wirklichkeit, in der digitalen Realität ankommen,

(Lachen Lisa Gnagl (SPD))

dass wir Medienbildungskonzepte haben, in denen soziale Medien endlich angemessen vorkommen, und dass alle Schülerinnen und Schüler ab Klasse 7 mit einem digitalen Endgerät arbeiten können. Das sind die realen Herausforderungen, vor denen unser Land steht und vor denen wir in der Schulpolitik stehen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein weiteres Beispiel betrifft die Hochschulpolitik. Hier haben wir in Hessen in den vergangenen Jahren richtig aufgeholt, wir haben richtig investiert. Wir haben sehr viel Geld in die Hochschulen gesteckt, damit wir bei Forschung und Lehre besser werden, damit wir eine bessere Betreuungssituation für die Studierenden haben, aber auch dass wir im Bereich der exzellenten Forschung besser werden. Das alles hätten Sie einfach nur fortsetzen müssen.

(Zuruf: Tun wir doch!)

Was haben Sie stattdessen mit dem Nachtragshaushalt getan? Sie haben an unseren Hochschulen sogar noch gekürzt. Was machen Sie mit dem Haushalt 2025? Alle Bereiche der Landesverwaltung bekommen selbstverständlich die Tarif- und Besoldungserhöhung ausgeglichen, sie bekommen dafür zusätzliches Geld – außer den Hochschulen. Sie lassen die Hochschulen mit dieser Herausforderung allein. Wir reden da über einen dreistelligen Millionenbetrag. Auch deshalb sagen wir hier: Sie resignieren vor der Realität. Sie kümmern sich nicht um die realen Probleme. Sehr geehrter Herr Staatsminister Gremmels, dann dürfen Sie sich auch nicht wundern, wenn der Deutsche Hochschulverband Sie zum schlechtesten Wissenschaftsminister Deutschlands erklärt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf Marius Weiß (SPD))

Klima-, Umwelt- und Naturschutz: Das ist wirklich das Paradebeispiel, wie in dieser Koalition schwarze Ideologie mit dem Rotstift umgesetzt wird.

(Widerspruch Tobias Eckert (SPD))

Alles, aber wirklich alles, was irgendwie nach Klimaschutz, nach Umweltschutz, nach Naturschutz, nach Erhalt der Artenvielfalt, nach grünen Projekten aussieht – gemeint ist grün nicht parteipolitisch, sondern im Interesse von Bewahrung der Schöpfung und Erhalt der Umwelt, aber Bewahrung der Schöpfung müsste ja ein Begriff sein, mit dem die Union etwas anfangen kann, da bin ich ganz zuversichtlich –, alles, was danach aussieht, wird gestrichen und gekürzt.

(Zuruf Ingo Schon (CDU))

Herr Kollege Schon, Sie schrecken ja noch nicht einmal vor der Nachhaltigkeitsstrategie zurück, auch die wird gekürzt. Wissen Sie, wer die Nachhaltigkeitsstrategie eingeführt hat? Es war Roland Koch, der diesen Ansatz gewählt hat. Selbst davon weichen Sie jetzt ab. Die hessische Union fällt in Umweltfragen noch hinter das zurück, was Roland Koch schon einmal wusste. Das sollte Ihnen wirklich zu denken geben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf Ingo Schon (CDU))

Was noch viel schlimmer ist: Sie können Programme streichen, Sie können Ihrer Ideologie frönen, aber die Probleme werden nicht kleiner. Den Klimawandel wird es nicht beeindruckt, dass Sie Ihr Mütchen kühlen, indem Sie Pro-

gramme streichen. Für den Artenschutz ist nichts dadurch erreicht, dass Sie Applaus auf einem Parteitag dafür erhalten, die Programme zusammengestrichen zu haben. Wissen Sie, wie man es nennt, wenn man Dinge nur aus Prinzip macht,

(Zuruf CDU: Grün! – Vereinzelte Heiterkeit CDU und AfD)

gegen jeden Rat, gegen jede Erkenntnis? Das nennt man schlicht und ergreifend Ideologie, was Sie hier betreiben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe)

Wir haben jetzt zwei Sozialministerien, zwei Ministerinnen, drei Staatssekretärinnen, aber wir haben weniger Sozialpolitik in unserem Land, und das, obwohl eine der Ministerinnen Sozialdemokratin ist. Ich muss ehrlich sagen, meine Erwartung war da wirklich eine andere.

(Zuruf Marius Weiß (SPD))

Sie schrecken noch nicht einmal davor zurück, anerkannte Projekte zu kürzen. Sie gehen an die soziale Gemeinwesenarbeit und kürzen hier. Dabei ist genau das extrem wichtig. Wenn wir intakte Gebiete haben wollen, wenn wir Sozialstrukturen auch verändern wollen, wenn wir Menschen neue Chancen geben wollen, wenn wir sie in unsere Gemeinschaft integrieren wollen, dann brauchen wir dieses Geld ganz dringend. Aber Sie kürzen daran.

Es ist Ihnen an Beträgen wirklich nichts zu klein, um nicht auch dort den Rotstift anzusetzen. Beim Aktionsplan für Akzeptanz und Vielfalt geht es wirklich nicht um viel Geld, aber Sie streichen dort trotzdem. Bei der Förderung der Melde- und Informationsstelle Antiziganismus geht es um 66.000 Euro – das ist es Ihnen nicht mehr wert. Die Sozialberatung für den Förderverein der Roma macht ganz geringe Beträge aus, aber auch das ist es Ihnen nicht mehr wert. So hatte ich es mir nicht vorgestellt, wenn Sozialdemokraten die Sozialpolitik verantworten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eine weitere große soziale Frage, die zwar nicht im Sozialministerium ressortiert, die aber auch viele Menschen umtreibt, ist bezahlbarer Wohnraum. Kann ich mir eine Wohnung leisten, kann ich das bezahlen? Das ist eine ganz elementare Frage, die viele Menschen in unserem Land wirklich jeden Tag umtreibt. Wie ist hier die Bilanz der Landesregierung im ersten Jahr, und wie ist der Ausblick auf den Landeshaushalt? Die Baugenehmigungen sind, seitdem diese neue Koalition im Amt ist, um 30 % zurückgegangen.

Dann schauen wir uns einmal die Bewilligungen für Fördergelder für den Bau von bezahlbaren Wohnungen an.

(Zuruf: Die sind höher!)

Der Minister musste hier einräumen, dass 400 Millionen Euro fehlen, dass Förderanträge für 1.600 bezahlbare Wohnungen nicht genehmigt werden konnten.

(Widerspruch Lisa Gnadl (SPD))

Das Schlimme ist: Sie haben das gewusst. Sie haben seit Ende letzten Jahres gewusst, dass die Gelder nicht reichen werden, und Sie haben nichts getan.

(Michael Boddenberg (CDU): Es ist aber deutlich mehr Geld!)

Sie hätten im Nachtragshaushalt nachsteuern können. Sie hätten im Landeshaushalt 2025 nachsteuern können. Sie haben es aber nicht getan. Sie haben sehenden Auges zugelassen, dass 1.600 Wohnungen weniger gebaut wurden. Das ist Resignation vor der Realität.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Widerspruch Michael Boddenberg (CDU))

Wenn wir beim Ministerium von Herrn Mansoori sind, Verkehrspolitik im ersten Jahr, Verkehrspolitik in diesem Landeshaushalt: absolute Fehlanzeige. Das Einzige, womit dieser Minister bislang aufgefallen ist: Er fährt jetzt wieder einen Verbrenner – na, herzlichen Glückwunsch.

(Zurufe)

Was sind die Fragen, die die Menschen beschäftigen? Wie bekommen wir nachhaltige Mobilität hin, egal ob mit dem Auto, mit der Bahn oder dem Bus? Wie kriegen wir das hin? Was beschäftigt die hessischen Verkehrsverbände, die Pendlerinnen und Pendler jeden Tag? Wie kann das Angebot wieder verlässlicher werden? Wie kann das Angebot ausgebaut werden? Wie können wir da wirklich weiter in umweltfreundliche Mobilität investieren? Von Ihrer Seite kommt da rein gar nichts. Auch hierzu haben wir sehr konkrete Änderungsanträge vorgelegt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dann haben wir ja noch ein neues Ministerium. Wir haben nicht nur zwei Sozialministerien, sondern wir haben jetzt auch ein eigenständiges Digitalisierungsministerium. Hierbei ist es das gleiche Trauerspiel wie beim Sozialministerium. Das Einzige, was im Digitalministerium wächst, ist die Zahl der Stellen, sonst ändert sich nichts. Mittlerweile arbeiten dort über 200 Leute an der Lösung von Problemen, die es größtenteils ohne sie nicht gäbe.

(Heiterkeit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was Sie dort machen, ist das Paradebeispiel für Bürokratieaufbau;

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt Freie Demokraten)

denn besser geworden sind die Mobilfunkversorgung und schnelles Internet in unserem Land mit diesen 200 Leuten bislang nicht wesentlich.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Modernisiertes Kupferkabel! – Zuruf Bijan Kaffenberger (SPD))

Da wir beim Bürokratieabbau sind, sage ich Folgendes: Wir haben jetzt einen eigenen Staatsminister für Bürokratieabbau.

(Beifall Dirk Bamberger (CDU) – Zurufe SPD: Sehr gut! – Guter Mann! – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Manni! – Weitere Zurufe)

– Feiert ihn noch ein bisschen, alles gut. – Auch hier gab es bloß große Ankündigungen, aber bislang keine wirklichen Ergebnisse.

Stattdessen – wir beraten in dieser Woche auch einen Antrag zum Bürokratieabbau – haben Sie da in erfrischender Offenheit beschrieben, was Sie für Bürokratieabbau halten, nämlich den Aufbau von neuer Bürokratie. Sie loben sich jetzt dafür, dass Ihre Bürokratieabbauinitiative besteht aus einem Minister für Entbürokratisierung, also neuer Büro-

kratie, einem Kabinettsausschuss für Entbürokratisierung, also neuer Bürokratie, einer Stabsstelle in der Staatskanzlei, also neuer Bürokratie,

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Und in jedem Ministerium!)

den Entbürokratisierungsbeauftragten in den Ministerien, also neuer Bürokratie,

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
In jedem Ministerium!)

und als absolutem Hit einem Sounding Board in der Landesvertretung in Brüssel.

(Minister Manfred Pentz: Das war mit eure Idee, ihr Schlawiner!)

Ein Sounding Board, das klingt nach einem großen Popkonzert,

(Minister Manfred Pentz: So ist es!)

aber ein Sounding Board ist nichts anderes als zusätzliche Bürokratie. Mit mehr Bürokratie werden Sie Bürokratie nicht bekämpfen können, meine Damen und Herren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten))

Dann sagen Sie – Herr Ministerpräsident, Sie haben es auch gemacht – mit treuherzigem Augenaufschlag,

(Zuruf CDU: Na, na, na!)

alle müssten den Gürtel enger schnallen, die Finanzmöglichkeiten des Landes seien begrenzt. Da müsse man Verständnis haben, dass nicht alles möglich sei. Man müsse auch den Landesbediensteten sagen, dass kein Geld mehr für sie da sei. Den Kommunen müsste man das auch sagen. – Ich habe viele weitere Bereiche erwähnt, wo Sie auch noch kürzen.

Das wäre alles glaubwürdig, wenn Sie nicht an anderer Stelle das Geld mit vollen Händen ausgeben würden. Das wäre dann glaubwürdig, wenn Sie nicht für sich selbst die Landesregierung in einem Maße aufgebläht hätten, wie es das hier in Hessen bislang nicht gegeben hat.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Moritz Promny (Freie Demokraten))

Neue Ministerien, neue Staatssekretäre, neue Beauftragte für dieses und jenes – mittlerweile über 200 Stellen nur dafür, dass diese neue Koalition im Amt ist. Und dann erzählen Sie gleichzeitig anderen, es sei kein Geld mehr da. Das ist wirklich nicht glaubwürdig.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nehmen wir den anderen Bereich, das Hessengeld. Wenn wir finanzielle Spielräume im Landshaushalt haben, wer wollte den Erwerberinnen und Erwerbern von Immobilien diese Förderung nicht gönnen? Wenn wir da Spielraum hätten, ja. Wir GRÜNE sagen, es gäbe einen besseren Weg, wie wir den Immobilienbesitz fördern können, aber lassen wir das beiseite.

Aber, meine Damen und Herren, wenn ich das Geld nicht habe, wenn ich an anderen Stellen kürzen muss, wenn ich unsere Kitas nicht so unterstütze, wie es nötig ist, wenn ich unsere Schulen und Hochschulen nicht so unterstütze, wie es nötig ist, wenn ich nicht in die Menschheitsaufgabe Klimaschutz investieren kann, wenn ich unsere Kommunen

nicht so fördere, wie es möglich ist, dann geht das eben nicht. Dann ist es eine falsche Prioritätensetzung, die Sie in diesem Landshaushalt vornehmen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben die „Renaissance der Realpolitik“ versprochen. Sie haben die Resignation vor den realen Problemen geliefert. Ihnen fehlt es dramatisch an Gestaltungswillen. Das erste Regierungsjahr war ein verlorenes für Hessen. Und dem Landshaushalt in der vorliegenden Form nach zu urteilen, wird es auch ein verlorenes Jahr 2025 für Hessen. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Lang anhaltender Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Daniela Sommer:

Als nächste Fraktion hat die SPD das Wort. Fraktionsvorsitzender Tobias Eckert, bitte schön.

Tobias Eckert (SPD):

Sehr verehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Wagner, lassen Sie mich da beginnen, wo Sie aufgehört haben. Das letzte Jahr war für dieses Bundesland ein gutes Jahr. Das letzte Jahr war für dieses Bundesland ein gutes Jahr mit der Hessen-Koalition. Auch der Haushalt 2025 macht deutlich: Auch die Zukunft wird eine gute für unser Bundesland sein.

(Beifall SPD und CDU)

Und ja, der Bundestagswahlkampf ist vorbei. Das Ergebnis der Bundestagswahl – sie wurde eben schon ein paar Male erwähnt – ist auch für meine eigene Partei ein Desaster; das muss man nicht beschönigen.

Es sollte – das ist auch ein Ergebnis der Bundestagswahl – für alle demokratischen Parteien ein Anlass sein, über das eigene Auftreten im Wahlkampf, die eigene Rhetorik, die eigenen Schwerpunkte der Politik und die eigene Verantwortung für unser Land nachzudenken. Darauf will ich eingehen.

Wenn wir nicht mehr nach Lösungen für Probleme suchen, sondern nach Schuldigen, werden wir unserer Verantwortung nicht gerecht. Wenn nicht mehr der sinnvolle Kompromiss das Ziel ist, sondern die erbarmungslose Konfrontation, werden wir unserer Verantwortung nicht gerecht. Wenn wir nicht mehr respektvoll miteinander sprechen können, sondern uns auf einen Wettlauf um die schäbigste Rhetorik einlassen, werden wir unserer Verantwortung nicht gerecht.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Wenn wir unserer gemeinsamen Verantwortung in der Politik nicht mehr gerecht werden, gewinnen am Ende nur die Demokratiefürer, die Spalter,

(Dr. Frank Grobe (AfD): Sprechen Sie von sich?)

die Feinde des Rechtsstaats und die Verächter der Menschlichkeit.

(Beifall SPD und CDU)

Deswegen braucht es Maß und Mitte in der politischen Auseinandersetzung. Die Herausforderungen, vor denen

wir stehen, sind übergroß und auch bekannt. All das sind Herausforderungen, die auch das Bundesland Hessen betreffen und denen wir uns stellen.

Die hessische SPD und die SPD-Landtagsfraktion wissen um diese Verantwortung für das Land und für die Sicherheit der Menschen angesichts der übergeordneten wie der alltäglichen Fragen, die zu beantworten sind.

Deswegen sind wir Teil der Hessen-Koalition mit der CDU geworden. Deswegen suchen und finden wir in dieser Koalition die sinnvollen Antworten für dieses Land. Und deswegen ist es uns auch gelungen, einen Haushalt für das Jahr 2025 aufzustellen, der den Willen zur politischen Gestaltung ausdrückt und Schwerpunkte dort setzt, wo die Zukunft unseres Landes entschieden wird.

(Beifall SPD und CDU)

CDU und SPD sind zwei unterschiedliche Parteien, die unterschiedliche Blickwinkel haben. Und beide finden in diesem Haushalt ihre Berücksichtigung. Verantwortung bedeutet, sich nicht wegzuducken, wenn es kompliziert wird. Verantwortung bedeutet, Herausforderungen anzunehmen und Lösungen zu finden.

Der Haushalt 2025 war und ist eine große Herausforderung. Aber wir haben auch diese Herausforderung gemeinsam angenommen und gelöst; denn das gemeinsame Ziel der Hessen-Koalition ist es, nicht den Mangel zu verwalten, sondern Politik für unser Land und für die Menschen zu gestalten, die in unserem Bundesland leben. Dieser Haushalt ist das Ergebnis von Abwägungen und Gesprächen, an deren Ende die Interessen abgewogen und gleichberechtigt berücksichtigt werden.

Herr Wagner, lassen Sie mich mit dem Beispiel beginnen, das Sie angesprochen haben, mit den Rücklagen für den Hochschulbau. Der Hessische Rechnungshof hat schon vor einiger Zeit – wie ich finde, völlig zu Recht – darauf hingewiesen, dass es möglicherweise keine gute Idee ist, so viel öffentliches Geld quasi auf dem Sparbuch liegen zu haben und ihm dabei zuzuschauen, wie es weniger wird, weil die Inflation höher ist als die beste Zinslage.

(Zuruf BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das ist kein Sparbuch!)

Das kann man machen, wenn genug Geld da ist, aber in Zeiten knapper Kassen und unter der Berücksichtigung der Schuldenbremse braucht es gemeinsame Lösungen.

Deswegen bin ich Wissenschaftsminister Timon Gremmels und der Landesregierung so dankbar, dass sie im Dialog, im Gespräch mit den Hochschulen eine gemeinsame Lösung für dieses Bundesland gefunden haben. Mein besonderer Dank gilt auch den Hochschulleitungen.

Am Ende diesen Konsens hinzubekommen, auf der einen Seite eine Entnahme dieser Rücklage zu gewährleisten und auf der anderen Seite mit einem Letter of Intent Sicherheit und Stabilität zu geben, dass auch in Zukunft keine Bau- und Infrastrukturprojekte gestrichen werden, ist dieses Zusammenbinden von Verantwortung und Zukunftsgestaltung, meine Damen und Herren. Dafür ein herzliches Dankeschön.

(Beifall SPD und CDU)

Gleichzeitig, Herr Kollege Wagner, steigt das Grundbudget der Hochschulfinanzierung in diesem Jahr im Vergleich zum Jahr 2024.

(Stephan Grüger (SPD): Hört, hört!)

Ich bin mir ganz sicher, dass der Hochschulpakt für die kommenden Jahre, den das Wissenschaftsministerium derzeit mit den Hochschulleitungen verhandelt, zu einer weiteren Stärkung Hessens als Standort für herausragende Wissenschaft beitragen wird. Meine Damen und Herren, all das ist verantwortungsvolle Politik, die allen Beteiligten nutzt.

(Beifall SPD und vereinzelt CDU)

Meine Damen und Herren, ich sagte es eingangs: Wir übernehmen Verantwortung dafür, dass in unserem Land die Voraussetzungen gegeben sind, die eine sichere Zukunft und einen optimistischen Blick nach vorne möglich machen. Dafür steht die Hessen-Koalition mit ihrer Politik und mit diesem Haushalt. In diesen herausfordernden Zeiten geht es darum, den Menschen umfassend Sicherheit zu geben – also wirtschaftliche, soziale und innere Sicherheit zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts.

Uns ist allen bewusst, dass das Land auf der Einnahmenseite auf ausreichende Steuereinnahmen angewiesen ist. Das ist aktuell nicht der Fall. Deswegen brauchen wir eine starke Wirtschaft, die guten Lohn für gute Arbeit zahlt, die Jobs schafft und die den Wohlstand unseres Landes sichert. Aus diesem Grund betreibt die Hessen-Koalition – an vorderster Front der Wirtschaftsminister – eine aktive Wirtschafts- und Industriepolitik – also etwas, Herr Kollege Wagner, was der grüne Vorgänger immer für überflüssig erachtet hat.

(Beifall SPD)

Meine Damen und Herren, deswegen ist das kein Programmchen oder keine Kleinigkeit, wie Sie es eben an diesem Rednerpult abgetan haben, Herr Wagner. Mit dem Hessenfonds in diesem Haushalt stellen wir über einen Zeitraum von zehn Jahren 1 Milliarde Euro zur Verfügung.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das stimmt nicht!)

Bei dem Thema muss man vorsichtig sein, aber das ist historisch, das ist eine gemeinsame Kraftanstrengung für die Gestaltung von Zukunft, für eine starke Wirtschaft und gute Arbeit in diesem Land, für Transformation und Innovation. Meine Damen und Herren, während die GRÜNEN darüber geredet haben, haben wir gehandelt. Herzlichen Dank.

(Beifall SPD und vereinzelt CDU – Wortmeldung Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Keine Zwischenfragen.

Vizepräsidentin Dr. Daniela Sommer:

Herr Eckert, ich habe das richtig vernommen. Sie lassen keine Zwischenfrage zu. Dann bitte schön.

Tobias Eckert (SPD):

Anders gesagt, Herr Wagner: In Hessen wird es ab April, wenn der Hessenfonds nach der Verabschiedung des Haushalts startet, zum ersten Mal in der Geschichte dieses Bundeslandes in diesem Volumen und für diesen Adressatenkreis – sowohl für kleine und mittelständische Un-

ternehmen als auch für Neuansiedlungen – ein Instrumentarium geben, damit Hessen in Zukunft ein starker, ein kraftvoller Wirtschaftsstandort mit der Zielsetzung bleibt, Wertschöpfung und Arbeit in diesem Land zu sichern und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Der Hessenfonds setzt ein deutliches und starkes Zeichen. Das schafft Vertrauen. Das schafft Sicherheit. Ich danke ausdrücklich Wirtschaftsminister Mansoori für dieses Engagement und diese Vorlage.

(Beifall SPD und CDU)

Ja, bei sozialer Sicherheit geht es um den sozialen Wohnungsbau, um Wohnungsbau insgesamt. Die Rekordzeichnung beim sozialen Wohnungsbau zeigt, wie groß der Bedarf ist. Wir haben in diesem Haus jahrelang darauf hingewiesen, dass mehr passieren muss und die Nachfrage sehr hoch ist. Als die GRÜNEN noch an der Landesregierung beteiligt waren, standen im Haushalt Gelder für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung – auch für den Erwerb von Belegungsrechten. Schauen Sie genau hin:

(Miriam Dahlke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Kein Antrag ist bei uns gescheitert! Kein Antrag!)

Der Höchststand für die geförderten Wohneinheiten waren im Rekordjahr 3.658 Wohneinheiten. Meine Damen und Herren, im letzten Jahr waren es Förderungen für insgesamt 4.559 Wohneinheiten. Das ist mehr. Da geht es voran.

(Lisa Gnadl (SPD): So ist es! – Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten): Aber man muss es am Ende auch bescheiden!)

Ja, ich bin dankbar, dass wir in dieser sozialen Frage des 21. Jahrhunderts vorankommen, nämlich die Menschen auch in Zeiten knapper Kassen mit bezahlbarem Wohnraum zu versorgen. Da geht es auf der einen Seite um Förderung, aber auf der anderen Seite auch um die Instrumente, die diese Landesregierung nutzt – nämlich in der Frage, wie wir Bauen günstiger, schneller und einfacher machen. All das sind verschiedene komplexe Maßnahmen, damit wir diese soziale Frage bewältigen können, nämlich die Menschen in Hessen mit bezahlbarem Wohnraum zu versorgen.

(Beifall SPD und CDU)

Zur Sicherheit und – für die FDP – zur Freiheit der Menschen gehört es auch, dass sie alle frei wählen können, wie sie mobil sein wollen. Dazu zählt die Finanzierungsvereinbarung mit den Verkehrsverbänden in den nächsten Jahren, wo Hessen mit 3,75 Milliarden Euro aus dem Landeshaushalt insgesamt 13 % mehr zahlen wird. Das Land stellt gemeinsam mit den Verbänden sicher, dass das Angebot für die Menschen in Hessen aufrechterhalten werden kann und dass wir es besser machen. Ja, das ist ein Kraftakt. Das kann man nicht so abtun, wie Sie es eben getan haben, Herr Wagner. Woanders wird bei der Mobilität gekürzt. Wir sichern dafür ab, dass der ländliche Raum nicht abgehängt wird, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD und CDU)

Herr Wagner, weil Sie eben den Verkehr angesprochen haben: In diesem Ministerium und in diesem Haushaltsentwurf sind für dieses Jahr eben keine Kürzungen beim Landesstraßenbau vorgesehen.

(Miriam Dahlke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Warum keine Erhöhungen?)

Wir setzen wirtschaftliche Schwerpunkte, auch für die Bauwirtschaft, indem wir in unsere Infrastruktur, in die Straßen investieren. Das hilft der Infrastruktur, weil wir davon leben wie kein anderes Bundesland. Insbesondere sorgen die Investitionen in diese Infrastruktur für wirtschaftliche Impulse. Dafür bin ich sehr dankbar. Es ist ein gutes, ein wichtiges Zeichen, dass wir die unterschiedlichen Mobilitätsbereiche gleichberechtigt in diesem Bundesland betrachten, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD und CDU)

Im Geschäftsbereich von Sozialministerin Hofmann stellt die frühkindliche Bildung den wichtigsten Schwerpunkt dar, weil das die Basis für Chancengleichheit, Chancengerechtigkeit, erfolgreiche Bildungsbiografien und eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist. Wir sprechen von ganz wesentlichen Faktoren für soziale Sicherheit in unserem Land. Das Landesprogramm „Fachkräfteoffensive Erzieherinnen und Erzieher“ mit der Ausweitung der berühmten PivA-Stellen, die Investitionen im Bereich des Bauens sind allesamt Maßnahmen des Ministeriums, mit denen wir in dieser Hessen-Koalition gemeinsam die Herausforderungen angehen.

Lieber Herr Kollege Wagner, was war das denn für ein katastrophales Zeugnis, das Sie sich selbst für die Verantwortung in der Regierung in den letzten Jahren ausgesprochen haben? Sie haben Probleme beschrieben, für die Sie zehn Jahre lang den zuständigen Minister gestellt haben.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wieso? Es ging voran!)

Diese Ministerin, diese Landesregierung geht diese Probleme an,

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was denn?)

damit wir die Herausforderungen im Bereich der Ganztagsbetreuung, der Kitas und bei vielem mehr lösen.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Als bald!)

Denn ohne Fachkräfte, ohne Ausbildung und Qualifizierung sowie ohne Bau wird es nichts werden. Deswegen ein herzlicher Dank für diese Initiativen und die Ausweitung, wie sie auch im Haushaltsplan dargelegt ist.

(Beifall SPD und CDU)

Mir ist wichtig: Im Sozialbereich insgesamt werden keine Strukturen zerschlagen. Mit Maß und Mitte zerschlagen wir bei dem großen Konsolidierungsbedarf keine Strukturen – nein, ganz im Gegenteil. Beim Sozialbudget steigt das Volumen insgesamt auf 136 Millionen Euro. Das heißt, es gibt zusätzliches Geld für die Fachkräftesicherung, für die Sprachförderung und Armutsbekämpfung. Meine Damen und Herren, das ist wichtig in der Sozialpolitik. Das schafft Sicherheit und sozialen Zusammenhalt in unserem Land.

(Beifall SPD und vereinzelt CDU)

Dafür bin ich der Sozialministerin sehr dankbar. Wir sind auf diesem Weg, und das auch mit dem, was wir gesetzgeberisch in diesem Jahr mit auf den Weg bringen müssen, damit wir vorankommen und damit wir das Angebot in Hessen tatsächlich besser hinbekommen als das, was wir

von Ihnen im letzten Jahr übernommen haben, meine Damen und Herren.

Dazu zählt nicht nur die frühkindliche Bildung und Betreuung, sondern auch die Bildung insgesamt. Auch im Bildungsbereich konnten wir – ich finde, das kann man an diesem Haushalt ablesen – wichtige Forderungen abbilden. Herr Wagner, auch da gilt: Wir reden nicht darüber, wir machen, wohingegen Sie darüber geredet haben. – Die Bezahlung von befristeten Lehrkräften auch über die Sommerferien hinaus ist in diesem Haus immer wieder ein großes Thema gewesen. Wir reden nicht nur darüber, wir machen das mit diesem Haushaltsentwurf, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD und CDU)

Auf der einen Seite stellen wir mehr Stellen zur Verfügung, wie es der Herr Ministerpräsident deutlich gemacht hat. Auf der anderen Seite schaffen wir durch Veränderungen mit Blick darauf, wie wir die Lehrkräfte für die Schulen gewinnen, mit dem Ein-Fach-Lehrer und ähnlichen Maßnahmen mehr die Chance, dass wir nicht nur Stellen schaffen, sondern nachher auch real Menschen, die das können, in der Bildung tätig sind. Daraus ergibt sich kluge Politik – sowohl im Haushalt als auch in der Bildungspolitik, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD und CDU)

Ja, zur Sicherheit gehört die innere Sicherheit. Wir sorgen als Hessen-Koalition dafür, was uns mit diesem Haushaltsentwurf gelungen ist, dass wir nicht an Polizeianwärterinnen und -anwärtern sparen, sondern wir belassen das auf dem aktuellen Niveau. Das ist anders, als das andere Bundesländer machen. Das hätte man streichen können, aber wir als Hessen-Koalition haben das ganz bewusst nicht getan. Es geht uns um Respekt und Verantwortung gegenüber unserer Blaulichtfamilie. Deswegen stärken wir diese auch mit unserem Respektpaket, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD und CDU)

Das Thema der politischen Bildung und der Demokratieförderung, nicht nur vor dem Hintergrund des fünften Jahrestages des Attentats in Hanau, ist mir und meiner Fraktion ein besonderes Anliegen. Deshalb haben wir dafür gesorgt, dass mit diesem Haushalt die Gedenkstätten gestärkt werden. Wir werden in diesem Bereich mittelfristig ein Gedenkstättenkonzept ausarbeiten. Außerdem geben wir in diesem Bereich Mittel für das Programm Demokratieforschung sowie insgesamt noch einmal 8,8 Millionen Euro für das Programm „Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“ aus.

Meine Damen und Herren, ferner haben wir gemeinsam eine Übergangsförderung hinbekommen, sodass keine der Initiativen in diesem Land, denen wir unglaublich dankbar sind, in Schwierigkeiten geraten ist, sondern dass sie ihrer wichtigen Aufgabe nachkommen können. Auch das hat etwas mit Verantwortung zu tun.

(Beifall SPD und CDU)

Beim gesellschaftlichen Zusammenhalt für dieses Land geht es auch um Kunst und Kultur. In der Corona-Krise haben wir erlebt, was fehlt, wenn Kunst und Kultur für die Menschen nicht vorhanden sind. Mit diesem Haushalt geben wir als Hessen-Koalition die deutliche Antwort, dass sich die hessischen Kulturstätten im Jahr 2025 darauf verlassen können, dass es eine solide Finanzierung in diesem

Jahr gibt. Anders als andere Bundesländer bekommen wir es hin, keine Einsparungen in diesen Bereichen vorzunehmen. Außerdem haben wir es geschafft, dass wir mit diesem Haushalt für die Bereiche, die uns farbübergreifend wichtig sind, zum Beispiel Musikschulen, mehr Geld ausgeben, als wir das bisher getan haben. Auch hier zeigen wir Verantwortung als Hessen-Koalition.

(Beifall SPD und CDU)

Dieses Geld müssten die Kommunen ansonsten aufbringen, wenn wir uns als Land nicht engagieren würden. Damit bin ich bei den kommunalen Finanzen. Der Kommunale Finanzausgleich verzeichnet in diesem Jahr einen Aufwuchs um 200 Millionen Euro für die Kommunen in Hessen. Ja, der Aufwuchs ist nicht so groß, wie wir es gerne gehabt hätten. Aber von einer Kürzung zu sprechen, wenn insgesamt mehr drin ist als vorher, das ist nun wirklich eine Verdrehung der Debatte.

Uns als SPD ist die Verantwortung für unsere kommunale Familie seit jeher ein wichtiges Anliegen. Dem wollen wir trotz der schwierigen finanziellen Lage, so gut es geht, gerecht werden. Deswegen prüft die Landesregierung auf Beschluss der Koalition den sogenannten Daseinsvorsorgefonds, mit dem wir es ermöglichen, Investitionen der kommunalen Familie durch das Land finanziell zu unterstützen, und zwar für unsere Krankenhäuser, für den Kita-Ausbau, für die Berufsschulen oder für die kommunale Energieversorgung. Das ist die Verantwortung des Landes für kommunale Investitionen. Ich bin sehr dankbar dafür, dass wir als Bundesland hier ein kraftvolles Zeichen für die kommunale Familie setzen.

(Beifall SPD und CDU – Zuruf Miriam Dahlke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Daher will ich zusammenfassen. Die Hessen-Koalition betreibt eine verantwortungsvolle Haushaltspolitik. Das beweisen wir mit dem Etat für das Jahr 2025. Verantwortungsvolle Haushaltspolitik heißt für uns: kluge Konsolidierung statt kopfloser Kahlschlag, Entscheidungen zu treffen, auch wenn sie im Einzelfall schmerzlich sind, und dann dazu zu stehen, also Verantwortung zu übernehmen.

In diesem Sinne stehen wir auch zu der Entscheidung, die zweite Stufe der Besoldungserhöhung für unsere Beamtinnen und Beamten um vier Monate zu verschieben. Ja, dieser Schritt ist schmerzlich, ganz besonders für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, für uns insgesamt als Hessen-Koalition. Aber in der Abwägung aller vorstellbaren Szenarien war das die Lösung, die keinen strukturellen Schaden anrichtet. Es ist keine verfassungswidrige Nullrunde und hat keinen dauerhaften negativen Effekt für die Betroffenen. Das war und ist uns wichtig. Deswegen war dies die Abwägung, anstatt woanders hart zu kürzen und Investitionen in die Zukunft wegzulassen. Das war der richtige und notwendige Schritt, ohne für die Beschäftigten dauerhaft Lasten zu organisieren.

Verantwortungsvolle Politik heißt übrigens auch, die Wirksamkeit und den Sinn aller haushaltsrelevanten Maßnahmen zu überprüfen. Herr Kollege Wagner, Sie haben gesagt, wo überall angeblich gekürzt wird. Wenn im Jahr 2023 noch unter der Umweltministerin Priska Hinz von den GRÜNEN 34 Millionen Euro an Finanzmitteln im Produkt Klimaschutz waren, davon aber nur 21 Millionen Euro abgerufen worden sind, der Rest also nicht ausgegeben werden konnte, warum auch immer, dann war das keine verantwortungsvolle Politik. Dann macht man sich

auch ehrlich, wenn man diese Mittel im Haushalt kürzt; denn Luftnummern brauchen wir in diesem Haushalt nicht.

(Beifall SPD und CDU)

Herr Kollege Wagner, Sie haben die Nachhaltigkeitsstrategie angesprochen. Wir stehen uneingeschränkt zum Staatsziel Nachhaltigkeit. Wenn aber von insgesamt 980.000 Euro 600.000 Euro für eine einzige Agentur für die PR ausgegeben werden, dann ist das vielleicht nachhaltig für diese Agentur, aber garantiert nicht im Sinne des Ziels.

(Beifall SPD und CDU – Zuruf Miriam Dahlke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Vizepräsidentin Dr. Daniela Sommer:

Herr Eckert, Ihre Redezeit läuft ab. Sie müssen zum Schluss kommen.

Tobias Eckert (SPD):

Es gibt ein Programm, an dem dankenswerterweise Kaweh Mansoori dran ist. Es gibt ein Darlehensprogramm für Fotovoltaikanlagen auf Eigenheimen. Das war sicherlich gut gemeint. Wenn wir aber für 1 Euro Investitionen 3 Euro für den eigenen Laden, nämlich für das Land Hessen, ausgeben, weil die Produktkosten so hoch sind, dann ist es klug und richtig, das anzugehen und eine bessere Politik zu machen – im Sinne der Energiewende und des Klimaschutzes.

(Beifall SPD und CDU)

Lassen Sie mich zusammenfassen. Die Hessen-Koalition aus CDU und SPD macht verantwortungsvolle Politik. Wir tun das unter Rahmenbedingungen, die wir uns nicht aussuchen konnten. Wir stehen für Sicherheit und für den Zusammenhalt unseres Landes, für ein gutes Leben in Hessen und für ein starkes Bundesland Hessen. – Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall SPD und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Daniela Sommer:

Nächste Rednerin ist die Fraktionsvorsitzende der Freien Demokraten. Frau Knell, Sie haben das Wort.

Wiebke Knell (Freie Demokraten):

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Auch wenn es heute um den Landeshaushalt geht, möchte ich es nicht versäumen, an dieser Stelle CDU und SPD im Bund viel Erfolg für die kommenden Jahre zu wünschen.

Spätestens nach diesem Sonntag dürfte jedem Demokraten in diesem Land klar sein, dass es nur noch eine Chance gibt, die notwendigen Veränderungen für bessere Lebenschancen der Menschen in diesem Land durchzusetzen und Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates zurückzugewinnen. Aber so wirklich glücklich kann nach diesem Sonntagabend niemand sein.

(Zuruf AfD: Doch!)

– Werte Kolleginnen und Kollegen von der AfD, Schadenfreude ist kein politisches Konzept. Schön, wenn Sie glücklich sind. Da muss aber noch mehr passieren.

(Beifall Freie Demokraten, vereinzelt CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dass das BSW knapp gescheitert ist, ist eine gute Nachricht für dieses Land, für die Regierungsfähigkeit dieses Landes und natürlich auch eine schlechte Nachricht für Putin. Das dürfte Sie nicht freuen. Das ist gleichzeitig aber auch echter Dusel für Schwarz-Rot.

Für die Freien Demokraten war der Sonntag einmal mehr eine bittere Zäsur. Ich sage aber auch ganz klar: Wir brauchen weder Mitleid noch Häme. Die Idee des Liberalismus in diesem Land verschwindet nicht durch ein Wahlergebnis.

(Beifall Freie Demokraten)

Wir werden auch weiter im Hessischen Landtag und in diesem Bundesland eine starke Stimme für Freiheit, für Wohlstand und für Selbstbestimmung sein.

(Beifall Freie Demokraten)

Eines ist klar geworden: Die Menschen sehnen sich nach Veränderungen. Ob diese Veränderungen durch Schwarz-Rot im Bund umgesetzt werden können, daran kann man nach einem Jahr Schwarz-Rot in Hessen ein Fragezeichen machen. Allzu oft liefert Schwarz-Rot in Hessen große Überschriften und kleine Ausbeute. Das haben wir auch heute wieder gehört.

Liebe Landesregierung, eines ist sicher: Heute ist der Tag, ab dem die Ausrede, die Bundesregierung sei schuld, im Hessischen Landtag nicht mehr zählt.

(Beifall Freie Demokraten und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf Dirk Bamberger (CDU))

Schauen wir doch einmal, was Schwarz-Rot seit dem Amtsantritt vor einem Jahr in Hessen geschafft hat. Da fallen einem zuerst die drei Rhein'schen Wortbrüche ein. Der erste lautet: „Grunderwerbsteuer? Geht aufs Haus.“ Das stand groß auf den Wahlplakaten der CDU im ganzen Land. Das war ein Versprechen, das sicherlich viele junge Familien gefreut hat; denn der Traum von den eigenen vier Wänden ist für viele eine wichtige Basis für die Familiengründung.

Wie so oft bei der CDU kam das Kleingedruckte erst nach der Wahl. Mitnichten geht die Grunderwerbsteuer aufs Haus. Im Gegenteil. Ich zitiere aus den siebenseitigen Förderrichtlinien des sogenannten Hessengeldes:

„Die Grunderwerbsteuer für die Wohnimmobilie muss bei Beantragung des Hessengeldes bereits vollständig gezahlt worden sein.“

Ich hoffe für Sie, lieber Herr Finanzminister, dass Sie beim Dating vielleicht besser sind als mit Ihren Wahlversprechen. Denn, wenn „Geht aufs Haus“ heißt, dass Sie einladen, die Umworbene aber erst mal fürs Dinner vorlegen muss und später in zehn Raten etwas zurückbekommt, dann gibt es kein zweites Date. Dann werden Sie im Politik-Tinder ganz schnell beiseitegewischt.

(Beifall Freie Demokraten)

Es bleibt dabei: Das Hessengeld bringt keine Entlastung bei der Höhe der aufzubringenden Nebenkosten. Es ist

bürokratisch hoch zehn, und es ist Wortbruch Nummer 1 dieser Landesregierung.

(Beifall Freie Demokraten)

Das Zweite ist – und das wird mit diesem Haushalt endgültig vollzogen – die Verschiebung der Besoldungserhöhung. Was sagt der Koalitionsvertrag? Ich zitiere:

„Die Beschäftigten lassen wir mit der Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse nicht allein.

Gleichzeitig sind wir bestrebt, die Tarifverhandlungsergebnisse weiterhin zeitgleich und systemgerecht auf die Beamtenbesoldung und -versorgung zu übertragen.“

Abgesehen davon, liebe Koalitionäre, dass die Beamtenbesoldung in diesem Land immer noch verfassungswidrig sein dürfte, müssen diese Worte des Koalitionsvertrages wie Hohn in den Ohren der Beamten klingen. Es gab auch zu Recht heute wieder Proteste deswegen.

Was nehmen wir mit? „Zeitgleich“ bedeutet bei der Landesregierung also: vier Monate später. Wertschätzung gegenüber den Beamtinnen und Beamten: null Komma null. Verfassungstreue ist am untersten Limit. Das ist Wortbruch Nummer 2, und das auf Kosten derjenigen, die dieses Land am Laufen halten.

(Beifall Freie Demokraten und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das dritte Thema kam eben auch schon auf: sozialer Wohnungsbau. Da hatte sich die SPD nach viel Kritik am grünen Vorgänger viel vorgenommen. Vollmundig heißt es dazu im Koalitionsvertrag:

„Förderanträge sollen nicht aus finanziellen Gründen abgelehnt werden.“

Nun fehlen 400 Millionen Euro, und damit stehen viele Projekte im sozialen Wohnungsbau vor dem Aus. Allein in Kassel sind fast 250 Wohnungen betroffen.

Ausgerechnet die SPD bekommt den sozialen Wohnungsbau nicht auf die Kette. Da blutet doch wahrscheinlich jedem Genossen das Herz, wenn Kaweh Mansoori das Kerngeschäft der Sozialdemokraten versammelt wie der FC Bayern letztes Jahr die Meisterschaft.

(Beifall Freie Demokraten und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch hier lautet die Bilanz: Verlässlichkeit im Wohnungsbausektor ist gleich null Komma null. Wir haben dafür eine entlassene Staatssekretärin mit Erfahrung im Bauwesen. Das Ergebnis ist Wortbruch Nummer 3, und dazu haben wir den Skandal im Wirtschaftsministerium.

Die Bilanz der Landesregierung ist wirklich überschaubar. Statt der „Renaissance der Realpolitik“ sind wir eher im Stillstand der Tagespolitik oder im barocken Klein-Klein von Boris Rhein gefangen. Wir haben einen Wirtschaftsminister, der nach einem Jahr noch immer kein Gesetz vorgelegt hat. Gegen diesen hessischen Wirtschaftsminister war Robert Habeck nahezu ein Aktivposten in der Wirtschaftspolitik.

(Beifall Freie Demokraten – Zuruf Dr. Frank Grobe (AfD) – Michael Boddenberg (CDU): Haben Sie das schon immer so gesehen, Frau Kollegin?)

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Union, nachdem am Sonntag Ihre Ausrede mit Berlin weggefallen ist, halten wir einmal fest, dass es eben nicht reicht, das Wirtschaftsministerium beliebig den GRÜNEN oder der SPD zu überlassen und dann tatenlos zuzuschauen, wie die Wirtschaft in Hessen weiter absteigt.

Herr Ministerpräsident, ich spreche Sie da auch ganz persönlich an. Die Zahl der großen Überschriften und der kleinen Ausbeute muss jetzt vorbei sein. Eben kam das auch wieder, eine große Überschrift nach der anderen: „Entbürokratisierungsturbo“, „umfassender Kulturwandel“. Das war ansteckend, Tobias Eckert hat dann auch einige Worthülsen gebracht. Aber unser Land braucht jetzt Tatkraft. Nicht das Erzählte reicht, sondern das Erreichte zählt. Das ist ein passendes Zitat.

(Beifall Freie Demokraten und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn wir uns einmal ehrlich machen: Seit Roland Koch abgetreten ist, ist dieses Land nur noch verwaltet worden. Wenn man guten Willens ist, kann man sagen, dass es zumindest solide verwaltet wurde. Aber für uns Freie Demokraten ist das nicht genug. Verwaltung ohne Visionen ist keine Politik.

(Beifall Freie Demokraten)

Wir brauchen endlich Impulse, die uns voranbringen, die keine leeren Versprechungen sind und nicht Stillstand bedeuten. Da fehlen uns die Leuchttürme, die uns zeigen, wohin diese Reise geht. Wo sind die Ideen, die Hessen an die Spitze bringen? Wenn wir so weitermachen, dann werden wir uns morgen in der Vergangenheit wiederfinden. Die Zukunft wollen wir aber nicht so gestalten, das darf nicht unser Ziel sein.

Was wir für Hessen wollen, ist: Wir erwarten zum einen von der Bundesregierung neue Impulse für eine Wirtschaftspolitik, die ihren Namen auch verdient. Das haben Sie in Berlin versprochen, darauf setzen wir. Aber nicht nur die Bundesregierung ist gefragt, sondern auch diese Landesregierung muss liefern.

Wir haben da klare Vorstellungen. Hessen muss im Baubereich, beim Bürokratieabbau und auch im Bereich der künstlichen Intelligenz endlich Vorreiter werden. Hessen hat alles, was KI-Unternehmen brauchen, um zu wachsen. Der Internetknotenpunkt liegt vor der Tür, und rund um die TU Darmstadt gibt es bereits ganz viel Know-how in diesem Zukunftsbereich. Die Region Frankfurt/Rhein-Main ist bereits der größte Rechenzentrumsstandort Europas. Wir haben große Technologiekonzerne, die massiv investieren: Amazon Web Services plant 8,8 Milliarden Euro, Google 1 Milliarde Euro in Hanau, Equinix über 1 Milliarde Dollar in Frankfurt. Das Nationale Forschungszentrum für angewandte Cybersicherheit, ATHENE, in Darmstadt ist mit 600 Wissenschaftlern Europas größte Forschungseinrichtung im IT-Bereich. Aber diese Landesregierung nutzt diese Chancen nicht.

(J. Michael Müller (Lahn-Dill) (CDU): Ach! – Ingo Schon (CDU): Wo kommen die denn her? Sind die vom Himmel gefallen?)

Wir brauchen beschleunigte Genehmigungsverfahren für neue Rechenzentren, wettbewerbsfähige Stromkosten und eine stärkere Forschungsförderung.

(Beifall Freie Demokraten – Michael Boddenberg (CDU): Nicht ganz schlüssig, Frau Kollegin!)

Wir müssen die Region endlich zum führenden Digital Heart Europas entwickeln – ein Ziel, das wir erreichen können, wenn wir den Mut haben, jetzt zu handeln. Die Konzerne und die Forscher stehen bereit, die Rechenzentren sind da. Aber die Landesregierung sitzt da wie der Vegetarier vor dem Wurstbrot und traut sich nicht, zuzugreifen. Das wird so nicht funktionieren.

(Heiterkeit)

– Das können wir gern noch intensiver diskutieren, nur nicht heute.

(J. Michael Müller (Lahn-Dill) (CDU): Erklären Sie mal, wie Sie zugreifen!)

Kommen wir zur Verkehrspolitik. Die zentrale Lage macht Hessen zur wichtigsten Verkehrsdrehscheibe Deutschlands. Die Autobahnen A 3 und A 5 sind an ihrer Kapazitätsgrenze angelangt. Wir haben Staus, die verursachen massive volkswirtschaftliche Schäden durch Zeitverlust und erhöhte Transportkosten. Im Schienenverkehr ist der Frankfurter Hauptbahnhof einer der verkehrsreichsten Bahnhöfe Deutschlands. Wir Freie Demokraten wollen hier einen Baustellenturbo. Wir brauchen neue Ausschreibungsmodalitäten, die schnelles und fristgerechtes Bauen belohnen. Wir stehen auch zu einem schnellen Ausbau der ICE-Neubaustrecken Frankfurt–Fulda und Frankfurt–Mannheim. Gleichzeitig muss der Regionalverkehr durch den Ausbau der S-Bahn-Verbindungen im Rhein-Main-Gebiet gestärkt werden. Auch die maroden Autobahnbrücken und Eisenbahnbrücken sind ein dringendes Sanierungsprojekt. Es gibt total viele Baustellen. Wir brauchen eine Infrastrukturgesellschaft, die die Planung und Umsetzung der Verkehrsprojekte effizient koordiniert und vorantreibt.

Wenn Wirtschaftspolitik nicht so das Steckenpferd der Landesregierung ist, dann könnte man auf die Idee kommen, es gäbe andere Schwerpunkte, die angegangen werden. Was passiert denn zum Beispiel in der Bildungspolitik? Wenigstens wurden hier die wichtigsten Projekte schon angegangen: Genderverbot, Blockflötenunterricht, Werteunterricht. Aber wenn man kurz den eklatanten – Wo ist er eigentlich, der Bildungsminister? – Nicht da, na gut.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Er übt Blockflöte!)

Genauso wie die Lehrer: nicht da. – Aber wenn man kurz den eklatanten Lehrermangel beiseitelässt und sich damit abfindet, dass die Schultoiletten zu den schäbigsten Orten Hessens, nach dem Frankfurter Hauptbahnhof vielleicht, gehören, dann könnte man fast glauben, alles sei in bester Ordnung. Von Digitalisierung in der Schule haben wir noch gar nicht geredet. Seit alle Lehrerinnen und Lehrer in Hessen mit einer E-Mail-Adresse versorgt sind, scheint das Projekt irgendwie abgeschlossen zu sein.

(Ingo Schon (CDU): Was ist denn mit dem Digitalpakt?)

Aber die Welt dreht sich weiter, und insbesondere auch das Thema KI in der Schule stellt uns vor neue Herausforderungen. Wir Freie Demokraten möchten gern ein Pilotprojekt zu KI in der Schule. Denn wir wissen alle, dass die heutigen Schülerinnen und Schüler damit bereits jeden Tag umgehen. Wir Freie Demokraten wollen auch die Bildung

endlich auf das Niveau bringen, das unsere Kinder verdienen.

(Beifall Freie Demokraten – J. Michael Müller (Lahn-Dill) (CDU): Die Kinder verdienen Bildung, aber keine Freien Demokraten!)

Armin Schwarz ist jetzt auf seiner sogenannten „WERT-voll-Tour“ durch die Schulen. Ich glaube, für die Schülerinnen und Schüler wäre es durchaus wertvoller, er würde sich endlich um die Lehrkräftegewinnung kümmern. Denn der Lehrermangel ist keine Zukunftsfrage mehr, er ist jetzt da. Alle Anstrengungen müssen darauf gesetzt werden, den Lehrermangel zu bekämpfen. Das geht nicht mit einer einzigen Maßnahme; aber es wird Zeit, damit anzufangen.

(Beifall Freie Demokraten)

In der letzten Plenarrunde haben wir auch die duale Lehrerbildung debattiert. Ein Schlüssel zu einer erfolgreichen Lehrkräftegewinnung kann darin liegen, die Ausbildung praxisorientierter zu gestalten und damit auch mehr Menschen für den Lehrerberuf zu begeistern. Dazu braucht es dann auch Maßnahmen, um den Lehrerberuf attraktiver zu machen. Dafür muss sich auch viel in den Schulen selbst ändern.

In den Gesprächen mit Lehrerinnen und Lehrern habe ich zunehmend das Gefühl, dass das Fass wirklich kurz vor dem Überlaufen ist. Ich möchte Ihnen gern berichten, was Lehrkräfte aus meinem Umfeld über ihren Alltag sagen. Ich zitiere:

„Wir sind mittlerweile nicht mehr nur Pädagogen, sondern auch Mentoren, Konfliktmanager, Sozialarbeiter, Aufseher und nicht zuletzt Verwaltungskräfte.“

Das zeigt, die Anforderungen sind enorm, und die zusätzlichen Belastungen machen es den Lehrkräften fast unmöglich, sich auf den Unterricht zu konzentrieren. Es bleibt auch kaum Zeit für das, was eigentlich die Hauptaufgabe von Lehrern ist, nämlich den Kindern Wissen zu vermitteln. Das ist ein Problem.

Ein weiteres Problem, das Lehrer täglich erleben, sind die Sprachbarrieren, die Sprachprobleme. Das ist mittlerweile die Regel. Dabei geht es nicht nur um die Erlernung der deutschen Sprache durch Flüchtlinge, sondern auch der Umfang des Wortschatzes der einheimischen Kinder sinkt rapide. Auch das ist ein Beispiel aus Nordhessen, nicht etwa aus Offenbach. All das zeigt mir: Die Situation an den Schulen spitzt sich richtig zu.

Dazu kommt, dass deutschlandweit 40 % der Lehramtsstudenten am Ende nicht vor einer Klasse stehen wollen. Das müssen wir ändern. Wenn wir Menschen vom Lehrerberuf begeistern wollen, dann muss der Beruf attraktiver gestaltet werden. Vor allem müssen wir auch einmal neue Wege gehen und zum Beispiel über eine leistungsbezogene Vergütung der Lehrkräfte sprechen. Das Thema müssen wir einmal angehen.

(Beifall Freie Demokraten)

Es macht doch einen Unterschied, ob jemand vor einer Klasse mit 15 Schülern steht und Sportunterricht gibt oder in einem Deutsch-Leistungskurs mit 25 Schülerinnen und Schülern unterrichtet. Wer Leistung bringt, sei es durch höhere Schülerzahlen, sei es durch korrekturintensive Fächer oder auch durch besonderes Engagement, der muss das auch im Geldbeutel merken. Sonst wird der Beruf des

Lehrers für viele immer unattraktiver werden. Vormittags recht und nachmittags frei, das haben die Lehrerinnen und Lehrer schon lange nicht mehr.

Wer den Beruf richtig ausübt, der kommt in Prüfungszeiten schnell auf eine Mehr-als-50-Stunden-Woche.

Ein weiterer Punkt, über den wir nachdenken müssen, wenn wir die Bekämpfung des Lehrermangels ernst nehmen: Wir sollten dringend prüfen – das ist eine Idee aus den Zeiten von Roland Koch –, ob eine Hessenprämie zur Anwerbung von Lehrkräften aus anderen Bundesländern sinnvoll sein kann. Das müssen wir prüfen; denn wir brauchen gute Lehrkräfte.

(Beifall Freie Demokraten)

Bildung hört nicht bei der Schule auf, sondern ist natürlich auch eine Sache der Hochschulen. Aber da will die Landesregierung rund 474 Millionen Euro einsparen. Auch das kann doch echt nicht sein.

(Beifall Freie Demokraten – Michael Boddenberg (CDU): Wo steht das denn?)

– Das steht im Haushalt. Das können Sie dort nachlesen.

(Michael Boddenberg (CDU): Es ist falsch, was Sie sagen!)

– Nein, das ist nicht falsch. Ein Faktencheck ist live leider nicht möglich, aber das steht so im Haushalt.

Ein weiteres Thema: Die kommenden Jahre stellen uns vor immense Herausforderungen, nicht nur und vor allem durch die unsichere wirtschaftliche Lage und die weltpolitischen Spannungen. Wenn wir unser wirklich schönes Bundesland zukunftsfähig machen wollen, dann müssen wir die Verwaltungsstrukturen so gestalten, dass sie den Anforderungen flexibel und effizient gerecht werden.

Dabei gilt auch hier eine alte Weisheit: Haushalte werden in guten Zeiten ruiniert. – In den letzten elf Jahren haben Schwarz-Grün und – in der Fortsetzung – Schwarz-Rot die Landesverwaltung massiv aufgebläht. Allein in den Ministerien in Wiesbaden wuchs die Zahl der Beamten von 2.260 auf 3.518. Das sind 55 % mehr Beamtenstellen. Herr Ministerpräsident, in der Staatskanzlei wurde die Zahl der Beschäftigten seit 2013 fast verdoppelt. 94 % mehr Beamte in der Staatskanzlei innerhalb von elf Jahren – und das ist der Fall, obwohl das Digitalisierungsministerium ausgegliedert wurde.

(J. Michael Müller (Lahn-Dill) (CDU): Eine solche Erhöhung hat die Berliner FDP in einem Jahr geschafft!)

Sie müssten schon einmal erklären, warum Sie doppelt so viele Beamte brauchen. Wir reden hier auch nicht über A-8- oder A-10-Stellen.

Hinzu kommt noch die Steigerung der Zahl der Stellen bei den Tarifbeschäftigten um 17 % – und auch allein in den Ministerien. In den RP sieht es fast genauso aus: auch dort ein Anstieg der Zahl der Stellen um mehr als ein Drittel. Das kann so nicht weitergehen. Wenn wir die Herausforderungen in den Bereichen Bildung und Infrastruktur angehen wollen, dann können wir uns einen solchen aufgeblähten Staatsapparat nicht mehr leisten.

(Beifall Freie Demokraten)

Wenn die Landesverwaltung ein Patient wäre, dann hätte ihr der Arzt längst eine Abnehmspritze verschrieben. Wenn der Einsatz der Kettensäge zu radikal ist, dann braucht es vielleicht zumindest eine Ozempic-Kur, zumindest für die hessische Bürokratie. Für uns Freie Demokraten ist nämlich klar: Wir müssen diesen Apparat entschlacken. Es ist nicht genug, über den Bürokratieabbau immer nur zu reden und diese Idee zu verbreiten, sondern wir müssen auch die Zahl der Bürokraten in den Griff bekommen.

Wir Freie Demokraten wollen einen schlanken, agilen Staat, der als effizientes Serviceunternehmen für die Bürger fungiert. Dafür ist nämlich der Staat da. Die hessische Verwaltung braucht deshalb eine Abnehmkur. Auch Begleiterkrankungen fallen dann weg, wie träge und unflexible Strukturen. Der Ministerpräsident hat ja angekündigt, dass jede dritte Stelle nicht mehr besetzt wird. Der Haushaltentwurf spricht aber eine andere Sprache. Wir sagen: Wir wollen keine leeren Versprechungen mehr, sondern konkrete Schritte sehen. Wir sind als Freie Demokraten auch eine Art Service-Opposition. Wir helfen Ihnen also gern, die notwendigen Vermerke im Haushalt zu setzen.

Lassen Sie uns bitte gemeinsam jede Behörde auf den Prüfstand stellen. Welche Aufgaben, die möglicherweise nicht notwendig sind, leisten die Regierungspräsidien? Warum braucht es ein Fachzentrum Klimaschutz im HLNUG, wenn diese Aufgabenerfüllung doch keine staatliche Notwendigkeit ist? Zwei Sozialministerien sind eines zu viel. Die Landesenergieagentur können wir gerne gemeinsam abschaffen; denn ehrlicherweise wollten diese Agentur damals nur die GRÜNEN, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU. Lassen Sie uns auch schauen, welche Aufgaben von den Schulämtern auf die Landesebene übertragen werden können. Wir sollten uns wirklich einmal die Frage stellen: Welches sind die echten Aufgaben des Staates, und wie können wir diese so effektiv wie möglich erfüllen?

Stellen Sie sich doch einmal eine Verwaltung vor, die nicht unnötig aufgebläht ist, sondern nach dem Prinzip der Effizienz arbeitet. Das scheint eine schwierige Vorstellung zu sein, aber ich denke, wir könnten einmal darüber nachdenken: eine Verwaltung, die in allen Bereichen ihre Aufgabe als Dienstleister für die Bürger versteht, die moderne Technologien nutzt, Prozesse vereinfacht und die Bürokratie abbaut. Dann könnten wir bei den Behörden von einer schrumpfenden – statt einer wachsenden – Bürokratie sprechen, und von Behörden, die sich auf ihre Aufgaben fokussieren und die Bürger am Ende nicht mehr Zeit kosten als unbedingt nötig.

Dabei ist klar, dass wir nicht bei der Polizei, bei der Bildung und der Justiz sparen wollen. Aber wir dürfen uns ansonsten nicht an veralteten Strukturen festhalten, die keinen Mehrwert für die Bürgerinnen und Bürger haben. Eine Landesverwaltung, die vor zehn Jahren mit 55 % weniger Stellen auskam, sollte in der Lage sein, jede dritte Stelle einzusparen, ohne dass die Bürger dadurch einen Nachteil haben. Wahrscheinlich merken sie eine solche Einsparung noch nicht einmal.

Ich denke, ein modernes Hessen erfordert auch den Mut und die Bereitschaft, bestehende Strukturen auf den Prüfstand zu stellen. Genau diese Courage müssen wir aber aufbringen, um unser Land zukunftsfähig und handlungsfähig zu machen und um viele Vorhaben bezahlen zu können. Es geht nämlich um mehr als nur um Einsparungen. Es geht um eine effektive, moderne Verwaltung, die sich nicht

hinter der Bürokratie versteckt, sondern den Menschen dient.

Werte Kolleginnen und Kollegen, Schwarz-Rot mag in manchen Bereichen vielleicht etwas besser sein als Schwarz-Grün, aber es ist noch nicht gut. Schwarz-Rot hat im letzten Jahr nicht den Mut bewiesen, das Land zukunftsfähiger zu machen. Wir Freie Demokraten werden weiter konstruktiv daran mitarbeiten, wenn es um die Stärkung der Wirtschaft, um die Verbesserung der Bildung und um einen effizienten Staat geht. Wenn Sie diese Aufgaben angehen, dann haben Sie uns an Ihrer Seite.

(Beifall Freie Demokraten)

Vizepräsident René Rock:

Danke, Frau Fraktionsvorsitzende Knell. – Für die CDU-Fraktion erteile ich der Vorsitzenden, Ines Claus, das Wort.

Ines Claus (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben in den vergangenen fast zwei Stunden sehr viel davon gehört, was man mit den 38 Milliarden Euro des Landeshaushalts alles tun kann, nicht tun sollte oder am besten tun müsste. Ich möchte aber ganz zu Beginn erst einmal feststellen, wem dieses Geld gehört und wer dieses Geld erwirtschaftet hat. Es sind nämlich die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in Hessen.

(Beifall CDU und SPD)

Es sind die Millionen Menschen in Hessen, die jeden Morgen aufstehen, ihre Kinder in die Kita oder in die Schule bringen, um dann zur Arbeit zu gehen, um für die Familie und für das Land zu arbeiten. Ich jedenfalls bin den Hessinnen und Hessen sehr dankbar dafür, dass sie uns ihr hart erarbeitetes Geld anvertrauen. Ich sage ihnen: Es ist bei uns in guten Händen.

(Beifall CDU und SPD)

Herr Ministerpräsident Rhein und Herr Kollege Eckert haben schon ganz viel von dem umrissen, was Hessen ausmacht und was diese Hessen-Koalition ausmacht. Das ist nicht selbstverständlich, meine Damen und Herren. Deswegen möchte ich zu Beginn im Namen der CDU-Fraktion der SPD-Fraktion und der Landesregierung ein herzliches Dankeschön für die konstruktive und vertrauensvolle Zusammenarbeit sagen.

(Beifall CDU und SPD)

In diesem Jahr ist zwischen uns sehr viel Vertrauen gewachsen, und wir konnten schon sehr viele Projekte für die Menschen in Hessen auf den Weg bringen. Im Rahmen einer Generaldebatte ist es vielleicht selbstverständlich, dass die geschätzten Kolleginnen und Kollegen von der Opposition das anders bewerten. Deshalb erlaube ich mir, ein paar Punkte zu erwähnen.

Wir haben einen bereinigten Gesamthaushalt in Höhe von gut 38 Milliarden Euro. Das ist ungefähr so viel, wie die letzte Bundesregierung jährlich für Schuldzinszahlungen ausgegeben hat. Davon bezahlen wir in Hessen aber Lehrerinnen und Lehrer sowie zum Beispiel die innere Sicherheit. Wir wollen in Hessen mit diesem Geld sorgfältig und im Sinne unserer Kinder und Enkel umgehen. Ehrlich gesagt, das sollte selbstverständlich sein.

Wir haben 2025 Investitionsausgaben in Höhe von 3,32 Milliarden Euro. Das ist ungefähr der gleiche Betrag, den wir 2024 hatten, obwohl wir rezessionsbedingt sinkende Einnahmen haben. Das sind gute Nachrichten, meine Damen und Herren.

Wir haben außerdem einen Kommunalen Finanzausgleich, der auf einen Rekordwert von über 7 Milliarden Euro anwächst, ein Zuwachs von knapp 200 Millionen Euro.

(Beifall CDU und vereinzelt SPD – Zuruf Miriam Dahlke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Sie sehen, es ist ein Unterschied, wer regiert. Das zeigt sich in Hessen vielfach; denn Hessen ist besser. Wir haben in Hessen viele Alleinstellungsmerkmale, die jetzt alle zu nennen Zeit kosten würde. Insofern kapriziere ich mich auf einige.

Erlauben Sie mir, dass ich die Fußfessel für Frauenschläger erwähne; denn wir Frauen haben, rein abstrakt, ein doppelt so hohes Unsicherheitsgefühl wie Männer, und wenn es dann konkret wird, ist es umso wichtiger, dass wir doppelt liefern. Deswegen ist es gut, dass wir diese Fußfessel für Frauenschläger haben, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU und vereinzelt SPD)

Wir haben in Hessen ein Notfallpaket in Höhe von 10 Millionen Euro zur Unterstützung der hessischen Landwirtschaft aufgesetzt, um die Kürzungen des grünen Landwirtschaftsministers bei den Steuerrückerstattungen für Agrardiesel abzufedern.

Falls es das eine oder andere Mal noch vorkommen sollte: Ich kann nicht auslassen, darauf hinzuweisen, dass alle die Punkte, die ich jetzt erwähnen muss, noch etwas mit der letzten Bundesregierung zu tun haben. Aber ich sage Ihnen auch: Wir sind bereit, Verantwortung für dieses Land zu übernehmen. Allerdings müssen wir mit den Herausforderungen, die auf dem Tisch liegen, die uns diese Ampel beschert hat, auch umgehen.

Deswegen haben wir uns auch um Themen gekümmert, die die Menschen beschweren. Das darf nicht unter den Tisch fallen. Wir haben im ersten Jahr auch die Sonntagsöffnung für die voll automatisierten Kleinstsupermärkte ermöglicht. Das ist kein kleiner Punkt, sondern das stellt die Versorgung im ländlichen Raum sicher

(Zurufe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das stimmt doch gar nicht!)

und unterstützt somit die Menschen, die keine Einkaufsmöglichkeiten haben. Das ist auch ein konkreter Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt.

(Beifall CDU und vereinzelt SPD)

Wir haben eine einzigartige digitale Infrastruktur. Fast ein Drittel aller deutschen Rechenzentrumskapazitäten befindet sich in Hessen. Bei den Großrechenzentren sind es gar 50 %. Dabei spielt, wie wir gerade gehört haben, der DE-CIX-Internetknoten in Frankfurt eine riesige Rolle. Das alles ist doch kein Zufall, sondern das ist Regierungshandeln, und das muss man auch feststellen.

(Beifall CDU und vereinzelt SPD)

Meine Damen und Herren, falls ich den einen oder anderen mit diesen Alleinstellungsmerkmalen noch nicht überzeugt habe: Manchmal hilft auch ein Vergleich, in diesem Fall

ein Vergleich mit anderen Ländern. Auch da ist Hessen einfach besser.

(Dr. Frank Grobe (AfD): Besonders bei der Wissenschaft!)

Wenn Kinder die Schulen ohne Abschluss verlassen, ist das, ehrlich gesagt, für jeden von uns eine Niederlage. Eine hohe Schulabbrecherquote ist die Achillesferse einer Demokratie mit Aufstiegsversprechen. Deswegen: Seit vielen Jahren hat Hessen die niedrigste Schulabbrecherquote. Das ist wichtig für uns, und darum kümmern wir uns.

(Beifall CDU und SPD)

Das ist auch kein Zufall. Der Grund liegt vor allem in der systematischen Förderung der Bildungssprache Deutsch in den unterschiedlichsten Etappen. Deswegen gab es im Schuljahr 2024/2025 eine weitere zusätzliche Deutschstunde.

Wir haben auch die Meisterausbildung kostenfrei gestellt, mit einer Aufstiegsprämie in Höhe von 3.500 Euro. Das waren vorher 1.000 Euro. Wenn man sich jetzt einmal anschaut, wie es in den anderen Ländern ist, sieht man, dass es in Rheinland-Pfalz nur 2.000 Euro sind, in Baden-Württemberg 1.500 Euro, im Saarland 1.000 Euro. Die meisten decken eben nicht die kompletten Summen ab. Wir in Hessen machen das, und auch das ist eine gute Nachricht für die Hessinnen und Hessen.

(Beifall CDU und SPD)

Lassen Sie uns bitte weiter vergleichen. In anderen Ländern gibt es mobile Schwimmcontainer, um Kindern das Schwimmen vor Ort beizubringen. Es ist wesentlich, dass Kinder schwimmen lernen. Das ist auch kein kleines „Programmchen“, wie wir es heute gehört haben, sondern SWIMplus ist ein konkreter Beitrag dazu, die sozialen Orte – und das sind die Schwimmbäder in Hessen – zu unterstützen, damit die Kinder schwimmen lernen, sich nachmittags dort aufhalten und die Frühschwimmer schwimmen können. Das sind konkrete Sachen, um Hessen besser zu machen. Wir machen das, und deswegen stellen wir in dem Bereich 25 Millionen Euro Fördermittel für unsere Kommunen zur Verfügung.

(Beifall CDU und vereinzelt SPD)

Hessen handelt da, wo andere nur reden. Seit 2018 sind wir durchgängig in den Top 5 der Länder, die abschieben. Wir haben die Gemeinsame Arbeitsgruppe Intensivtäter gegründet, um Straftäter und Gefährder schneller abzuschicken. Auch das haben wir gemacht. Auch das sei hier, wenn es bestritten wird, einfach einmal klargestellt.

Dann kommen wir zu einem Punkt, der an die Adresse der GRÜNEN gerichtet ist. Wir genehmigen Windräder. 2024 wurden 690 Megawatt Windkraftleistung neu genehmigt. Das sind über 200 Megawatt mehr als in den angrenzenden Ländern Thüringen, Rheinland-Pfalz und Bayern. Es sind sogar über 400 Megawatt Leistung mehr als in Baden-Württemberg, das immerhin noch einen grünen Ministerpräsidenten hat.

(Beifall CDU und vereinzelt SPD)

Ich will noch in ein anderes Land blicken. In Bremen ließ der Senat Schilder aufhängen, auf denen steht, dass man seinen Schmuck bitte nicht öffentlich tragen solle.

(J. Michael Müller (Lahn-Dill) (CDU): Hört, hört!)

Das muss man sich einmal vorstellen. In Bremen hängen Schilder, auf denen steht, dass man seinen Schmuck bitte nicht öffentlich tragen soll.

(Dr. Frank Grobe (AfD): Seit wann gibt es das denn?)

Es kann doch wohl nicht wahr sein, dass die Antwort auf Kriminalität die Einschränkung von Freiheit ist.

(Beifall CDU und vereinzelt SPD – Dr. Frank Grobe (AfD): Was gibt es denn dort für Verbotszonen?)

Die Antwort auf die Sicherung von Freiheit kann nur Sicherheit sein. Deswegen gibt es bei uns in Hessen eine Sicherheitsoffensive, eine Innenstadtoffensive. Wir haben es heute schon gehört: Von der AfD wurde es als Rundreise durch Hessen für den Innenminister tituliert, bei der nichts herausgekommen sei. Das muss man bestreiten, auch das sind Fake News.

(Beifall CDU)

Deswegen lassen wir einmal Zahlen sprechen. Das sind 50.000 Personenkontrollen; 540 Personen, die festgenommen wurden; und 140 Haftbefehle, die dann vollstreckt wurden. Es ist also klar: Die Innenstadtoffensive ist gut, das ist der richtige Weg, das ist der hessische Weg.

(Beifall CDU und vereinzelt SPD)

Wie gut Hessen im Vergleich zu anderen Ländern dasteht, sieht man auch an den Zahlen des Länderfinanzausgleichs. Ohne die 3,73 Milliarden Euro, die Hessen für Berliner Feiertage oder kostenlose Kindergärten in Rheinland-Pfalz hergibt, müssten wir bei unserem Haushaltsplan auch keine Verteilungskämpfe führen.

Eine beachtliche Zahl ist auch: Seit der Einführung des Länderfinanzausgleichs hat Hessen Finanzhilfe in Höhe von rund 77 Milliarden Euro an andere Länder geleistet – 77 Milliarden Euro.

(Dr. Frank Grobe (AfD): Streichen Sie es doch endlich!)

Wenn man sich das einmal anders vorstellen, es zum Beispiel in Euromünzen umrechnen und diese Euromünzen nebeneinanderlegen würde, würde man, bei einem Umfang des Äquators von 40.000 Kilometern, mit diesen Münzen, die das Geld abbilden, das Hessen in den Länderfinanzausgleich gibt, die Erde viereinhalbmal umrunden können. Das ist eine beachtliche Summe, die einem wirklich imponiert.

(Beifall CDU und vereinzelt SPD)

Wenn faktisch nur drei Länder den Länderfinanzausgleich finanzieren, ohne für diese Zahlungen an notorische Nehmerländer eine Ausgleichszahlung zu bekommen, und ohne dass das an Sparmaßnahmen geknüpft ist, ist da gehörig etwas aus den Fugen geraten.

(Ingo Schon (CDU): So ist es!)

Was wir in Hessen auch wegen dieser Verteilung machen, ist, dass wir haushalten und Prioritäten setzen. Der Vorwurf der Kürzung geht in diesem Zusammenhang völlig an der Realität vorbei. Wir gehen mit dem uns anvertrauten Geld gut um. Was wir nicht ausgeben – das betrifft die „Programmchen“, von denen wir eben gehört haben –, verteilen wir weiter. Geld, das nicht gebraucht wird, wird umgeschichtet.

Selbstverständlich sparen wir auch. Der Ministerpräsident hat es ausdrücklich gesagt, wir sparen durch die Verschiebung des zweiten Erhöhungsschritts bei der Beamtenbesoldung. Das haben wir uns nicht leicht gemacht, und wir haben hart miteinander gerungen. Aber wir haben es als vertretbar empfunden, weil wir im vergangenen Jahr Erhöhungen vorgenommen haben, die uns wichtig waren, und weil wir auch an der nächsten Erhöhung festhalten werden, meine Damen und Herren. Der dadurch erzielte Sparbetrag beläuft sich auf 181 Millionen Euro.

Wenn ich von anderen Fraktionen höre, dass das „unsäglich“ oder „unredlich“ oder was auch immer ist, dann schaue ich schon einmal in deren Anträge zum Haushaltsplan, zum Beispiel in die der GRÜNEN. Dort ist im Moment noch kein Haushaltsantrag enthalten, dass die 181 Millionen Euro nicht gezahlt werden sollen, dass es also eine Veränderung an der Stelle gibt. Anders formuliert: Ich erwarte einen Haushaltsantrag der FDP-Fraktion, der an der Stelle eine Veränderung vorsieht.

(Einige Abgeordnete der Freien Demokraten nicken.)

– Da sehe ich schon zustimmendes Nicken. Wir sind auf die Finanzierung oder auf die Gegenfinanzierung wirklich gespannt.

(Beifall CDU und SPD)

Mit Blick in Richtung FDP-Fraktion stelle ich fest, dass der letzte Bundesfinanzminister Mitglied Ihrer Bundestagsfraktion war. Unter diesem wäre der Haushalt wirklich nur mit einer Bodensatz-Globalen-Minderausgabe, die unseriös ist, zustande gekommen. Insofern kam wohl auch kein Haushalt zustande.

(Zurufe Dr. Stefan Naas und Oliver Stirböck (Freie Demokraten))

So, wie ich Sie, liebe, sehr geschätzte Frau Kollegin Knell, heute hier erlebt habe, muss ich feststellen, dass Ihre Erklärungen und auch die Inhalte – um es in Ihrem Fußball-Allegorie-Jargon zu sagen – eher auf Holstein-Kiel-Niveau waren.

(Beifall CDU – Stephan Grüger (SPD): Das ist aber unfair für Holstein Kiel!)

Das war nichts; denn Hessen ist besser. Nicht-Fußball-Freunde: Ihr schaut einfach selbst auf die Tabelle, wunderbar.

Ein weiterer zentraler Punkt für unsere Kommunen, über den wir sprechen müssen, ist, dass wir sagen: Wir in Hessen liefern mit dem Kommunalen Finanzausgleich, aber wir müssen auch schauen, was der Bund liefern kann. – Das sind Punkte, um die wir uns, wenn die CDU regiert – danach sieht es ja aus –, kümmern müssen. Wir müssen dafür sorgen, dass zwischen der Bundesebene und der kommunalen Ebene ein Konnexitätsprinzip gilt; denn es kann nicht sein, dass der Bund bestellt und die Kommune bezahlt. Die Standards sind zu hoch geworden. Das schnürt unseren Kommunen wirklich die Kehle zu. Das ist ein konkreter Ansatz, um den wir uns kümmern müssen.

(Beifall CDU und vereinzelt SPD)

Meine Damen und Herren, um es noch kurz anzureißen: Unser Bildungsetat ist auf 5,8 Milliarden Euro gestiegen. Das entspricht einem Plus von knapp 6 %. Die Lehrerver-

sorgung ist mit rund 2.100 zusätzlichen Lehrerstellen so hoch wie nie.

(Beifall CDU und SPD)

Meine Damen und Herren, an der Bildung unserer Kinder wird nicht gespart. Seit 2024 haben wir erstmals über 16.000 Polizistinnen und Polizisten auf Hessens Straßen. Das sind gute und wichtige Zahlen, die einen deutlichen Fokus auch auf die innere Sicherheit legen.

Das betrifft bei uns natürlich auch die Gerichte, die Staatsanwaltschaften und den Justizvollzug. Da wird keine Stelle gekürzt. Im Gegenteil, es gibt neue Stellen. Bei den Staatsanwaltschaften kommen 100 Stellen hinzu. Das zeigt einmal mehr, wie wichtig dieser Koalition der starke Rechtsstaat ist, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU und SPD)

Wir kümmern uns um die Wirtschaft – wir haben schon die Ausführungen zum Hessenfonds gehört –, weil wir dort eben auch Innovation fördern wollen. Das mag auch der Unterschied sein. Wenn Sie den Klimaschutz bei uns nicht in Ihren Produkten finden, dann schauen Sie bitte einmal bei unseren Produkten, da finden Sie die Technologieoffenheit; denn wir lösen Probleme beim Klimaschutz durch Technologieoffenheit in den unterschiedlichsten Bereichen.

Ich sage Ihnen in aller Deutlichkeit: Ich verstehe, dass wir da einen unterschiedlichen inhaltlichen Ansatz haben. Ich habe von Ihrem Kanzlerkandidaten gehört, dass Technologieoffenheit ein Angriff auf die Klimaziele ist. Das genaue Gegenteil ist der Fall. Unserem Verständnis entspricht es, dass die Technologieoffenheit kein Angriff auf die Klimaziele ist, sondern sie ist die Lösung dafür. Deswegen kümmern wir uns an der Stelle um die Technologie und um die Forschung.

(Beifall CDU und vereinzelt SPD)

Zur Wirtschaft gehört auch untrennbar unsere Landwirtschaft, und wir unterstützen unsere Landwirte, wo wir können. Das haben wir zum Beispiel beim Weidetierschutz getan. Wir haben die Entschädigungszahlungen entbürokratisiert, und im Zusammenhang mit der ASP haben wir große und kleine Betriebe mit einer Gesamtsumme in Höhe von 25 Millionen Euro unterstützt. Das sind wichtige Signale. Wir haben das Waldgesetz novelliert und entbürokratisiert, und wir ermöglichen einen klimaresilienten Waldumbau, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU)

Deswegen will ich noch etwas Wesentliches zum Thema Entbürokratisierung sagen, weil auch das noch nicht ganz angekommen ist: Ich verstehe ja, dass die Opposition an der Stelle etwas anders unterwegs ist als wir. Aber ich finde, das, was wir geleistet haben, auch im ersten Jahr, ist ein wesentlicher und wichtiger Punkt. Wir haben die GEMA-Gebühren-Freistellung geschafft. Warum haben wir genau dort angefangen? – Weil das einen Bereich betrifft, wo sich die Menschen, die arbeiten, die Familie haben, noch privat und ehrenamtlich engagieren. Deshalb haben wir gesagt: Da fangen wir an, und deswegen kommt das weg. – Insofern bin ich unserem Entbürokratisierungsminister sehr dankbar, dass er damit gestartet ist.

Jetzt machen wir weiter. Wir bauen weiter bürokratische Hürden ab, und zwar auch in Bezug auf die Fördermittel der Kommunen. Genau das ist ein wesentlicher Beitrag, den die Fördermittelkommission, die wir an den Start ge-

bracht haben, leisten soll. Da wird genau geschaut: Welches Geld muss wohin, und was ist zu bürokratisch? – Insoweit schärfen wir den Fokus und schauen, dass das Geld gezielt in die entsprechenden Bereiche gebracht wird. Deswegen ist es gut, dass wir auch an der Stelle unterwegs sind, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU und vereinzelt SPD)

In den kommenden Wochen wird auch das Baupaket I vorgestellt. Darin sind in weiten Teilen Vorschläge der Kommission Bau übernommen worden. Das ist ein Riesenschritt für die Entbürokratisierung; denn die Entbürokratisierung betrifft alle Ressorts. Darauf wird der Fokus gesetzt, und es wird gebündelt. Deswegen machen wir an der Stelle weiter.

Da ich auf der Uhr sehe, dass die letzten Sekunden meiner Redezeit ablaufen, will ich Ihnen noch einen Punkt nennen, der mir sehr am Herzen liegt. Sehr geehrte Damen und Herren, Sie sehen: Hessen ist in vielen Bereichen einfach besser. Das hat man übrigens auch bei der Bundestagswahl gesehen. Die christlich-soziale Koalition kümmert sich nämlich um die Probleme der Menschen. Es ist die beste Demokratieförderung, dass man das Leben, den Alltag der Menschen besser macht.

Die Zeiten sind und bleiben herausfordernd. Diese Herausforderungen bewältigen wir gemeinsam oder gar nicht. Deswegen haben wir hier eine starke Hessen-Koalition. Das ist nämlich eine Koalition mit zwei Partnern: die sie tragenden Fraktionen und die Bürgerinnen und Bürger. Das sollte auch das Vorbild für den Bund sein, meine Damen und Herren. Wir haben in Hessen viel vor, und das Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler ist bei uns in guten Händen. – Insoweit bedanke ich mich herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU und SPD)

Vizepräsident René Rock:

Vielen Dank, Frau Fraktionsvorsitzende Claus. – Wir sind am Ende der Aussprache zum Einzelplan 02 angekommen.

Wir fahren morgen früh in der Haushaltsdebatte mit der Beratung der Einzelpläne fort. Die Abstimmungen zum Haushalt finden dann am morgigen Mittwoch gegen Nachmittag statt.

Wir kommen jetzt zu **Tagesordnungspunkt 17:**

Antrag

Fraktion der CDU, Fraktion der SPD, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Fraktion der Freien Demokraten

Für freie Selbstbestimmung und gerechten Frieden – Hessen bekräftigt seine fortwährende Solidarität mit dem ukrainischen Volk
– Drucks. 21/1707 –

In diesem Zuge begrüße ich auf der Besuchergalerie eine Delegation aus der ukrainischen Oblast Transkarpatien, die heute zu Besuch im Hessischen Landtag ist.

(Allgemeiner Beifall)

Sie wird begleitet vom ehemaligen Oberbürgermeister der Stadt Darmstadt, Jochen Partsch. Auch Ihnen ein herzliches Willkommen.

(Allgemeiner Beifall)

Als Erstem erteile ich für die CDU-Fraktion dem Abgeordneten Utter das Wort.

Tobias Utter (CDU):

Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, verehrte Gäste aus der Ukraine! Der 24. Februar 2022 steht für einen tiefen Einschnitt in der Geschichte Europas. Der völkerrechtswidrige Überfall Russlands auf die Ukraine, der von zahlreichen Kriegsverbrechen begleitet wurde, zerstörte die Hoffnung, dass Konflikte und unterschiedliche Interessen nur noch mit friedlichen Mitteln ausgetragen werden. Der Krieg ist nach Europa zurückgekehrt.

Unendliches Leid wurde dem ukrainischen Volk zugefügt: gefallene Soldaten, ermordete Zivilisten, unzählige Verwundete, verschleppte Kinder. Es ist ein Krieg gegen die Zivilbevölkerung. Angriffe auf Krankenhäuser, Schulen, Kindergärten, Theater, Museen, Kirchen und Wohnhäuser sowie die zivile Infrastruktur sind Bestandteil der russischen Aggression.

Zu all dem körperlichen Leid kommt noch die Verhöhnung durch Fake News und handfeste Lügen. Das Verhältnis von Opfer und Täter wird umgekehrt. Leider kennen wir dies schon aus dunklen Kapiteln unserer eigenen Geschichte. So erklärte Hitler am 1. September 1939: „Seit 5:45 Uhr wird jetzt zurückgeschossen!“ So versuchte er den Überfall auf Polen zu rechtfertigen und wollte die Opfer seiner Verbrechen zu Tätern stilisieren.

Mit unserem gemeinsamen Antrag bekräftigen wir unsere Solidarität mit dem überfallenen ukrainischen Volk. Die Ukraine kämpft nicht nur für ihre Freiheit, sondern für die Freiheit Europas.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Freie Demokraten und Dirk Gaw (fraktionslos))

Die Ukraine muss alle notwendigen Mittel erhalten, die zu ihrer Verteidigung nötig sind. Hessen wird seine Hilfsleistungen fortsetzen und sich weiterhin um die fast 100.000 Ukrainerinnen und Ukrainer kümmern, die nach Hessen geflohen sind. Vor allem in unseren Schulen wird Großartiges für die Integration geleistet.

Wir streben eine dauerhafte Regionalpartnerschaft an, in die wir gerne auch hessische Kommunen und Gebietskörperschaften einbeziehen wollen. Wir fordern einen gerechten Frieden, der nachhaltig ist und nicht nur ein Atemholen vor dem nächsten Krieg.

Zum Schluss möchte ich nur an einem Beispiel deutlich machen: Es sind immer die Kleinsten und Verletzlichsten, die unter dem Krieg leiden. Ich zitiere aus der Zeitschrift „chrison“ von diesem Monat:

„Der Krieg rast in elfacher Schallgeschwindigkeit in Hannas Leben. Die Achtjährige sitzt an einem Tisch, tief unter der Erde in der Charkiwer Innenstadt im Osten der Ukraine. Während die russische Armee Raketen auf ihr Heimatland abfeuert und Sirenen in den Straßen aufheulen, beugt sich Hanna über ein Schulheft, schreibt Zahlen und Buchstaben aufs Papier und hört ihrer Lehrerin zu, die versucht, Normalität in einen Alltag zu bringen, der schon lange kein Alltag mehr ist. Hanna besucht eine unterirdische Schule in Charkiw, eingerichtet, um sie

vor dem zu schützen, was an der Erdoberfläche geschieht.

Die Grenze ist nur rund 30 Kilometer entfernt. Seit Beginn der Invasion im Februar 2022 ist die Stadt russischen Angriffen ausgesetzt. In den ersten Kriegstagen versuchte die einfallende Armee, Charkiw durch Bodentruppen einzunehmen, stieß jedoch auf massiven ukrainischen Widerstand. Nach heftigen Straßenkämpfen zog sich das russische Militär zurück. Statt Bodentruppen schickt Moskau seither Raketen, Gleitbomben und Drohnen in die Stadt.“

Kurze Meldungen, nur aus dieser einen Stadt Charkiw – unvollständig –:

28. Februar 2022: Luftangriff, Streumunition, neun Tote, 37 Verletzte.

1. März 2022: 29 Tote, 35 Verletzte.

24. März: Luftangriff, Streumunition, sechs Tote, 15 Verletzte.

15. April: Luftangriff, Streumunition, neun Tote, 35 Verletzte.

18. August 2022: Raketenangriff, 25 Tote, 44 Verletzte.

29. Dezember 2023: Drohnenangriff, drei Tote, 13 Verletzte.

23. Januar 2024: elf Tote, 51 Verletzte.

26. Mai 2024: Luftangriff mit Raketen, sieben Tote, 77 Verletzte.

Vizepräsident René Rock:

Danke, Herr Abgeordneter Utter. – Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich der Abgeordneten Dorn das Wort.

Angela Dorn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Seit drei Jahren verteidigen sich die Ukrainerinnen und Ukrainer gegen einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg von Putins Russland. Putin will die Ukraine von der Landkarte streichen. Er will die Identität der Ukraine zerstören. Putin ist der Aggressor, und er ist der Einzige, der den Krieg von heute auf morgen beenden kann.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, Freie Demokraten und Dirk Gaw (fraktionslos))

Es geht um mehr als um die Ukraine. Es geht um Europa. Vor elf Jahren kämpften die tapferen Ukrainerinnen und Ukrainer auf dem Maidan-Platz für den Weg in die EU. Das Volk erkämpfte seine Würde und bezahlte mit der Annexion der Krim – ein Krieg, weil das Volk zur Europäischen Union gehören will.

Putins imperialistische Allmachtsfantasien haben Peter den Großen zum Vorbild. Wie er müsse man Gebiete zu Russland zurückholen. Da nennt er die Ukraine. Da nennt er aber auch Estland und Lettland. Putins engster Vertrauter Sergej Karaganow bezeichnet Europa als „Quelle aller Übel der Menschheit“ und sagt, dass man der Bedrohung ein Ende setzen müsse. Putin will auf die NATO-Linie von 1997 zurück, also vor der Osterweiterung. Wir hatten gerade den polnischen Botschafter zu Gast im Landtag. Lange

wurde gerade Polen als russlandphob belächelt. Nein, sie waren einfach nur realistisch.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD und Freie Demokraten)

Es ist eigentlich schon schlimm genug, wie Putin sein Volk mit Propaganda, mit Lügen überzieht, um seinen Angriffskrieg zu verschleiern. Es geht so weit, dass er den Präsidenten Selenskyj antisemitisch entmenschlicht und mit Ungeziefer vergleicht. Das erinnert uns wirklich an die dunkelsten Kapitel unserer Geschichte.

Doch in diesen Tagen erleben wir durch den Präsidenten Trump eine Wende in der Zeitenwende. Die Trump-Administration hat die gemeinsame Wertebasis aufgekündigt. Die westliche Welt erlebt einen Epochenbruch. Es brauchte nur ein Treffen von Trump mit Putin, und schon beginnt Trump, Putins Propaganda zu übernehmen. Das war anscheinend eine leichte Übung für den ehemaligen KGB-Mann. Statt Verantwortung wählte US-Präsident Trump die Lüge, die Täter-Opfer-Umkehr, die Delegitimierung des gewählten Präsidenten Selenskyj.

Und während sich die Welt in diesem Qualm der Nebelkerzen die Augen reibt, werden Fakten geschaffen, Fakten, ohne dass die Ukraine am Tisch sitzt. Das, was zwischen Trump und Putin geschieht, hat das Wort „Friedensverhandlung“ nicht verdient. Nichts darf über die Ukraine ohne die Ukraine entschieden werden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD und Freie Demokraten)

Es ist auch keine Verhandlung, wenn vorher schon das in Aussicht gestellt wird, was Putin gerne haben möchte. Diesen Weg darf die EU nicht mitgehen. Ich bin sehr dankbar, dass es gerade in diesem Moment ein Gespräch zwischen Macron und Präsident Trump gibt, der auch sehr deutlich macht, dass die EU einiges eben genau nicht mitgehen wird.

Ein Überfall auf ein anderes Land: Das darf sich niemals lohnen. Dieses Zeichen darf niemals in die Welt gehen. Deswegen ist für uns in Deutschland eines ganz klar – da bin ich froh, dass sich die Demokratinnen und Demokraten hier so einig sind –: Die Souveränität der Ukraine ist unverhandelbar.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, Freie Demokraten und Dirk Gaw (fraktionslos))

Für mich sind die letzten Wochen dramatisch; denn ich bin eine ganz starke Transatlantikerin. Deswegen empfinde ich dieses Verhalten eines US-Präsidenten nicht nur als unwürdig, ich empfinde es als Verrat – als Verrat von Trump an den USA. Denn es waren die USA, die die wertebundene, freiheitliche Weltordnung ins Leben gerufen haben in einer Zeit, in der die Welt aus den Fugen geraten war in einer nie da gewesenen Form, im Zweiten Weltkrieg. Trump verrät gerade genau diese Werte, die Amerika so groß gemacht haben.

Deswegen sind wir hier in Europa in einer extrem schwierigen Zeit. Wir dürfen keine weitere Zeit verlieren. Wir haben hier oft schon auch selbstkritisch darüber gesprochen. Wir müssen in Europa entschlossen handeln, entschlossen für die Ukraine, aber auch entschlossen für Europa.

Wir müssen nun alle Stärke zusammennehmen. Wir haben sehr schwierige Fragen vor uns: Sicherheitsfragen bis hin zur Frage des nuklearen Abwehrschirms von Europa. Wir

müssen Sicherheit zur Maxime unseres Handelns machen. Davon bin ich fest überzeugt, und das müssen wir jetzt als Demokratinnen und Demokraten in Deutschland und in Europa schaffen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD und Freie Demokraten)

Wenn die Ukraine Solidarität verliert, dann braucht es umso mehr Solidarität von uns. Es geht um die EU-Mitgliedschaft, die Gott sei Dank beherzt angegangen wird. Es geht aber auch um die kleinen Dinge wie Ukrainisch in den Schulen, um die Identität zu bewahren. Eine Partnerschaft von Hessen mit der Ukraine ist genau ein Zeichen, dass wir an eine friedliche Welt in der Kooperation glauben.

Ich bin eine Transatlantikerin. Der Widerspruch in den USA beginnt, und ich baue darauf, dass er weitergeht; denn im Gegensatz zu Russland ist Präsident Trump kein Imperator. Es gelten Regeln. Es darf ihm widersprochen werden, und ich weiß, dass viele genau diese Weltordnung in den USA verteidigen wollen.

„Make America great again“ – ich wünsche es mir so groß wie unter Präsident Roosevelt. Ich zitiere zum Abschluss Präsident Roosevelt:

„Freiheit bedeutet die Vorherrschaft der Menschenrechte überall. Wir unterstützen diejenigen, die dafür kämpfen, diese Rechte zu erlangen und sie zu bewahren. Unsere Stärke ist unsere Einigkeit in der Sache. Für dieses hohe Konzept kann es kein anderes Ende als den Sieg geben.“

Genau diese Stärke, diese Einigkeit brauchen wir hier in Deutschland, hier in Europa, bestmöglich mit den USA. – Slava Ukraini.

(Lebhafter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, Freie Demokraten und Dirk Gaw (fraktionslos) – Kopfschütteln Dr. Frank Grobe (AfD))

Vizepräsident René Rock:

Danke, Frau Abgeordnete Dorn. – Für die Fraktion der Freien Demokraten erteile ich dem Abgeordneten Dr. Bürger das Wort.

Dr. Matthias Bürger (Freie Demokraten):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Stellen Sie sich vor, Sie wachen eines Morgens auf, und die Welt, die Sie kannten, existiert nicht mehr. Genau das ist am 24. Februar 2022 geschehen. An diesem Tag wurde durch den Überfall Russlands auf die Ukraine nicht nur ein Land angegriffen, sondern er hat die Grundfesten unserer Weltordnung erschüttert.

Er hat die Grundordnung erschüttert, da Grenzen mit Gewalt wieder verändert werden sollen und Verträge nicht mehr eingehalten werden. Ich denke hier nur an das Budapester Memorandum von 1994, das ganz klar der Ukraine im Gegenzug zur Abgabe von Atomwaffen Sicherheitsgarantien gegeben hat.

(Beifall Freie Demokraten, vereinzelt CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich erinnere mich persönlich noch genau an den 24. Februar 2022. Wir haben damals die normale Plenarsitzung

abgebrochen. Ich weiß, das war damals umstritten. Es gab auch Hinweise: Was hat das mit Hessen zu tun? – Ich bin froh und glücklich, dass wir heute weiter sind, und ich bedanke mich bei der großen Mehrheit des Parlaments, dass es heute unstrittig war, dass wir diesen Punkt heute aufrufen. Danke sehr.

(Beifall Freie Demokraten, CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich bin auch dankbar, dass es einen überfraktionellen Antrag gibt, der aus der Mitte des Parlaments mit über 80 % Zustimmung getragen wird.

Es geht, wie bereits von meinen Vorrednerinnen und Vorrednern gesagt wurde, um die Weltordnung. Warum ist die so wichtig für uns? Sie ist so wichtig, weil sie die Voraussetzung für die Sicherheit der Nationen ist. Sie ist die Voraussetzung für den Wohlstand durch Handel, und sie ist am Ende die Garantie für die universelle Gültigkeit der Menschenrechte. All das wurde am 24. Februar 2022 infrage gestellt. Ich möchte es mit der Friedensnobelpreisträgerin Oleksandra Matwijtschuk sagen:

„Man muss kein Ukrainer sein, um die Ukraine zu unterstützen. Es reicht, ein Mensch zu sein.“

(Beifall Freie Demokraten, CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, was sind die Folgen für uns? Denn am Ende heißt es immer konkrete Politik. Es ist gut, dass die Idee unserer Partnerschaft in diesen gemeinsamen Antrag eingeflossen ist. Dafür bin ich den anderen Fraktionen sehr dankbar. Ich finde, damit setzen wir ein starkes Zeichen.

Aber wir müssen uns auch ehrlich machen. Der 24.02. hat noch viel mehr Folgen für uns. Er sagt uns auch, dass unsere Sicherheit sich nicht von selbst schützt. Wir sind leider nicht mehr von Freunden umzingelt, sondern das Böse, wenn es denn je weg war, ist zurück. Auch die Schutzmacht USA – das hat Kollegin Dorn sehr richtig gesagt – interessiert sich nicht mehr für uns. Ich finde es ein Stück weit tragisch, dass der aus manchen linken Milieus stammende Schlachtruf „Ami go home!“ gerade unter Trump wahr wird. Es wurde in manchen Diskursen der Weltpolizist USA geschmäht. Aber wie viel schlimmer ist eine Welt, in der sich die USA aus dieser Rolle zurückziehen?

(Beifall Freie Demokraten, vereinzelt CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und was bedeutet das? Das bedeutet, dass wir mehr Geld in Verteidigung stecken müssen. Ja, auch das ist ein Teil der Wahrheit: Es wird Wohlstand kosten. – Aber ohne Verteidigung wird es überhaupt keinen Wohlstand geben.

Was heißt das konkret für Hessen? Wir müssen unser Heimatbataillon noch weiter ausbauen, stärken und vielleicht Anreize für Reservisten schaffen. Wir müssen die Bundeswehr, soweit nicht bereits geschehen, noch mehr wertschätzen, Jugendoffiziere noch stärker in Schulen willkommen heißen. Wir müssen Rüstung und Militär als wichtigen Friedensdienst auffassen und deswegen Investitionshindernisse auch auf EU-Ebene fallen lassen und natürlich auch über solche wichtigen Themen wie Forschungsverbote durch Zivilklauseln sprechen. Ja, das müssen wir.

Wir müssen uns auch die Energiepolitik anschauen. Da muss die oberste Maxime Versorgungssicherheit und Be-

zahlbarkeit sein. Ich glaube, wir wissen in der Rückschau, dass der größte Fehler war, uns von russischen Gaslieferungen abhängig zu machen.

Wir müssen uns bewusst sein – das ist vielleicht das Schwierigste in der Situation –, dass der westliche Wertekonsens bröckelt. In allen westlichen Staaten wachsen Sympathien für autokratische Staaten. Wir haben es hier an der AfD gesehen, aber auch beim BSW. Wir haben eine mangelnde Bereitschaft, die eigenen Werte zu verteidigen, notfalls auch mit der Waffe. Ganz offen werden nationale Egoismen vorgebracht: von AfD, BSW und – schauen wir über den Großen Teich – von Trump. Meine Damen und Herren, diesen Wertekonsens müssen wir wiederbeleben.

Deswegen war der 24.02. ein Weckruf für Europa. Wollen wir eine relevante Macht sein, um so unsere Interessen weiter vertreten zu können und wirksam die Ukraine zu unterstützen, dann brauchen wir eine Kraftanstrengung und ein Umdenken. Wir brauchen eine wehrhafte Demokratie, und das heißt auch eine Neudefinition unserer Beziehungen zum Militärischen.

Meine Damen und Herren, damit will ich zum Schluss kommen. Ich habe vorhin gemerkt, als der ukrainische Botschafter da war und wir Applaus hatten, dass diesen Applaus nicht alle in diesem Hause geteilt haben und dass es eine unterschiedliche Reaktion gab. Deswegen möchte ich den Satz der Nobelpreisträgerin etwas abwandeln, wie ich es auch vom ukrainischen Botschafter gehört habe: Um die Ukraine zu unterstützen, muss man kein Ukrainer sein. Es reicht, ein Demokrat zu sein. – Vielen Dank.

(Anhaltender lebhafter Beifall Freie Demokraten, CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident René Rock:

Vielen Dank, Herr Dr. Bürger. – Für die Fraktion der AfD erteile ich ihrem Fraktionsvorsitzenden, Herrn Lambrou, das Wort.

Robert Lambrou (AfD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Wir sprechen heute über den gemeinsamen Antrag von CDU, SPD, GRÜNEN und FDP mit dem Titel „Für freie Selbstbestimmung und gerechten Frieden – Hessen bekräftigt seine fortwährende Solidarität mit dem ukrainischen Volk“.

Sie haben die AfD als zweitstärkste Fraktion in diesem Parlament bei der Erstellung des Antrags leider nicht einbezogen, obwohl Sie bereits im Antragstitel vollmundig von Hessen sprechen. Die AfD und unsere zahlreichen Wähler sind allerdings genauso ein Teil von Hessen, und Ausgrenzung ist übrigens der erste Schritt der Erosion der Demokratie.

(Beifall AfD – Zurufe Lisa Gnadt (SPD) und J. Michael Müller (Lahn-Dill) (CDU))

Da Sie uns, die AfD, beim Thema Ukraine-Krieg erfahrungsgemäß gerne missverstehen und in eine ganz bestimmte Ecke schieben, in die wir nicht gehören, eine ganz wichtige Tatsache gleich zu Beginn.

(J. Michael Müller (Lahn-Dill) (CDU): Sie klatschen ja noch nicht einmal, wenn es um die Verbrechen Russlands geht! Sie klatschen ja noch nicht einmal,

wenn es um die Menschen in der Ukraine geht!
– Zurufe Lisa Gnadt (SPD) und Christoph Sippel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Die AfD sagt seit drei Jahren klipp und klar: Der Krieg gegen die Ukraine ist ein völkerrechtswidriger Angriffskrieg Russlands, den wir scharf verurteilen.

(Beifall AfD und Maximilian Mürger (fraktionslos) – Zurufe CDU)

Auch durch die AfD wurde, wie in anderen Parteien und Organisationen, konkrete Hilfe geleistet. Zum Beispiel haben unsere AfD-Landtagsabgeordneten Andreas Lichert und Arno Enners zu Beginn des Krieges monatelang ukrainische Flüchtlinge auf eigene Kosten bei sich zu Hause aufgenommen.

(Beifall AfD und Maximilian Mürger (fraktionslos))

Mehrere hessische AfD-Kreisverbände haben, wie andere Organisationen auch, zu Beginn des Krieges Spenden gesammelt und Hilfstransporte in die Ukraine organisiert. Die Position der AfD zum Ukraine-Krieg unterscheidet sich von den anderen Fraktionen allerdings vor allem in den Fragen von Sanktionen, Waffenlieferungen und der Forderung nach Verhandlungen.

(Beifall AfD)

Die AfD befürwortet durchaus Sanktionen gegen Verantwortliche und Unterstützer des Krieges. Wirtschaftssanktionen hingegen lehnen wir ab,

(Beifall Dr. Frank Grobe und Volker Richter (AfD))

auch weil sie die heimische Bevölkerung und die Wirtschaft in Deutschland deutlich schädigen.

(Beifall AfD – J. Michael Müller (Lahn-Dill) (CDU): Appeasement!)

Waffenlieferungen lehnen wir allerdings gänzlich ab. Wir wollen nicht, dass das Abschlachten immer weitergeht. Wer will denn, dass Hunderttausende Soldaten auf beiden Seiten sterben? Leid kennt keine Nationalität.

(Beifall AfD und Maximilian Mürger (fraktionslos))

Wenn Sie in Ihrem Antrag weitere Waffenlieferungen fordern, damit die Ukraine „sich gegen die verbrecherische Aggression endlich wirksam verteidigen kann“, dann wirkt das hilflos; denn wir wissen doch, dass die Ukraine in drei Jahren Krieg mit all den Waffenlieferungen und Hilfgeldern leider nicht mehr machen konnte, als nur einen Teil des Landes zu verteidigen. Eine wirksame Verteidigung des ganzen Landes war nicht möglich und wird wohl auch nicht zu schaffen sein.

(Beifall AfD und Maximilian Mürger (fraktionslos))

Im Gegensatz zu weiteren Ausgaben im Militärbereich standen wir bisher hinter der sozialen Hilfe für die Menschen in der Ukraine und diejenigen, die zu uns geflohen sind, die vor allem in den Kommunen geleistet wird. Darüber wird aber in Zukunft leider zu sprechen sein, weil auch diese Hilfe beginnt, unsere finanzielle Leistungsfähigkeit deutlich zu übersteigen.

(Beifall AfD und Maximilian Mürger (fraktionslos))

Die Frage ist generell: Können wir uns all das, was da in Ihrem Antrag gefordert wird, finanziell leisten? Wir leisten uns bereits eine Masseneinwanderung, die finanziell

nicht mehr zu bezahlen ist. Wir leisten uns bereits eine wirtschaftsfeindliche Politik mit hohen Energiepreisen und eine Rezession, die ins dritte Jahr geht und den finanziellen Spielraum des Staates zusätzlich einschränkt. Obendrauf kommt das, was wir schon für viele der rund eine Million Ukrainer leisten, da diese Bürgergeld und weitere Sozialleistungen hier im Land beziehen.

(Beifall AfD)

Realpolitik muss man sich auch finanziell leisten können. Die Basis dafür haben Sie, die CDU, die SPD, die FDP und die GRÜNEN, in den letzten zehn Jahren in Deutschland in einem dramatischen Ausmaß erodieren lassen, was unsere politischen Spielräume auf vielen Feldern nun empfindlich einschränkt.

(Beifall AfD und Maximilian Mürger (fraktionslos))

Es fällt auf, dass in Ihrem Antrag zwar die transatlantische Verbundenheit beschworen wird – gut so –, aber offenbar ohne dabei zur Kenntnis nehmen zu wollen, was der US-Präsident gerade bezüglich der Ukraine unternimmt. Fakt ist: Donald Trump verhandelt gerade einen Frieden.

(Lachen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Michael Boddenberg (CDU): Unfassbar! Das können Sie doch nicht ernsthaft glauben, was Sie da erzählen! Wer schreibt Ihnen das denn eigentlich auf? – Weitere Zurufe)

Laut der aktuellen INSA-Umfrage findet das eine relative Mehrheit von 44 % der Bürger in Deutschland richtig.

(Beifall AfD und Maximilian Mürger (fraktionslos))

Wenn man die transatlantische Verbundenheit hochhalten will und die Menschen in der Ukraine unterstützen möchte, müsste man in dem Antrag dann nicht Donald Trump viel Erfolg in seinen Friedensverhandlungen wünschen? Aber Sie waren es auch, die immer sagten: Mit Putin lässt sich nicht verhandeln. – Sie haben uns als AfD verhöhnt, weil wir diplomatische Lösungen gesucht haben.

(Holger Bellino (CDU): Was für eine Diplomatie?)

Jetzt sind es die USA, die genau das tun. Sie und der Rest der EU sitzen bei den Verhandlungen nicht einmal am Katzentisch: Realpolitik statt unerfüllbarer Forderungen.

(Beifall AfD und Maximilian Mürger (fraktionslos))

Noch etwas: Ja, auch als AfD wünschen wir uns, dass die Ukraine ihr gesamtes Staatsgebiet zurückbekommt. Wir möchten, dass dort endlich Frieden ist. Die Ukraine sollte natürlich mit an den Verhandlungstisch. Doch wir, die AfD, bekräftigen zuallererst unsere grundsätzliche Solidarität mit dem deutschen Volk und seinen Interessen.

(Beifall AfD und Maximilian Mürger (fraktionslos))

Meine Damen und Herren, ich komme zum Ende. Wir sollten und müssen an die Menschen denken, die von unserer Regierung in Hessen mehr finanzielle Hilfe brauchen: an die Kinder in den Schulen, an bezahlbaren Wohnraum, an Leistungsgerechtigkeit in der Bezahlung von Polizisten und Erziehern. Wir können uns nicht alles leisten. Deswegen müssen wir Prioritäten setzen.

(Beifall AfD)

Forderungen lassen sich leicht stellen, klingen auch gut. In der Realität müssen Leistungen aber auch gezahlt werden. Ich sage das, weil man bei solchen Anträgen den Eindruck

bekommen kann, dass es den etablierten Parteien um alles Mögliche geht: Radwege in Peru, Geld für die Palästinenser, Geld nach Syrien, Geld nach Afghanistan, Geld für die Ukraine.

(Zuruf BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ihre Rede ist ein Skandal!)

Was ist mit ausreichend Geld für Bürger in Deutschland? Aus diesem Grund lehnen wir Ihren Antrag ab. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall AfD und Maximilian Mürger (fraktionslos))

Vizepräsident René Rock:

Danke, Herr Fraktionsvorsitzender Lambrou. – Für die SPD-Fraktion erteile ich dem Abgeordneten Grüger das Wort.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt wissen Sie ja, warum Sie nicht gefragt wurden! – Zurufe: Genau!)

Stephan Grüger (SPD):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Lambrou, mit Ihrer Rede haben Sie deutlich gemacht, warum wir Sie nicht gefragt haben.

(Klaus Gagel (AfD): Sie hätten sowieso nicht gefragt!)

Sie schützen zwar vor, dass es Ihnen um Deutschland und um unsere Finanzen geht, aber tatsächlich verbirgt sich dahinter eine krasse Empathielosigkeit gegenüber der überfallenen Ukraine.

(Volker Richter (AfD): Das sagen die Richtigen!)

Ihre anfänglichen Einlassungen zum Thema Überfall auf die Ukraine durch Putin sind einfach nur „Lip Service“. In Ihrer Rede haben Sie genau das Gegenteil deutlich gemacht.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Freie Demokraten)

Sie wollen die Ukraine unter den Bus werfen, um Ihr eigenes Süppchen darauf zu kochen. Das ist nicht der Ansatz des Antrages. Ich beziehe mich jetzt einmal auf das, worum es hier geht.

Vorweg. Wir reden über elf Jahre Krieg in der Ukraine, nicht über drei. Seit elf Jahren herrscht Krieg in der Ukraine. Zuerst kamen die grünen Männchen in der Krim, dann im Donbass, in Donezk und Luhansk. Es stellte sich dann heraus – was für Eingeweihte kein Wunder war –: Das waren russische Soldaten, die mit russischen Panzern, russischen Gewehren und russischem Militärmaterial dort einmarschiert sind und sich einfach dieser Gegenden bemächtigt und sie besetzt haben. Diese Gebiete hat Russland später auch versucht zu annektieren. Ich sage „versucht zu annektieren“, weil das, was Russland da gemacht hat, völkerrechtswidrig und nicht akzeptabel ist.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Freie Demokraten)

Da immer gesagt wird, das ist das erste Mal Krieg in Europa, möchte ich daran erinnern, dass wir in den Neunzigerjahren fürchterliche Kriege auf dem Balkan hatten.

Das dürfen wir nicht vergessen. Das ist nicht der erste grausame Krieg in Europa, und es ist auch nicht das erste Mal, dass eine Mittelmacht in Europa versucht, ein anderes Land zu annektieren, weil Russland das 2008 auch schon mit Georgien versucht hat.

Wir waren eigentlich 2014 schon vorgewarnt vom russischen Verhalten. Es wollten einige nur nicht wirklich wahrhaben, was für ein Staat sich da entwickelt, was für einen Präsidenten dieser Staat hat und wie imperialistisch und grausam dieser Präsident agiert.

Heute muss man leider feststellen, dass das eine Entwicklung ist, die eigentlich absehbar gewesen wäre, die aber von vielen – wie gesagt – nicht gesehen wurde. Gestern vor drei Jahren nahm diese Entwicklung ihren vorerst dramatischen Höhepunkt an, als Russland versuchte, die ganze Ukraine zu besetzen. Das ist dank des Mutes der ukrainischen Bürgerinnen und Bürger, dank des Mutes der ukrainischen Soldatinnen und Soldaten und – das muss man auch sagen – dank des Mutes des ukrainischen Präsidenten Selenskyj nicht gelungen. Obwohl alle gesagt haben: „Du musst fliehen, du musst aus der Ukraine heraus, weil Kiew innerhalb von drei Tagen besetzt sein wird“, ist er geblieben. Dank des Mutes dieser Menschen und dank des Mutes von Selenskyj ist der Widerstand der Ukraine nicht zusammengebrochen, sondern besteht bis heute fort.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Freie Demokraten)

Daher kann es keine zwei Meinungen geben. Wenigstens scheinen wir uns in diesem Haus darüber einig zu sein, wer der Aggressor ist. Russland ist der Aggressor. Putin ist der Aggressor. Das ist nicht die Ukraine. Sie hat keinen Vorwand dafür geliefert, sie zu überfallen. Das ist ein völkerrechtswidriger Krieg. Ich freue mich darüber, dass wir das hier wenigstens einmal gemeinsam festgestellt haben.

Die Ukraine hat daher nach Art. 51 UN-Charta das Recht auf Selbstverteidigung. Nach der gleichen UN-Charta haben wir die Pflicht, die Ukraine dabei zu unterstützen. Das geschieht mit Hilfslieferungen. Das machen wir von Hessen aus. Das geschieht aber auch mit Waffen. Das macht die Bundesregierung. Das ist richtig so. Das ist auch weiterhin unsere Pflicht.

(Beifall SPD, CDU, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Freie Demokraten)

Denen, die immer einen Widerspruch zwischen Waffenlieferungen und Hilfslieferungen auf der einen Seite und Verhandlungen auf der anderen Seite ausmachen, sei ins Stammbuch geschrieben: Das sind zwei Seiten derselben Medaille. Denn nur solange die Ukraine in der Lage ist, sich zu verteidigen, nur solange sie in der Lage ist, den Russen standzuhalten, nur so lange wird es möglich sein, Friedensverhandlungen auf Augenhöhe zu führen. Genau das ist das Ziel. Das ist auch das Ziel dieses Antrags. Wir wollen Friedensverhandlungen auf Augenhöhe haben.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Freie Demokraten und Dirk Gaw (fraktionslos))

Deswegen sind wir dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron sehr dankbar, dass er gestern versucht hat, Trump genau davon zu überzeugen. Er wollte ihn davon überzeugen, dass es um Friedensverhandlungen auf Augenhöhe geht und dass es keine Gespräche über die Ukraine ohne die Ukraine und keine Gespräche über europäische Angelegenheiten ohne die Europäische Union geben darf.

(Beifall SPD, CDU, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Freie Demokraten)

Ich hoffe sehr, dass Macron Erfolg gehabt hat. Ansonsten werden noch andere europäische Politiker nach Washington reisen müssen. Sie müssen das dann immer und immer wieder wiederholen.

Wir sollten das selbstbewusst tun. Die Amerikaner haben die größte und durchschlagkräftigste Armee der Welt. Aber sie haben nicht die größte Volkswirtschaft. Wir sollten als Europäer und Deutsche durchaus selbstbewusst sein und dafür sorgen, dass unsere Stimme gehört wird. Wir sollten durchsetzen, dass das Völkerrecht weiterhin gilt. Da geht es um die Durchsetzung europäischer und deutscher Interessen. Es ist in unserem Interesse, dass das Völkerrecht durchgesetzt wird. Das heißt, dass die Ukraine Bestand hat, dass ihre territoriale Integrität Bestand hat und dass es Friedensverhandlungen auf Augenhöhe gibt.

(Beifall SPD, CDU, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Freie Demokraten)

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Kollege Grüger, Sie müssen zum Schluss Ihrer Rede kommen.

Stephan Grüger (SPD):

Ich komme zum Schluss meiner Rede. – Die Sozialdemokraten haben die Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Das bedeutet für die Ukraine: Sie kämpft für Freiheit und gegen das Unrecht aus Russland. Deswegen hat sie unsere unverbrüchliche Solidarität verdient. Das betrifft den Freiheitskampf und die Friedensverhandlungen. – Slava Ukraini.

(Beifall SPD, CDU, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Freie Demokraten)

Vizepräsident Frank Lortz:

Für die Landesregierung spricht Herr Staatsminister Pentz. Manfred, bitte sehr.

Manfred Pentz, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales und Entbürokratisierung und Bevollmächtigter des Landes Hessen beim Bund:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Den 24. Februar 2022 wird keiner von uns vergessen. Keiner sollte dieses Datum vergessen.

Sie wissen, meine Mutter stammt aus Ex-Jugoslawien. Ich werde das Jahr 1991 niemals vergessen, als die jugoslawische Armee in Ljubljana in Slowenien einmarschiert ist. Damals hat dieser tragische Krieg, von dem der Vorredner eben auch gesprochen hat, ein Ausmaß angenommen, von dem wir bis dahin nicht geglaubt haben, dass so etwas auf unserem Kontinent noch einmal stattfinden wird.

Ich bin deswegen sehr dankbar, dass wir heute, drei Jahre nach Beginn dieses fürchterlichen Kriegs in der Ukraine, von den Fraktionen in aller Klarheit einen Antrag eingereicht bekommen haben. Ich will keinen Zweifel daran lassen: Die unverbrüchliche Solidarität der Hessischen Landesregierung gilt natürlich den Menschen in der Ukraine.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, deswegen bin ich Ihnen, die aus Transkarpatien stammen, einer Oblast in der Ukraine, so dankbar, dass Sie heute hier sind. Ich möchte Ihnen im Namen der Hessischen Landesregierung, angeführt von unserem Ministerpräsidenten Boris Rhein, zurufen: Danke für Ihren Mut und für Ihr Selbstbewusstsein. Ich habe Respekt davor, dass Sie nicht nur Ihr Land verteidigen, sondern am Ende unsere gemeinsame Freiheit.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Freie Demokraten)

Vieles wurde in den vorhergehenden Reden gesagt. Ich will das deswegen so zusammenfassen: Fakt ist, dass es eines der Kriegsziele Putins war, die alte Weltordnung vor dem Zusammenbruch der Sowjetunion wiederherzustellen. Man kann das neosowjetischen Imperialismus nennen.

Der amerikanische Präsident hat Putin nun die Hand gereicht und sich damit auf Gespräche über eine neue Weltordnung eingelassen. Das wäre eine Weltordnung, die den Multilateralismus ablehnt. Das wäre eine Weltordnung, die aus der Frage Leben oder Tod möglicherweise einen Deal machen würde. Die Beziehung zu anderen Ländern wird danach bemessen, ob es den eigenen wirtschaftlichen Interessen dient. Es geht nicht um die gemeinsamen Werte.

Auf diese Weise kann aus Donald Trumps Worten „Make America Great Again“ ein „Make Russia Great Again“ werden. Das kann nicht im Sinne Europas sein. Das kann aber auch nicht im Sinne der Vereinigten Staaten von Amerika sein.

Für die Hessische Landesregierung ist es sehr wichtig, noch einmal klarzustellen, dass wir an der Seite der Ukraine stehen. Wir haben in der letzten Woche in einer Sitzung des Europaausschusses gemeinsam darüber gesprochen, dass wir sozusagen auf den letzten Metern sind, eine Partnerschaft zwischen Hessen und einer Oblast in der Ukraine einzugehen. Möglicherweise machen wir das gemeinsam mit unseren polnischen Freunden aus der Oblast Wielkopolska. Mit ihnen pflegen wir seit vielen Jahren enge und beste Verbindungen und Freundschaft.

Lassen Sie mich zum Schluss etwas sagen. Es wurde schon viel gesprochen. Aber das will ich in diesem Haus auch noch einmal sagen: Ich bin der Landtagspräsidentin sehr dankbar dafür, dass sie heute zur Eröffnung der Sitzung des Hessischen Landtags an die drei Jahre furchtbaren Krieg erinnert hat.

Lassen Sie mich zum Schluss meiner Rede noch eines erwähnen, was mir sehr wichtig ist. Wenn es nun bei möglichen Friedensverhandlungen welcher Art auch immer zu einem Frozen Conflict kommen sollte, dann würde das nur den Russen in die Karten spielen. Das muss man einfach wissen.

Meine Vorredner haben das eben sehr klar angesprochen. Es geht um Südossetien, Transnistrien, aber auch um Bergkarabach, um die Halbinsel Krim und um das Jahr 2014. Das wäre ein Friedensdiktat auf dem Rücken der Interessen Europas. Am Ende wäre das aber auch für die ganze Welt so. Putin hätte alle seine Kriegsziele erreicht, wenn er diesen Konflikt einfrieren könnte. Das kann weder im Sinne der Ukraine noch im Sinne Europas, noch im Sinne Hessens sein. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU, SPD, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Freie Demokraten)

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Minister Pentz, vielen Dank.

Es wird mir zugerufen, der Antrag soll abgestimmt werden. Ich rufe dann den Antrag zur Abstimmung auf. Wer ihm seine Zustimmung gibt, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Mitglieder der Fraktionen der CDU, der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der Freien Demokraten und der Kollege Gaw. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Mitglieder der Fraktion der AfD. Der Kollege Müger ist auch dagegen. Der Antrag ist mit Mehrheit so beschlossen.

Meine Damen und Herren, wir kommen zu ungewohnter Zeit zu **Tagesordnungspunkt 1:**

Fragestunde – Drucks. 21/1626 –

(Unruhe)

– Sortiert euch erst mal ein bisschen. Können wir beginnen? Ich würde bitten, dass die Kolleginnen und Kollegen, die jetzt den Saal verlassen wollen, das auch zügig machen, damit wir beginnen können.

An die Kollegen der AfD: Seht mal bitte zu, das Ding, gegen das ihr da laufend rennt, in Deckung zu bringen. Sonst bekommen wir hier noch einen Schreck.

(Ein Papierkorb wird beiseitegestellt.)

Wir beginnen mit **Frage 129**. Herr Abgeordneter Karsten Bletzer, AfD.

Karsten Bletzer (AfD):

Vielen Dank, Herr Präsident. – Ich frage die Landesregierung:

Wie lässt sich das Once-Only-Prinzip wegen der Verknüpfung zwischen privatwirtschaftlichen Dienstleistungen und Verwaltungsverfahren mit dem Datenschutz in Einklang bringen?

Vizepräsident Frank Lortz:

Frau Ministerin.

Prof. Dr. Kristina Sinemus, Ministerin für Digitalisierung und Innovation:

Sehr geehrter Herr Abgeordneter, das Once-Only-Prinzip bedeutet, dass alle notwendigen Daten von Unternehmen und Bürgerinnen und Bürgern nur noch einmal an die Verwaltung gemeldet werden und zukünftig für alle Vorgänge aus bestehenden Registern abgerufen werden können. Das Once-Only-Prinzip eröffnet somit ganz neue Möglichkeiten, die Digitalisierung in Deutschland voranzutreiben. Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen und die Verwaltung sparen dadurch Zeit und Kosten. Das bedeutet auch, dass Behörden – seien es die Bundes oder die des Landes – nicht ohne Weiteres einfach auf Daten der Bürgerinnen und Bürger oder Unternehmen zugreifen können, sondern es bedarf immer ihrer Zustimmung.

Der Abruf der Nachweise und der Daten erfolgt mithilfe des NOOTS, des National-Once-Only-Technical-Systems. Es handelt sich dabei um ein System, das öffentlichen Stel-

len den rechtskonformen Abruf von elektronischen Nachweisen und Daten aus den Registern der deutschen Verwaltung ermöglicht. Dies erfolgt unter Berücksichtigung höchster Datenschutzstandards.

Die rechtliche Grundlage für das NOOTS wurde zwischen Bund und Ländern im Dezember 2024 in einem Staatsvertrag vereinbart, wobei die Ratifizierung dieses Vertrages noch aussteht. Der § 7 des Staatsvertrags regelt die datenschutzrechtlichen Bestimmungen für das NOOTS. Demnach ist das Bundesverwaltungsamt als betriebsverantwortliche Stelle für die Einhaltung der Datenschutz-Grundverordnung bei der Bearbeitung und Übermittlung personenbezogener Daten verantwortlich.

Neben öffentlichen Stellen können auch Unternehmen das NOOTS zur Erfüllung ihrer rechtlichen Verpflichtung gegenüber öffentlichen Stellen nutzen. Die Abwicklung privatwirtschaftlicher Dienstleistungen über das NOOTS ist nicht vorgesehen. Das NOOTS ermöglicht dabei den Transfer und Austausch von Daten und Nachweisen. Eine Datenhaltung findet im NOOTS nicht statt.

Zusätzlich führt das NOOTS immer eine Berechtigungsprüfung über die Rechtmäßigkeit des Abrufs durch, sodass unzulässige Datenübermittlungen verhindert werden. Eine Verknüpfung von Daten zur Profilbildung ist technisch und organisatorisch ausgeschlossen.

Zusammenfassend: Es findet keine Verknüpfung zwischen privatwirtschaftlichen Dienstleistungen und Verwaltungsverfahren statt. Die Datenschutzrechte der Bürgerinnen und Bürger und der Unternehmen bleiben stets gewahrt.

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Frau Ministerin. – Ich sehe, es gibt keine Zusatzfrage. Das war auch allumfassend.

Ich rufe **Frage 130** auf. Abgeordneter Dr. Grobe, AfD-Fraktion, bitte sehr.

Dr. Frank Grobe (AfD):

Vielen Dank, Herr Präsident. – Ich frage die Landesregierung:

Bleibt sie bei der zuletzt von Herrn Minister Gremmels getätigten Feststellung: „Für mich sind alle Universitäten in Hessen exzellente Universitäten“, auch vor dem Hintergrund der zu Anfang des Jahres 2025 in der Wissenschaftszeitung „Forschung und Lehre“ veröffentlichten Zahlen bezüglich der Betreuungsrelation zwischen Studenten und Professoren, wonach Hessen lediglich Platz 15 einnimmt?

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Staatsminister Gremmels.

Timon Gremmels, Minister für Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur:

Sehr geehrter Herr Abgeordneter Dr. Grobe, unsere Hochschulen erbringen exzellente Leistungen. Das gilt für die Exzellenzstrategie, aber auch weit darüber hinaus. Unsere Hochschulen bilden junge Menschen zu hoch qualifizierten Fachkräften aus und tragen dabei wesentlich zu ihrer Persönlichkeitsbildung bei. Unsere Hochschulen leisten

Spitzenforschung und stellen sich den gesellschaftlichen Herausforderungen, wie man an den guten Zwischenergebnissen der Exzellenzstrategie sieht.

Unsere Hochschulen bilden den wissenschaftlichen Nachwuchs aus, für die Forschung, aber auch für Unternehmen. Unsere Hochschulen liefern mit ihren Erkenntnissen die Basis für neue wirtschaftliche und gesellschaftliche Innovationen und Wertschöpfung; als Beispiel sei hier unser KI-Forschungsverbund hessian.AI genannt.

Unsere Hochschulen lassen die breite Öffentlichkeit an den Erkenntnissen ihrer Forschung durch gute Wissenschaftskommunikation teilhaben. Unsere Hochschulen tragen zur internationalen Vernetzung und Sichtbarkeit Hessens maßgeblich bei.

Das alles sind Leistungen, die für unsere Gesellschaft von herausragender Bedeutung sind. Unsere Hochschulen erbringen diese Leistung mit viel Engagement und hoher Qualität.

Wir bilden in vielen Bereichen mehr Studierende aus, als es dem Bevölkerungsanteil unseres Bundeslandes an der deutschen Gesamtbevölkerung entspricht, zum Beispiel im Fach Medizin.

Die Verbesserung der Betreuungsrelation hat sich diese Landesregierung übrigens ausdrücklich zum Ziel gesetzt. Mit dem aktuellen 300-W-Programm arbeiten wir bereits an einer Verbesserung. Deshalb haben wir uns unter anderem die Ausfinanzierung des 300-W-Programms im nächsten Hochschulpakt vorgenommen.

Kurz gesagt: Das sehr gute Abschneiden in der Skizzenphase der Exzellenzstrategie ist ein Indikator für die Qualität unserer Wissenschaftslandschaft. Er steht beispielhaft für viele Felder, auf denen unsere Hochschulen Spitzenleistungen erbringen.

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Herr Minister. – Gibt es Zusatzfragen? – Herr Dr. Grobe, bitte.

Dr. Frank Grobe (AfD):

Vielen Dank. – Herr Staatsminister Gremmels, wie erklären Sie sich dann die im Ländervergleich anhaltend schlechte Betreuungsrelation im Verhältnis zu den sinkenden Studentenzahlen in Hessen bei der gleichzeitig und angeblich seit 2021 laufenden umfangreichen und verlässlichen Finanzierung unserer Hochschulen? Ist das 300-W-Programm also nur ein Tropfen auf den heißen Stein?

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Minister.

Timon Gremmels, Minister für Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur:

Vielen Dank für die Nachfrage. – Unsere Hochschulen erbringen nicht nur in der Forschung gute Leistungen, sondern sind offensichtlich auch in der Lehre sehr attraktiv. Hessen weist einen überdurchschnittlichen Anteil an Studierenden an der Bevölkerung im Vergleich mit anderen Bundesländern auf: Hessen liegt mit 3.990 Studierenden

pro 100.000 Einwohnern auf dem dritten Platz unter den Flächenländern.

Der Anteil des Landes Hessen an der Gesamtzahl der Studierenden in Deutschland beträgt in etwa 8,6 %. Dies gilt es besonders zu betonen, da der Anteil Hessens an der Bundesbevölkerung nur bei etwa 7,6 % liegt. Hinsichtlich der absoluten Studierendenzahlen nimmt Hessen bundesweit Platz 4 nach Nordrhein-Westfalen, Bayern und Baden-Württemberg ein.

Auch was internationale Studierende anbelangt, schneidet Hessen mit einem Anteil von 13,7 % durchaus ordentlich ab: Das ist Platz 7 von 16 Bundesländern. Zudem verzeichnet Hessen zuletzt einen deutlichen Anstieg der Zahl ausländischer Erstsemester.

All das zeigt, unsere hessischen Hochschulen sind offensichtlich auch in der Lehre sehr attraktiv für Studierende in Deutschland und darüber hinaus.

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank. – Eine weitere Zusatzfrage, Herr Dr. Grobe, bitte.

Dr. Frank Grobe (AfD):

Herr Staatsminister Gremmels, sind Sie sich eigentlich bewusst, dass dieses Problem der schlechten Betreuungsrelation von einer unzureichenden Finanzierung der Hochschulen herrührt? Erwarten Sie in Bezug auf die anhaltend schlechte Finanzierung unserer Hochschulen im Jahr 2025 eine Besserung der Betreuungsrelation?

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Minister.

Timon Gremmels, Minister für Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur:

Ich habe Ihnen ja gerade gesagt, dass sich die Landesregierung zum Ziel gesetzt hat, die Betreuungsrelation zu verbessern, und wir tun auch etwas dafür. So wollen wir das 300-W-Programm weiter ausbauen – auch hier besteht noch Nachholbedarf. Ich kann Ihnen sagen, dass wir zum Stichtag 01.12.2023 bisher 124 Stellen besetzen konnten. Die Daten für 2024 liegen noch nicht vor, aber ich bin mir sehr sicher, dass das deutlich steigen und dann auch die Betreuungsrelation besser ausfallen wird.

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank. – Weitere Zusatzfragen gibt es keine.

Ich rufe **Frage 131** auf, Abgeordnete Miriam Dahlke. Bitte sehr, Miriam.

Miriam Dahlke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Vielen Dank. – Ich frage die Landesregierung:

Welche im Landtag vertretenen Parteien können die Räume und Dekoration der Landesvertretung in Berlin für Wahlkampfvideos nutzen?

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Staatsminister Pentz.

Manfred Pentz, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales und Entbürokratisierung und Bevollmächtigter des Landes Hessen beim Bund:

Sehr geehrte Frau Kollegin, die Räume der Hessischen Landesvertretung in Berlin können nicht zu Zwecken von Wahlkampfvideos gebucht werden. Alle im Deutschen Bundestag vertretenen hessischen Landesgruppen können die Räume reservieren; das wissen Sie.

Jedes Jahr – das will ich ganz kurz anfügen – besuchen die Hessische Landesvertretung etwa 40.000 Gäste zu Vortragsveranstaltungen, Informationsveranstaltungen, aber auch im Rahmen von Besuchergruppen, die wöchentlich bei uns im Haus zu Gast sind. In diesem Zusammenhang werden natürlich unzählige Fotos, Videos, Selfies und Videoaufnahmen gemacht, nicht zuletzt auch im Rahmen des Hessenfests, aber auch von Fachveranstaltungen, die wir beim Tag der offenen Tür oder wo auch immer haben.

Diese offenen und transparenten Veranstaltungen sind Teil unserer Öffentlichkeitsarbeit, und unseren Gästen im Haus wollen wir grundsätzlich deswegen keine Vorschriften machen, ob sie bei Veranstaltungen Videos aufnehmen oder nicht.

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank. – Zusatzfrage, Kollegin Dahlke.

Miriam Dahlke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Vielen Dank, Herr Minister. – Das ist eine interessante Antwort.

Ich weiß nicht, ob Ihnen Folgendes bewusst ist: Am Tag der Vertrauensfrage von Kanzler Scholz hat der Landesvorsitzende der SPD zusammen mit der Generalsekretärin der SPD ein Video vor einem geschmückten Weihnachtsbaum in der Landesvertretung Berlin gepostet, wo gesagt wurde, dass keine Kosten und Mühen gescheut wurden. Es wurden fröhliche Weihnachtsgrüße vom SPD-Hessen-Team geschickt und Wahlkampfaufrufe gemacht.

Daher möchte ich gerne wissen: War es abgesprochen, dass die Parteispitze der SPD Hessen ihr Weihnachtvideo in der Hessischen Landesvertretung in Berlin aufnimmt und auf Instagram postet?

(Patrick Schenk (Frankfurt) (AfD): Das ist ja interessant!)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank. – Herr Minister.

Manfred Pentz, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales und Entbürokratisierung und Bevollmächtigter des Landes Hessen beim Bund:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete. – Mit Verweis auf die eben gegebene Antwort ergänze ich so: Die beiden Kolle-

gen haben offensichtlich, wie Sie eben vorgetragen haben, am Rande einer Weihnachtsfeier ein Video aufgenommen.

Ich will aber so viel sagen: Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Hessischen Landesvertretung sind nicht angewiesen, einzelne Leute zu kontrollieren, was sie im Haus im Rahmen von Veranstaltungen machen. Das haben diese Damen und Herren dann eben selbst zu vertreten.

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank. – Zusatzfrage? – Keine.

Dann geht es weiter mit **Frage 132** von der Kollegin Katy Walther. Katy, bitte.

Katy Walther (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich frage die Landesregierung:

Mit welchen Maßnahmen verfolgt sie das Ziel, mehr Verkehre vom Kurzstreckenflug auf die Schiene zu verlagern?

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Wirtschaftsminister.

Kaweh Mansoori, Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr, Wohnen und ländlichen Raum:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Frau Abgeordnete Walther! Der Flughafen Frankfurt am Main ist bereits heute sehr gut an den Fern- und Regionalverkehr der Deutschen Bahn angebunden und verfügt damit über eine einmalige Intermodalinfrastruktur.

Um Kurzstreckenflüge auf die Bahn verlagern zu können, muss Zielsetzung sein, das Angebot der Bahn so leistungsfähig und attraktiv zu gestalten, dass Passagiere die Bahn auch unter dem Gesichtspunkt der Gesamtreisezeit sowie des Preis-Leistungs-Verhältnisses gerne als Alternative zum Flug nutzen.

Hierzu tragen auch zum Beispiel die Supersparpreistickets der Deutschen Bahn bei. Diese preisliche Angebotsgestaltung für attraktive Alternativen zum Flugverkehr liegt jedoch ausschließlich in den Händen der Schienenpersonenfernverkehrsunternehmen, vornehmlich der DB Fernverkehr AG.

Darüber hinaus bietet die DB in Zusammenarbeit mit rund 50 Airlines wie Lufthansa, Condor, Air France und Singapore Airlines die Bahnreise über Rail & Fly als alternativen Zubringer für internationale Flüge an. Über das Rail-&-Fly-Angebot der DB können von allen 5.600 Bahnhöfen in Deutschland unterschiedlichste deutsche Flughäfen zu attraktiven Preisen erreicht werden. Hierbei wird die Bahnfahrkarte von den Fluggesellschaften als zusätzlicher Service zur Flugbuchung angeboten.

Die Lufthansa AG bietet zudem für Flüge vom und zum Flughafen Frankfurt am Main in Kooperation mit der DB den Service von Lufthansa Express Rail an. Von 28 Bahnhöfen, unter anderem von Hamburg, Berlin und Basel aus, erreichen Reisende mit optimalen Umsteigezeiten und Umsteigegegarantie mit dem Zug die Lufthansa-Flüge am Flughafen Frankfurt. Hierbei wird ein integriertes Ticket ausgestellt, und es erfolgt ein Check-in für Zug und Flug.

Die Sitzplatzreservierung für die Zugfahrt zum Flughafen Frankfurt ist inklusive, und bei der Sicherheitskontrolle am Flughafen Frankfurt kann die Fast Lane genutzt werden.

Die Landesregierung wirkt darauf hin, dass die Luftverkehrswirtschaft und die Deutsche Bahn AG die Weiterentwicklung der Komodalität von Luft- und Schienenverkehr mit Nachdruck vorantreiben und die Angebotskonzepte für die Kunden weiter verbessern.

Betreffend die Schaffung neuer oder verbesserter Fernverkehrsverbindungen setzt sich die Landesregierung gegenüber dem Bund als Eigentümer der Schieneninfrastruktur für den umfassenden Ausbau, insbesondere für die Realisierung der Projekte des Bundesverkehrswegeplans gemäß dem Konzept des Deutschlandtaktes, und für eine damit mögliche kontinuierliche Ausweitung der Schienenverkehrsangebote ein.

Diesbezüglich sind insbesondere die Vorhaben des Bundesverkehrswegeplans von hoher Bedeutung. Die Neubautrecke Frankfurt–Mannheim, die Aus- und Neubautrecke Hanau–Fulda, der Fernbahntunnel Frankfurt und der Ausbau der Nordmainischen Bestandsstrecke von Frankfurt in Richtung Hanau, auch genannt Nordmainische S-Bahn, werden die Fahrzeiten auf der Schiene für den Kunden attraktiv verkürzen. Die Projekte befinden sich bereits in unterschiedlichen Phasen der Planung.

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Herr Minister. – Zusatzfrage? – Katy, bitte.

Katy Walther (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Wie bewertet die Landesregierung die Forderung der SPD-Bundestagskandidatin Lena Voigt, ein Terminal des Flughafens Frankfurt zu schließen und die Verkehre auf die Schiene umzuleiten?

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Minister.

Kaweh Mansoori, Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr, Wohnen und ländlichen Raum:

Frau Abgeordnete Walther, die Forderung bezieht sich offenbar nicht auf das Thema „Verlagerung von Kurzstreckenflügen“. Im Übrigen scheint es sich um die Aussage einer Wahlkämpfenden zu handeln. Es ist nicht Angelegenheit der Landesregierung, das zu bewerten.

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank. – Haben wir noch etwas? – Nichts mehr?

(Katy Walther (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja!)

– Doch. Dann noch einmal Kollegin Walther, bitte.

Katy Walther (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich frage die Landesregierung: Werden Sie diese von der SPD-Kandidatin geäußerte Forderung also umsetzen?

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Minister.

Kawah Mansoori, Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr, Wohnen und ländlichen Raum:

Ich kann mich nur wiederholen, Frau Abgeordnete Walther: Es ist nicht Angelegenheit der Landesregierung, Wortmeldungen von Kandidierenden zu kommentieren.

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank. – Weitere Zusatzfragen? – Zusatzfrage, Kollege Pürsün. Yanki.

Yanki Pürsün (Freie Demokraten):

Vielen Dank, Herr Präsident. – Herr Staatsminister, die Fragestellerin scheint sich zu wünschen, was Ihre Parteikollegin da ausgesprochen hat. Ist Ihnen bekannt, dass, wenn es diese Angebote nicht mehr gäbe, wenn man aus Hamburg beispielsweise nicht mehr nach Frankfurt fliegen kann, die Flugpassagiere nicht unbedingt das gute Bahnangebot annehmen, sondern vielleicht von Hamburg nach Kopenhagen fliegen und von dort nach New York oder Singapur, dass also die Vorstellung, dass gute Bahnangebote dazu führen, dass Menschen dann gute Flugangebote nicht mehr nutzen, sondern Bahnangebote, nicht immer zutrifft und dass es letztlich nur dazu führt, dass Passagiere aus Deutschland nicht mehr über deutsche Flughäfen ins Ausland fliegen und dass es hochwertige, wichtige Arbeitsplätze kostet, die der Ministerpräsident vorhin angesprochen hat?

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Minister.

Kawah Mansoori, Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr, Wohnen und ländlichen Raum:

Herr Abgeordneter, ich bin nicht sicher, ob ich Ihre Frage zutreffend verstanden habe.

(Yanki Pürsün (Freie Demokraten): Das ist ein Problem, Herr Wirtschaftsminister! – Weitere Zurufe – Glockenzeichen)

Aber ich wollte eigentlich Ihre Frage sachlich beantworten, Herr Abgeordneter.

Ich glaube, wir sind uns einig, dass die besondere Rolle des Flughafens Frankfurt darin besteht, eine hohe Konnektivität zu bieten, unsere Passagiere mit nahezu jeder Destination in der Welt in guter Taktung verbinden zu können. Dafür ist es unerlässlich, dass der Frankfurter Flughafen gut an die Quellen der Zubringer angebunden ist. Natürlich ist es auch Angelegenheit der Landesregierung und Ziel der Landesregierung, die Zubringer zu fördern. Die Frage von Frau Abgeordnete Walther bezog sich ursprünglich darauf, wie wir die Zubringer auf der Schiene fördern wollen.

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank. – Weitere Zusatzfragen sehe ich nicht.

Dann kommen wir zu **Frage 133** des Abgeordneten Karsten Bletzer, AfD. Bitte sehr.

Karsten Bletzer (AfD):

Vielen Dank, Herr Präsident. – Ich frage die Landesregierung:

Wie stellen sie und die ihr unterstellten Behörden sicher, dass eine Ausbreitung der Vogelgrippe in Hessen auf Geflügel unterbunden wird?

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Staatsminister Jung.

Ingmar Jung, Minister für Landwirtschaft und Umwelt, Weinbau, Forsten, Jagd und Heimat:

Vielen Dank, Herr Präsident. – Herr Abgeordneter, bei der Geflügelpest oder umgangssprachlich „Vogelgrippe“ handelt es sich um eine anzeigepflichtige Tierseuche, die durch Influenza-A-Viren ausgelöst wird. Eine vollständig sichere Verhinderung der Ausbreitung der hoch pathogenen aviären Influenza auf Geflügelbestände in Hessen ist nicht möglich.

Das Virus ist in Wildvögeln weit verbreitet, und in der aktuellen Risikoeinschätzung vom 6. Dezember 2024 stuft das Friedrich-Loeffler-Institut das Risiko einer Ausbreitung der Geflügelpest bei Wildvögeln sowie eine Übertragung auf Geflügel und gehaltene Vögel für ganz Deutschland als hoch ein.

Wichtigster Ansatz zum Schutz der Geflügelbestände sind Hygiene- und Biosicherheitsmaßnahmen, die einen Eintrag in Haltsbestände verhindern können. Geflügelhalter können durch Beachtung von Biosicherheitsmaßnahmen das Risiko für die Geflügelbestände wirksam reduzieren. Die Geflügelpest-Verordnung macht dazu Vorgaben. Dazu zählen unter anderem das Verbot der Fütterung und Tränke von Geflügel in Bereichen, zu denen Wildvögel Zugang haben, sowie die Verhinderung des Kontakts von Hausgeflügel mit Wildvögeln, beispielsweise an Gewässern.

Im Fall von regionalen Ausbrüchen können die örtlichen Behörden weitere Maßnahmen anordnen, zu denen regelmäßig eine Pflicht zur Aufstallung von Geflügelbeständen zur weiteren Erhöhung der Biosicherheit gehört. Die Einhaltung dieser Vorgaben wird von den Veterinärbehörden bei Betriebsbesuchen kontrolliert. Der LHL berät über Möglichkeiten zur Erhöhung der Biosicherheit und Tierseuchenvorsorge. Weitere wichtige Faktoren sind die Aufklärung und Sensibilisierung der Bevölkerung sowie ein Monitoring von Wildvögeln, um regionale Belastungsschwerpunkte frühzeitig zu identifizieren.

Das Hessische Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt, Weinbau, Forsten, Jagd und Heimat hat in einer Pressemitteilung vom 9. Januar 2025 auf die aktuelle Gefahrenlage aufmerksam gemacht. Die Bürgerinnen und Bürger wurden aufgefordert, tote Indikatorvögel – meist wildes Wassergeflügel – den Veterinärbehörden zu melden. Die Verbände wurden ebenfalls informiert. Außerdem sammeln Probennehmer der Vogelschutzware am Hessischen Lan-

desamt für Naturschutz, Umwelt und Geologie regelmäßig Proben von Wildvögeln in den von Hessen definierten Risikogebieten. Dadurch können die regionalen Verbreitungen der HPAI-Viren abgeschätzt und die Geflügelhalter in akut gefährdeten Regionen informiert werden.

Um einen möglichen Eintrag des Virus schnell zu erkennen bzw. ausschließen zu können, gilt für alle Geflügelhalter, dass beim Auftreten von erhöhten Sterberaten innerhalb von 24 Stunden – ich sage Ihnen die Zahlen: ab drei Tieren bei einer Bestandsgröße bis 100 und ab mehr als 2 % der Tiere bei einer Bestandsgröße von über 100 – und bei erheblichen Veränderungen der Legeleistungen oder der Gewichtszunahme ein Tierarzt hinzuziehen und das Vorliegen einer Geflügelpest abzuklären ist.

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank. – Gibt es Zusatzfragen? – Das ist nicht der Fall.

Dann geht es weiter mit **Frage 134**. Kollege René Rock, Seligenstadt.

René Rock (Freie Demokraten):

Ich frage die Landesregierung:

Wie bewertet sie die Investitionen von 60 Millionen Euro für den E-Highway auf der A 5 angesichts der nun erfolgten Einstellung des Projekts?

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Wirtschaftsminister.

Kaweh Mansoori, Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr, Wohnen und ländlichen Raum:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Abgeordneter Rock! Im Januar 2021 übernahm die damals neu gegründete Autobahn GmbH des Bundes von Hessen Mobil die Gesamtprojektleitung des E-Highway Hessen. Gemeinsam mit der Siemens Mobility GmbH, e-netz Südhessen AG und der Technischen Universität Darmstadt setzt die Autobahn GmbH das Projekt bis Mitte 2025 fort. Der Feldversuch wurde ausschließlich vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz gefördert und fortlaufend unter technologischen, verkehrlichen, ökologischen, ökonomischen sowie organisatorischen Aspekten aus Sicht unterschiedlicher Akteurs- und Interessengruppen evaluiert.

Eine direkte Förderung durch das Land Hessen gab es zu keinem Zeitpunkt. Weitere Informationen müssten über Anfragen an die Bundesregierung ermittelt werden.

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank. – Zusatzfrage? René, drück drauf.

René Rock (Freie Demokraten):

Habe ich das so richtig verstanden, Herr Minister, dass dem Ministerium nichts über den Erfolg des Projekts bekannt ist? Oder können Sie es nicht einschätzen?

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Minister.

Kaweh Mansoori, Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr, Wohnen und ländlichen Raum:

Es ist zutreffend, Herr Abgeordneter Rock, dass dem Ministerium seit dem Übergang der Zuständigkeit auf die Autobahn GmbH des Bundes keine detaillierten Informationen über das Projekt vorliegen.

(J. Michael Müller (Lahn-Dill) (CDU): Wer war da noch einmal der Bundesminister?)

Vizepräsident Frank Lortz:

Danke sehr. – Gibt es noch Zusatzfragen? – Das ist nicht der Fall.

Dann geht es weiter mit **Frage 135**. Für den Kollegen Daniel May übernimmt Frau Kollegin Herz. Wo bist du? – Da hinten.

Julia Herz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Vielen Dank, Herr Präsident. – Ich frage die Landesregierung:

Wie sind die hessischen Ergebnisse der internationalen Vergleichsstudie ICILS, der zufolge mehr als 40 % der Achtklässlerinnen und Achtklässler in Deutschland keinen kompetenten und reflektierten Umgang mit digitalen Endgeräten, Informationen und Medien haben?

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Kultusminister.

Armin Schwarz, Minister für Kultus, Bildung und Chancen:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Frau Abgeordnete Herz! Die Ergebnisse der hessischen Schulen, die an der ICIL-Studie 2023 teilgenommen haben, werden seitens der Studienleitung an der Universität Paderborn nicht gesondert ausgewiesen. Im Übrigen sind die Ergebnisse für Hessen auch nicht repräsentativ.

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank. – Zusatzfrage? – Frau Kollegin Herz, bitte.

Julia Herz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Vielen Dank, Herr Minister. – Das haben Sie auch schon in der „Frankfurter Neuen Presse“ am 16. Januar gesagt, dass Sie die Ergebnisse der Studie nicht für repräsentativ halten. Mich würde interessieren, auf welcher Grundlage Sie annehmen, dass die Ergebnisse für Hessen nicht repräsentativ sind.

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Kultusminister.

Armin Schwarz, Minister für Kultus, Bildung und Chancen:

Herr Präsident, sehr geehrte Frau Abgeordnete Herz! Was ich seinerzeit gesagt habe, stimmt immer noch. Gerne kann ich das noch einmal einordnen. Die ICIL-Studie ist, wie Sie selbst sagen, eine internationale Vergleichsstudie mit insgesamt 35 teilnehmenden Staaten. Bei der Studie geht es darum, die digitalen Kompetenzen von Schülerinnen und Schülern der achten Jahrgangsstufe international zu vergleichen. Ein Ländervergleich innerhalb Deutschlands war nie Gegenstand der Studie. Die Ergebnisse der teilnehmenden hessischen Schulen liegen allein der Studienleitung an der Universität Paderborn vor.

An der ICIL-Studie 2023 nahmen 230 Schulen aus ganz Deutschland teil. Das waren genug, um auf Bundesebene repräsentativ zu sein. Aus Hessen nahmen 2023 lediglich 13 Schulen teil. Das sind zu wenige, um für Hessen repräsentative Aussagen zu treffen. Außerdem werden die Kompetenzen pro Schule nur in einer Klasse der achten Jahrgangsstufe gemessen.

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Herr Minister. – Noch Zusatzfragen? Noch eine?

Julia Herz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Vielen Dank für die Erläuterung. – Sie haben davon gesprochen, dass es diese 13 Schulen sind, die in Hessen an dieser Studie teilgenommen haben. Es waren negative Ausreißer zu beobachten. Meine Frage bezieht sich darauf, wie Sie ansonsten den Bedarf in Hessen sehen. Gehen Sie davon aus, dass es keinerlei Nachholbedarf bei Schülerinnen und Schülern in der digitalen Bildung und Medienbildung gibt?

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Minister.

Armin Schwarz, Minister für Kultus, Bildung und Chancen:

Sehr geehrter Herr Präsident, Frau Abgeordnete Herz! Das können wir gerne sehr präzise einordnen. Dafür nehme ich mir die nötige Zeit.

Ich will allerdings einordnen, wo Deutschland insgesamt steht, um das vielleicht auf einer etwas größeren Ebene zu beschreiben. Tatsache ist: Deutschland – ich rede jetzt von Deutschland – liegt erkennbar über dem EU-Durchschnitt, um das einmal festzustellen. Ich werde Ihnen gleich auch genau sagen, wo Deutschland eingeordnet wird.

Sie beziehen sich aber mehr oder weniger auf die Lehren aus der Studie, wenn ich Sie richtig verstehe, Frau Abgeordnete Herz. Schülerinnen und Schüler erwerben an verschiedenen Stellen Kompetenzen im Umgang mit digitalen Medien. In einem ersten Schritt setzen wir einen breiten Rahmen, in dem sich die Schülerinnen und Schüler reflektiert mit digitalen Medien befassen und wichtige Kompetenzen erwerben. In vielen Fächern ist der Umgang mit digitalen Medien fest integriert. Beispiele hierfür sind Präsentationen in Deutsch, Tabellenkalkulation in Mathe-

matik, digitale Recherchen und Quellenkritik beispielsweise im Sachkundeunterricht oder in Politik und Wirtschaft. Auch fächerübergreifend fördern wir den Umgang mit digitalen Medien. Das ist eine Selbstverständlichkeit.

Der Digitaltruck bietet zum Beispiel – wahrscheinlich haben Sie ihn schon auf einem Hessentag oder an einer Schule gesehen – Grundschülerinnen und Grundschulern praxisnahe Beispiele, etwa zum digitalen Schreiben, und bezieht dabei die Lehrkräfte und Eltern mit ein. Es ist sehr beeindruckend, was der Digitaltruck alles zu bieten hat. Den Digitaltruck haben wir im Übrigen im aktuellen Schuljahr auf die 5. und 6. Klasse ausgeweitet. Bisher betraf das nur die Klassen 1 bis 4. Aufgrund des großen Erfolges haben wir das ausgeweitet. Mit dem Computerführerschein in den Klassen 5 und 6 lernen die Schülerinnen und Schüler Grundlagen der Internetnutzung.

In einem zweiten Schritt unterstützen wir die Schulen und Lehrkräfte auf vielfältige Weise, damit sie die Schülerinnen und Schüler beim Erwerb digitaler Kompetenzen gezielt fördern können. Über den Wochenplan Fortbildung macht die Lehrkräfteakademie zahlreiche Angebote, beispielsweise die Fortbildung „Medialer Alltag von Kindern und Jugendlichen“. Für die Schulleitungen und Lehrkräfte sind Austauschformate und Netzwerke überaus wichtig. Dem dienen zum Beispiel die pädagogischen Tage „Medienbildung und Digitalisierung“.

Die Lehrkräfte erhalten von uns auch zahlreiche praktische Hilfestellungen. Allen voran bietet der „Praxisleitfaden Medienkompetenz“ Beispiele, wie Lehrkräfte im Unterricht aller Fächer der Primar- und Sekundarstufe I neben fachlichen Kompetenzen auch die Medienkompetenz fördern können. Auf unseren Internetseiten finden Lehrkräfte konkrete Unterrichtsbeispiele zu genau den Kompetenzen, die bei den Schülerinnen und Schülern nötig sind.

Ein Beispiel: Flyer gestalten. So heißt dieses konkrete Projekt. Hier können Lehrkräfte fächerübergreifend die Informationssuche und Präsentation vermitteln. Arbeitsmaterialien für die Schülerinnen und Schüler erhalten sie gleich noch dazu. Das ist ein tolles und damit auch ein sehr niedrigschwelliges Angebot.

Diese Angebote entwickeln wir selbstverständlich fortlaufend und bedarfsgerecht weiter. Dabei berücksichtigen wir selbstverständlich auch aktuelle Studienergebnisse.

Wenn ich darf, würde ich jetzt gern noch einordnen, wo Deutschland steht. Wir liegen bei 502 Punkten. Das ist die Maßeinheit. Der EU-Durchschnitt liegt bei 493 Punkten. Luxemburg liegt bei 494. Dann folgen Spanien mit 495, Frankreich mit 498 und dann die Slowakei mit 499 Punkten. Die Republik Korea liegt vor uns. Ich ordne das einmal in einem Ranking ein. Wir haben natürlich großes Interesse, dass wir irgendwann genauso gut sind wie die Republik Korea. Ich hoffe, dass ich Ihrer Frage ein Stück weit entgegenkommen konnte und Klärung herbeigeführt habe. – Vielen Dank.

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank. – Jetzt kommt Herr Dr. Grobe.

Dr. Frank Grobe (AfD):

Herr Staatsminister, Sie sprachen den Hessen Truck an, der durch Hessen fährt. Ist dieser vergleichbar mit dem Kli-Kla-Klawitter-Bus aus den Siebzigerjahren?

(Heiterkeit AfD)

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Minister.

Armin Schwarz, Minister für Kultus, Bildung und Chancen:

Herr Präsident, Herr Abgeordneter Grobe! Nein.

(Lachen AfD – J. Michael Müller (Lahn-Dill) (CDU): Das war eine tolle Antwort!)

Vizepräsident Frank Lortz:

Es ist immer gefährlich, den Kultusminister zu fragen. – Gibt es noch weitere Fragen? Noch eine Zusatzfrage ist möglich. – Bitte.

Sascha Meier (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Vielen Dank, Herr Präsident. – Ich laufe natürlich Gefahr, mich besonders beliebt zu machen. Meine Frage bezieht sich darauf, ob es nicht sinnvoll wäre, das Fach „Digitale Welt“ weiter auszurollen und damit die Medienkompetenz zu steigern.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank. – Das Wort hat Herr Staatsminister Schwarz.

Armin Schwarz, Minister für Kultus, Bildung und Chancen:

Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Abgeordneter Meier! Es ist mir eine große Freude, dass Sie sich auch noch in den Fragenreigen einschalten. Gerne komme ich darauf zu sprechen. Ich bin Ihnen dankbar für die Fragestellung, weil das Fach „Digitale Welt“ wirklich ein sehr großer Erfolg ist.

Sie wissen, dass wir an dieser Stelle großes Interesse geweckt haben. Die digitale Bildung hat mit der „Digitalen Welt“ als Schulversuch im aktuellen Schuljahr eine Benchmark erreicht. 80 Schulen sind mittlerweile mit an Bord. Dadurch können mittlerweile 542 Klassen in den Jahrgängen 5 und 6 teilnehmen. Die Kinder lernen in zwei zusätzlichen Stunden pro Woche anhand konkreter Aufgaben unter anderem aus den Bereichen Ökonomie und Ökologie informatische Grundlagen wie Programmieren oder die Funktionsweise von Algorithmen. Zudem greift das Fach wichtige Themen wie Datenschutz, Cyberkriminalität und die verantwortungsbewusste Mediennutzung auf.

Zur Umsetzung des Koalitionsvertrags steht im Übrigen die ganze Legislaturperiode zur Verfügung. Darüber hinaus bietet – das will ich unterstreichen – die große Mehrheit der weiterführenden Schulen Informatikunterricht an. Insofern ist das ein Zusammenwirken von verschiedenen Faktoren. Herr Abgeordneter Meier, ich glaube, Sie können

sich anhand der Dinge, die wir zusammenbinden, auch mit dem tollen Schulversuch „Digitale Welt“, fest darauf verlassen, dass wir dieses Thema sehr ernst nehmen und auch in Zukunft unterstützen werden.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank.

Ich rufe **Frage 136** auf und darf Herrn Abgeordneten Schenk von der AfD das Wort erteilen.

Patrick Schenk (Frankfurt) (AfD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Ich frage die Landesregierung:

Hält sie in Anbetracht der Steigerung der Zahl offener Ermittlungsverfahren um 31 % in den Jahren 2022 und 2023 die im Haushalt vorgesehene Schaffung neuer Stellen für die überlasteten hessischen Staatsanwaltschaften für ausreichend?

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank. – Für die Landesregierung darf ich das Wort Herrn Minister Heinz, dem Minister der Justiz und für den Rechtsstaat, geben.

Christian Heinz, Minister der Justiz und für den Rechtsstaat:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Sehr geehrter Herr Abgeordneter Schenk, lassen Sie mich bitte zunächst die Zahlen in den richtigen zeitlichen Kontext setzen. Anders als Ihre Frage insinuiert, ist der Bestand offener Ermittlungsverfahren in den Jahren 2022 und 2023 in Hessen um 11,54 % angestiegen. Zwischen 2021 und Ende 2024 beträgt der Gesamtanstieg 31,54 %, wobei im abgelaufenen Jahr 2024 die Zahl der offenen Verfahren im Vergleich zum Jahr 2023 nicht mehr angestiegen ist.

Der Hessischen Landesregierung und mir als Justizminister ist ganz besonders daran gelegen, dass wir einen starken und handlungsfähigen Rechtsstaat haben. Das ist zentrale Priorität des Regierungshandelns.

Gerade auf den Bereich der durch steigende Fallzahlen und komplexere Fallgestaltungen belasteten Staatsanwaltschaften haben wir deshalb wie in den zurückliegenden Jahren auch beim Haushaltsentwurf für das Jahr 2025 einen ganz besonderen Fokus gelegt. Ich darf an die jüngere Vergangenheit erinnern. So wurden bereits mit dem Haushalt 2022 sowie dem Doppelhaushalt 2023/2024 insgesamt 49 Planstellen für Staatsanwältinnen und Staatsanwälte, neun für Amtsanwältinnen und Amtsanwälte sowie 52 Planstellen im sonstigen nicht staatsanwaltschaftlichen Dienst bei den Staatsanwaltschaften und der Amtsanwaltschaft neu geschaffen.

Trotz der schwierigen Haushaltslage wurde über den Doppelhaushalt 2023/2024 hinaus bereits im Nachtragshaushalt für das Jahr 2024 ein weiterer Stellenaufbau um zehn Planstellen für Staatsanwältinnen und Staatsanwälte beschlossen. Darüber hinaus kam es im Rahmen des Haushaltsvollzugs der Jahre 2023 und 2024 aufgrund von Binnenverschiebungen zugunsten der Staatsanwaltschaften zu einem

weiteren Zuwachs von 15 Stellen im nicht staatsanwalt-schaftlichen Dienst.

Im Haushaltsplanentwurf 2025 ist es gelungen, trotz der außerordentlich schwierigen Haushaltslage eine weitere Stärkung der Staatsanwaltschaften um insgesamt 100 zusätzliche Planstellen dem Landtag, also Ihnen allen, vorzuschlagen, davon 50 Planstellen für Staatsanwältinnen und Staatsanwälte, fünf Planstellen im amtsanwaltschaftlichen Bereich sowie 45 Planstellen im sonstigen nicht staatsanwaltschaftlichen Dienst.

Mit dem Inkrafttreten des Haushaltsgesetzes 2025 wird sich dann in Summe für die Haushaltsjahre 2022 bis 2025 ein Stellenaufwuchs bei den Staatsanwaltschaften und der Amtsanwaltschaft von insgesamt 225 Planstellen ergeben. Die Erhöhung der Zahl der Planstellen allein für die Staatsanwältinnen und Staatsanwälte wird seit dem Jahr 2022 rund 21 % betragen.

Nach vollzogener Stellenbesetzung und Einarbeitung geht die Landesregierung davon aus, dass der Stellenaufbau, verbunden mit der hohen Leistungsfähigkeit und Motivation unserer Bediensteten der hessischen Staatsanwaltschaften, in den kommenden Jahren zu einem sukzessiven Abbau der noch offenen Verfahren führen wird.

Als erste positive Tendenz kann festgestellt werden, wie ich eingangs erläutert habe, dass zumindest im zurückliegenden Jahr ein weiterer Anstieg gestoppt werden konnte. Die Landesregierung wird auch in künftigen Haushaltsjahren die Geschäfts- und Belastungsentwicklung weiterhin sehr genau beobachten und bei Bedarf erforderliche Anpassungen in den anstehenden Haushaltsaufstellungsverfahren vornehmen, und selbstverständlich auch in der Binnenverteilung der zur Verfügung stehenden Stellen in der hessischen Justiz.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Für eine Nachfrage hat sich der Fragesteller, Herr Schenk, zu Wort gemeldet. Sie haben das Wort.

Patrick Schenk (Frankfurt) (AfD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Herr Staatsminister, angesichts der zuletzt gemachten Äußerung möchte ich Sie fragen: Ist Ihnen die Bewertung des Geschäftsführers des Deutschen Richterbundes, Herrn Rebehn, bekannt, der in der Januar-Ausgabe der „Deutschen Richterzeitung“ gesagt hat, dass der Justizanteil an den Gesamtausgaben des Landes Hessen von 2,4 % im Jahr 2020 auf nur noch 2,2 % im Jahr 2024 gesunken ist, während die Gesamtausgaben des Landes Hessen im gleichen Zeitraum um mehr als 30 % gestiegen sind?

(J. Michael Müller (Lahn-Dill) (CDU): Er ist aber nicht gesunken!)

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank. – Herr Staatsminister, Sie haben erneut das Wort.

Christian Heinz, Minister der Justiz und für den Rechtsstaat:

Vielen Dank. – Herr Abgeordneter Schenk, ich kenne selbstverständlich Herrn Rebehn und habe ihn auch schon persönlich getroffen. Ich lese auch regelmäßig die „Deutsche Richterzeitung“. Selbstverständlich vertritt Herr Rebehn als Vertreter einer Berufsgruppe sehr engagiert deren Interessen. Wenn Sie eben dargestellt haben, wie stark das Haushaltsvolumen in dieser Zeit gestiegen ist, können Sie auch sehen, dass in absoluten Zahlen natürlich auch der Justizhaushalt in dieser Zeit massiv angewachsen ist.

Sie können mit dieser Frage nicht redlich versuchen, zu insinuieren, dass die Bedeutung der Justiz gesunken sei. Wir haben andere Bereiche im Landeshaushalt, die sehr viel stärker gewachsen sind – aus den unterschiedlichsten, auch globalen Gründen. Allein in dieser Zeit gab es auch noch ausklingende Corona-Hilfen im Landeshaushalt. Das können Sie so nicht ins Verhältnis setzen.

Ich kann feststellen, dass mit dem stark gewachsenen Haushaltsvolumen auch die Ausstattung der Justiz, ihrer Bedeutung entsprechend, massiv gestiegen ist.

(Beifall J. Michael Müller (Lahn-Dill) (CDU))

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank. – Für eine Nachfrage hat Frau Abgeordnete Schardt-Sauer von den Freien Demokraten das Wort.

Marion Schardt-Sauer (Freie Demokraten):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Eine Nachfrage an die Landesregierung bzw. an den Herrn Minister. Wir haben jetzt viel von Zahlen und Prozenten gehört. Aber wichtig ist, was draußen ankommt, was sich wirklich bewegt; und das Wichtigste ist unstrittig, dass die Strafe möglichst nah bei Fuß folgen soll. Daher meine Frage: Wie hat sich denn die Dauer der Ermittlungsverfahren in den letzten fünf Jahren entwickelt?

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank. – Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Christian Heinz, Minister der Justiz und für den Rechtsstaat:

Vielen Dank. – Frau Abgeordnete Schardt-Sauer, die durchschnittliche Verfahrensdauer bei den Staats- und Amtsanwaltschaften – die dem Landtag auch schon auf andere parlamentarische Fragen mitgeteilt wurde – bewegt sich in den vergangenen fünf Jahren immer zwischen zwei und gut zweieinhalb Monaten. Wir hatten im Jahr 2020 eine durchschnittliche Verfahrensdauer von 2,1 Monaten, im Jahr 2021 von 2,3 Monaten, im Jahr 2022 von 2,2 Monaten, im Jahr 2023 von 2,4 Monaten und im Jahr 2024 von 2,6 Monaten – wobei ich ausdrücklich darauf hinweisen möchte, dass Verschiebungen von 0,2 Monaten hin und her faktisch bedeuten, dass wir von fünf bis sechs Tagen sprechen.

Ich möchte ausdrücklich festhalten, dass die Staatsanwaltschaften – zu Recht – eine der schnellsten Einheiten sind, die die Justiz überhaupt kennt. Das gilt nicht nur in Hes-

sen, sondern bundesweit. Sie arbeiten hoch professionell und sehr schnell. Diese Verschiebungen zum Teil um 0,1 bis 0,2 Monate im Jahresmittel betreffen wenige Tage. Das kann an einzelnen Standorten durchaus auch damit zusammenhängen, dass ganz besonders komplexe Verfahren, die Ihnen allen bekannt sind – große Verfahren mit der Auswertung von Kryptohandy-Chats, große Wirtschaftsstrafsachen –, auch mal mehr als diese zwei bis zweieinhalb Monate dauern. Das hat natürlich immer Einfluss auf den Schnitt. Aber in der Masse kann man festhalten, dass die Staatsanwaltschaften weiterhin sehr schnell und effizient arbeiten.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank. – Nun hat erneut der Abgeordnete Schenk das Wort. Bitte schön.

Patrick Schenk (Frankfurt) (AfD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Herr Staatsminister, ich habe den letzten Zahlen entnommen, dass wir in den letzten Jahren doch einen gewissen Steigerungsprozess feststellen können. Können Sie vielleicht auch feststellen, dass es einen Zusammenhang zwischen der fortdauernden Überlastung der hessischen Justiz, insbesondere der Strafjustiz, und der Rekordzahl von elf Fällen von vorzeitigen Haftentlassungen aus der U-Haft im Jahr 2024 gibt?

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank. – Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Christian Heinz, Minister der Justiz und für den Rechtsstaat:

Vielen Dank. – Herr Abgeordneter Schenk, das kann man ausdrücklich nicht feststellen, dem widerspreche ich auch ganz massiv. Wir werden uns vermutlich in der nächsten Sitzung des Rechtsausschusses noch darüber unterhalten, weil parlamentarische Nachfragen dazu vorliegen. Da können wir das gern in der Breite erläutern.

Haftsachen sind bei den Staatsanwaltschaften immer priorisiert. Wir haben eher Effekte, die mit der Masse der Eingänge zu tun haben. Sie haben mit Ihrer Frage auch darauf hingewiesen – und ich habe es entsprechend beantwortet –, dass wir diesen Anstieg der Zahl offener Verfahren von 31 % über die letzten vier Jahren hatten. Ich habe Ihnen auf Ihre Frage auch dargelegt, das hat mit der stark gestiegenen Kriminalität der vergangenen Jahre zu tun. Das bezieht sich aber ausdrücklich nicht auf die Fälle, die mit Haft zu tun haben, sondern diese stärkere Belastung hat mehr mit der allgemeinen Alltagskriminalität, Roheitsdelikten, wie sie auch aus der Polizeilichen Kriminalstatistik hervorgehen, und Wirtschaftskriminalität zu tun. Einen Zusammenhang mit den in Ihrer Frage genannten Fällen sehe ich ausdrücklich nicht.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank. – Für die letztmögliche Frage hat sich der Abgeordnete Jörg Michael Müller der CDU-Fraktion gemeldet. Herr Müller, Sie haben das Wort.

J. Michael Müller (Lahn-Dill) (CDU):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Herr Staatsminister, ich frage Sie oder die Landesregierung ergänzend: Verstehe ich es richtig, dass in Anbetracht einer Verfahrensdauer von mehr als sechs Monaten im Bundesdurchschnitt das Land Hessen außergewöhnlich gut dasteht?

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank. – Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Christian Heinz, Minister der Justiz und für den Rechtsstaat:

Vielen Dank. – Herr Abgeordneter Müller, ich habe die Zahlen im Bundesdurchschnitt nicht für alle Länder komplett präsent. Ich kann Ihnen nur sagen, dass die hessischen Staatsanwaltschaften sehr schnell und effizient arbeiten. Wie das anderswo ist, das müssen die anderen Kollegen beantworten.

(Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten): Das müsst ihr besser abstimmen, wenn er den Ball so zuspielt!)

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank.

Ich rufe nun die **Frage 139** auf und darf dem Fraktionsvorsitzenden der Freien Demokraten das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Dr. Naas.

Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Ich frage die Landesregierung:

Wann kommt denn das von Ministerpräsident Rhein im November 2024 gegenüber dem Redaktionsnetzwerk Deutschland angekündigte Sofortpaket für die Wirtschaft – gemeint ist die Bundesratsinitiative –, welches die Abschaffung des Soli für Unternehmen, eine Halbierung der Netzentgelte und erweiterte Abschreibungsmöglichkeiten für Investitionen vorsehen sollte?

(Zuruf: Alsbald!)

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank. – Für die Beantwortung darf ich das Wort an Herrn Staatssekretär Kuhn, Chef der Staatskanzlei, geben. Herr Kuhn, Sie haben jetzt die Möglichkeit, zu antworten.

Benedikt Kuhn, Staatssekretär und Chef der Staatskanzlei:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Sehr geehrter Herr Fraktionsvorsitzender, ich finde es insofern bemerkenswert, dass Sie diese Frage stellen, als Sie mit der FDP bis vor wenigen Wochen an der Ampelregierung im Bund beteiligt waren und die Chance hatten, dieses Sofortpaket umzusetzen, den Soli abzuschaffen, die Energiepreise zu senken, die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes zu stärken.

(Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten): Im November schon nicht mehr!)

Diese Chance haben Sie nicht genutzt. Am Sonntag hat Deutschland neu gewählt, und ich kann Ihnen versichern: Die Vorschläge unseres Ministerpräsidenten zu einem Sofortpaket, zu einem Comeback-Plan liegen in Berlin auf dem Tisch, und wir setzen uns dafür ein, das in den Koalitionsverhandlungen entsprechend zu verankern. Wir sind davon überzeugt, dass das dringend notwendig ist. Nach einer jahrelangen Rezession ist Deutschland deutlich unter seinen Möglichkeiten geblieben.

Wir in Hessen zeigen mit der christlich-sozialen Koalition, wie es anders geht: mit der aktiven Wirtschaftspolitik unseres Ministerpräsidenten und auch unseres Wirtschaftsministers und mit einem klaren Ergebnis.

(Beifall J. Michael Müller (Lahn-Dill) (CDU))

Wir sehen, dass Deutschland schrumpft, Hessen aber wächst. Das brauchen wir jetzt auch im Bund. Wir sind zuversichtlich, dass das mit einer neuen Regierung gelingen kann. – Vielen Dank.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank, Herr Staatssekretär. – Es gibt aber eine Nachfrage von Herrn Dr. Naas. Sie haben das Wort. Bitte schön.

Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten):

Vielen Dank. – Ich habe fast geahnt, dass so eine Antwort kommt. Ich will es nur präzisieren: Sehr geehrte Landesregierung, sehe ich es richtig, dass die Bundsratsinitiative jetzt obsolet ist und sozusagen alles 1 : 1 in den Koalitionsvertrag einfließt?

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank. – Herr Staatssekretär, Sie haben das Wort.

Benedikt Kuhn, Staatssekretär und Chef der Staatskanzlei:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Sehr geehrter Herr Abgeordneter, wir wollen den Gesprächen im Bund an der Stelle nicht vorgreifen. Wie gesagt, wir sind zuversichtlich, dass das Eingang in den Koalitionsvertrag finden wird, und behalten uns vor, das über das Land entsprechend zu flankieren.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Das war mir doch klar. Herr Dr. Naas, Sie haben erneut das Wort. Bitte schön.

Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten):

Es tut mir leid, dass ich da insistiere, weil da von Sofortprogramm die Rede war und das bei mir gewisse Assoziationen hervorruft, nämlich dass es dann auch sofort kommt und nicht nur an rangbereiter Stelle liegen bleibt. Bis wann kann ich denn mit Initiativen rechnen?

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank. – Das Wort hat Herr Staatssekretär Kuhn.

Benedikt Kuhn, Staatssekretär und Chef der Staatskanzlei:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Wir können seitens der Landesregierung jetzt nicht den Zeitplan für den Bund kommentieren. Aber Sie können der Presse entnehmen, dass dort ein straffes Verfahren in Planung ist. Dementsprechend, glaube ich, kann man an der Stelle auch weiterhin von einem Sofortprogramm sprechen. – Vielen Dank.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank.

Ich rufe **Frage 141** auf. Das Wort hat Frau Abgeordnete Feldmayer von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Martina Feldmayer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Vielen Dank. – Ich frage die Landesregierung:

Wann liegt ein konkretes Konzept für die Evaluierung der FSC-Zertifizierung des hessischen Staatswaldes vor?

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank, Frau Feldmayer. – Das Wort hat der Minister für Landwirtschaft und Umwelt, Weinbau, Forsten, Jagd und Heimat. Herr Staatsminister Jung, Sie haben das Wort.

Ingmar Jung, Minister für Landwirtschaft und Umwelt, Weinbau, Forsten, Jagd und Heimat:

Frau Präsidentin, Frau Abgeordnete Feldmayer! Das konkrete Konzept für die Evaluierung der FSC-Zertifizierung des Staatswaldes wird derzeit in Zusammenarbeit mit der Nordwestdeutschen Forstlichen Versuchsanstalt, dem Landesbetrieb Hessen-Forst und dem Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt, Weinbau, Forsten, Jagd und Heimat erarbeitet.

Im Rahmen der Evaluierung soll gemäß dem Landtagsbeschluss vom 20. Juni 2024 insbesondere geprüft werden, inwiefern die FSC-Standards mit den genannten Erfordernissen eines klimaangepassten Waldumbaus und einer naturnahen und nachhaltigen Waldwirtschaft zu vereinbaren sind oder ob sich die waldbaulichen und naturschutzfachlichen Ziele ohne Anwendung dieser Standards und unter Berücksichtigung der Auswirkungen des Klimawandels effizienter und unbürokratischer erreichen lassen.

Dabei sollen die langjährigen Erfahrungen der Försterinnen und Förster des Landesbetriebs Hessen-Forst, die sich in der Praxis um den Staatswald kümmern, in besonderer Weise einbezogen werden.

Ein erster Bericht der Nordwestdeutschen Forstlichen Versuchsanstalt und des Landesbetriebs Hessen-Forst liegt derzeit vor und wird in meinem Haus geprüft. Im Übrigen erlaube ich mir, auf die Beantwortung der von Ihnen gestellten Kleinen Anfrage zu verweisen.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Für eine erneute Nachfrage hat Frau Abgeordnete Feldmayer das Wort.

Martina Feldmayer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Halten Sie an dem Versprechen fest, dass an den hohen Naturschutzstandards im hessischen Staatswald festgehalten wird? Das bedeutet, dass die Naturschutzleitlinie und die Richtlinie für die Bewirtschaftung des Staatswaldes nicht geändert werden.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank. – Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Ingmar Jung, Minister für Landwirtschaft und Umwelt, Weinbau, Forsten, Jagd und Heimat:

Leitlinien und Richtlinien werden von der Landesregierung regelmäßig überprüft, so auch die von Ihnen angesprochenen. Sie werden alle in turnusmäßigen Abständen evaluiert, und es erfolgen möglicherweise Anpassungen. Ich kann hier nicht das Versprechen abgeben, Richtlinien nie zu ändern.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Präsidentin Astrid Wallmann:

Liebe Frau Feldmayer, Sie haben erneut das Wort für eine Nachfrage.

Martina Feldmayer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich habe konkret nach der Naturschutzleitlinie und der Richtlinie für die Bewirtschaftung des Staatswaldes gefragt, weil beide Richtlinien in dem Antrag der CDU und der SPD genannt werden, in dem eine Evaluierung gefordert wird, aber auch gefordert wird, dass an den hohen Naturschutzstandards festgehalten wird. Ich frage Sie noch einmal: Bleibt es dabei, dass die hohen Naturschutzstandards gehalten werden, oder planen Sie, diese Standards zu reduzieren?

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank, Frau Feldmayer. – Das Wort hat der Herr Staatsminister.

Ingmar Jung, Minister für Landwirtschaft und Umwelt, Weinbau, Forsten, Jagd und Heimat:

Frau Abgeordnete, wir überprüfen gerade im Rahmen der Evaluierung der FSC-Zertifizierung, ob wir die hohen naturschutzfachlichen Ziele und den klimaresilienten Waldumbau ohne die Bedingungen, zu denen uns FSC verpflichtet, vielleicht sogar besser erreichen können. Deswegen ist eine einerseits unbürokratische und andererseits den hohen naturschutzfachlichen Standards genügende Umsetzung des Waldumbaus in Hessen das Ziel der ganzen Maßnahme. Deshalb verstehe ich nicht, warum Sie Zweifel daran haben, dass wir die hohen Standards weiterhin erfüllen wollen.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank.

Ich rufe **Frage 142** auf und darf das Wort an die Abgeordnete Marion Schardt-Sauer von der Fraktion der Freien Demokraten geben. Frau Schardt-Sauer, Sie haben das Wort.

Marion Schardt-Sauer (Freie Demokraten):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Ich frage die Landesregierung:

Wie ist der aktuelle Stand hinsichtlich der Strafverfolgung der Beteiligten im Verfahrenskomplex „Justizskandal“ um den ehemaligen Oberstaatsanwalt Alexander B.?

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank. – Für die Beantwortung gebe ich das Wort an den Minister der Justiz und für den Rechtsstaat, Herrn Staatsminister Heinz. Sie haben das Wort.

Christian Heinz, Minister der Justiz und für den Rechtsstaat:

Vielen Dank für die Erteilung des Wortes. – Sehr geehrte Frau Abgeordnete Schardt-Sauer, ich verstehe Ihre Frage so, dass sie sich vornehmlich auf Beteiligte aus dem Justizbereich bezieht. Ich hoffe, das ist richtig.

Insofern kann ich zum aktuellen Stand Folgendes mitteilen. Wie ich den Obleuten des Rechtspolitischen Ausschusses mit Schreiben vom 6. Januar 2025 mitgeteilt habe, ist das Verfahren gegen einen Staatsanwalt rechtskräftig abgeschlossen. Die Staatsanwaltschaft hat wegen eines vermeintlichen Falls der Beihilfe zur Untreue gegen den vormals Beschuldigten den Erlass eines Strafbefehls beantragt. Das Amtsgericht hat den Erlass eines Strafbefehls mit Beschluss vom 17. Dezember 2024 abgelehnt, da es davon ausging, dass eine Kenntnis des vormals Beschuldigten von den Untreuehandlungen des Alexander B. nicht nachgewiesen werden könne.

Hinsichtlich des verbleibenden Staatsanwalts hat das Landgericht Frankfurt durch Beschluss vom 24. Januar 2025 das Hauptverfahren eröffnet und die Anklage zugelassen. Das Landgericht hat Hauptverhandlungstermine ab April 2025 anberaumt. Auch hierüber habe ich die Obleute des Rechtspolitischen Ausschusses mit Schreiben vom 13. Februar 2025 informiert. Über die Anklageerhebung hatte ich die Obleute bereits mit Schreiben vom 27. Februar 2024 in Kenntnis gesetzt.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank. – Frau Schardt-Sauer, Sie haben eine Nachfrage. Bitte schön.

Marion Schardt-Sauer (Freie Demokraten):

Herr Minister, Sie haben den Obleuten nur geschrieben, dass Sie die Presseberichterstattung bestätigen. Ich weiß nicht, wer schneller einen Erkenntnisgewinn hatte, die geneigte Öffentlichkeit oder die Obleute. Das ist deshalb ein Thema, weil Sie immer ausführen, Sie hätten die Obleute

informiert. Ich glaube, manchmal ist da die Presselektüre der bessere Weg.

Wie man jetzt merkt, sind neben dem genannten Oberstaatsanwalt durchaus weitere Akteure beteiligt. In diesem Zusammenhang die Frage: Es gibt ja eine größere Schadenersatzforderung des Landes Hessen, noch von Ihrem Amtsvorgänger – der auf die andere Seite der Regierungsbank gewechselt ist – mit initiiert. Wie ist der Sachstand bezüglich dieser Schadenersatzforderung? Da ist ja auch die Frage, ob die Steuerzahler auf die Realisierung dieser Forderung hoffen können und inwieweit sich das rechtlich auf die Dienstbezüge auswirkt.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete. – Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Christian Heinz, Minister der Justiz und für den Rechtsstaat:

Frau Schardt-Sauer, vielen Dank für die Nachfrage. – Zu Ihrer ersten Bemerkung – ich weiß nicht, ob das der erste Teil Ihrer Nachfrage ist –: Es ist zutreffend, dass die Presse bereits am 12. Februar über die Eröffnung der Hauptverhandlung berichtet hat. Wie in dem Schreiben an die Obleute mitgeteilt wurde, war das zu einem Zeitpunkt, zu dem die Entscheidung der Staatsanwaltschaft noch nicht zugestellt worden war. Eine Unterrichtung konnte erst nach der Zustellung erfolgen. Auf diesen Umstand habe ich in meinem Schreiben an die Obleute vom 13. Februar 2025 hingewiesen.

Was die Schadenersatzforderung angeht, kann ich Ihnen ganz allgemein sagen, dass alles, was möglich ist, geltend gemacht wird. Das sollten Sie aber aus den Rechtsausschusssitzungen wissen. Was im Ergebnis beigetrieben oder nicht beigetrieben werden kann, wird man dann sehen. Im weiteren Verfahren ist es aber so, dass zivilrechtlich erst einmal alles geltend gemacht wird und verfolgt wird, was möglich ist.

Was die Dienstbezüge angeht, will ich nur ganz allgemein sagen, dass ich zu allen disziplinarrechtlichen und dienstrechtlichen Fragen in öffentlicher Sitzung keine vertiefte Auskunft geben kann und Ihnen deshalb vorschlage, dass wir das im Kreis der Obleute gesondert besprechen.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Mir liegen keine weiteren Nachfragen vor.

Ich rufe die **Frage 143** auf und darf das Wort an den Abgeordneten Pürsün von der Fraktion der Freien Demokraten geben. Herr Pürsün, bitte schön.

Yanki Pürsün (Freie Demokraten):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Ich frage die Landesregierung:

Hält sie angesichts vieler Grundsteuersteigerungen in den Kommunen, die über die zum Zweck der Aufkommensneutralität durch das Land empfohlenen Hebesätze hinausge-

hen, das gewählte Modell der Grundsteuer in Hessen für inzwischen verfehlt?

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank. – Für die Beantwortung darf ich das Wort an den Staatsminister der Finanzen, Herrn Prof. Lorz geben.

Prof. Dr. R. Alexander Lorz, Minister der Finanzen:

Nein, Herr Abgeordneter Pürsün, wir halten das Modell keineswegs für verfehlt. Im Gegenteil, das in der letzten Legislaturperiode erlassene Hessische Grundsteuergesetz und das ihm zugrunde liegende Flächen-Faktor-Verfahren ist und bleibt der richtige Weg für eine einfache und verfassungskonforme Neuregelung der Grundsteuer.

Das Hebesatzverhalten von Kommunen sagt über die Tauglichkeit des Modells überhaupt nichts aus; denn das Grundsteuermodell – das trifft auf alle Modelle zu, die in der Fläche unterwegs sind – regelt immer nur die Ermittlung der Steuerbemessungsgrundlage. Egal, zu welcher Steuerbemessungsgrundlage man kommt, am Ende kommen immer die Hebesätze der Kommune obendrauf, und je nachdem, ob die Steuerbemessungsgrundlage höher oder niedriger ist und welches Aufkommen man erzielen will, muss man seine Hebesätze entsprechend anpassen. Das ist etwas, was allen Modellen gemeinsam ist, ganz einfach deshalb, weil die Grundsteuer so konzipiert ist.

Ich erlaube mir den Hinweis, dass Ihre eigene Fraktion im nordrhein-westfälischen Landtag unter Drucks. 18/49 vor etwas mehr als zwei Jahren ausdrücklich gefordert hat, dem hessischen Weg zu folgen, und dass der Gesetzentwurf, den die Freien Demokraten in den nordrhein-westfälischen Landtag eingebracht haben, nahezu eine 1:1-Kopie des Hessischen Grundsteuergesetzes war. Insofern rege ich an, dass Sie sich mit Ihren nordrhein-westfälischen Parteikolleginnen und -kollegen einmal darüber austauschen, warum auch sie der Meinung sind, dass wir hier in Hessen ein gutes Modell gewählt haben.

Wenn ich aus der Begründung zitieren darf: So schreibt die nordrhein-westfälische FDP in der Begründung zu dem Gesetzentwurf, dass mit der Einführung des hessischen Modells auch in Nordrhein-Westfalen – das bekanntlich dem Bundesmodell gefolgt ist und das, glaube ich, danach ziemlich bereit hat – die sehr kritischen grundsteuerlichen Lastenverschiebungen zum Nachteil der Wohngrundstücke in Nordrhein-Westfalen vermieden worden wären. In der Tat treten bei uns in Hessen auch keine solchen kritischen Belastungsverschiebungen zwischen Wohnen und Nicht-Wohnen auf. Vielmehr verteilen sich die neuen Steuermessbeträge auf die einzelnen Grundstücksgruppen faktisch nahezu genauso wie im alten Recht. Das ist bei einer Reform mit solch erheblicher Tragweite eine bemerkenswerte Punktlandung.

(Beifall J. Michael Müller (Lahn-Dill) (CDU))

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank. – Für eine Nachfrage darf ich das Wort erneut an Herrn Abgeordneten Pürsün geben.

Yanki Pürsün (Freie Demokraten):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Vielen Dank, Herr Staatsminister. – In dieser Frage sollten Sie lieber auf das hören, was die Kollegin Schardt-Sauer dazu in der Vergangenheit gesagt hat und bald auch wieder sagen wird.

(Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten): Sehr richtig!)

Ihnen scheint entgangen zu sein, dass es vom Land Hessen Hebesatzempfehlungen gibt, inklusive dem Zusatz, wenn die Kasse nicht reicht, dann den Hebesatz noch weiter zu erhöhen. Die Finanzen der Stadt Frankfurt sind in dieser Wahlperiode sehr gut, und die Stadt Frankfurt ist genau Ihrer Hebesatzempfehlung gefolgt. Beunruhigt es Sie, dass in Frankfurt CDU und LINKE Hand in Hand die Ergebnisse Ihrer Hebesatzempfehlung bei der Grundsteuer ablehnen?

(J. Michael Müller (Lahn-Dill) (CDU): Was ist das für eine Frage?)

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank, Herr Pürsün. – Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Prof. Dr. R. Alexander Lorz, Minister der Finanzen:

Lieber Herr Kollege Pürsün, noch einmal: Das alles sind Fragen, die mit dem zugrunde liegenden Modell nichts zu tun haben, sondern die Frage der Aufkommensneutralität – – Wir werden ja am Donnerstag in diesem Hohen Hause dazu noch einmal eine Debatte haben. Da können wir uns auch gerne über die Frage der Hebesatzempfehlungen unterhalten. Aber, noch einmal: Die Frage, wie der Grundsteuermessbetrag zustande kommt, ist davon vollkommen unabhängig.

Was schließlich die Frage der Hebesatzempfehlungen selbst angeht – so viel will ich dann vielleicht doch von der Debatte vorwegnehmen –, das ist zunächst einmal eine rein mathematische Operation, die durchaus komplex ist. Deswegen haben wir uns da auch wissenschaftlicher Unterstützung bedient. Aber es ist eine rein mathematische Operation, wenn man die neue Steuerbemessungsgrundlage hat und das alte Grundsteueraufkommen kennt – egal, in welcher Kommune –, dann einfach anhand dessen festzustellen, was für ein Hebesatz wieder zu genau dem gleichen Grundsteueraufkommen in dieser Kommune führen würde.

Was die Kommune dann tatsächlich aus dieser Empfehlung macht, bleibt ihre politische Entscheidung. Aber, wie gesagt, das können wir gerne am Donnerstag in der Debatte noch weiter vertiefen.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Als Nächster hat der Abgeordnete Schenk der AfD-Fraktion das Wort.

Patrick Schenk (Frankfurt) (AfD):

Der Herr Staatsminister hat auf die mathematische Komplexität hingewiesen. Ich ziehe meine Frage zurück.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Aber Herr Abgeordneter Pürsün hat erneut eine Nachfrage. Sie haben jetzt das Wort.

Yanki Pürsün (Freie Demokraten):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Vielleicht können wir gemeinsam die Hessinnen und Hessen dazu aufrufen, sich bei Beschwerden über die absolute Höhe der neuen Grundsteuer dann auch an Sie zu wenden.

(Heiterkeit Oliver Stirböck (Freie Demokraten))

Sie scheinen ja die Beschwerden da nicht zu kennen. Haben Sie denn irgendeiner Kommune empfohlen – Sie tun so, als ob Sie mit den kommunalen Finanzen überhaupt nichts zu tun hätten –, aufgrund Ihres sehr verzerrenden Modelles einen Hebesatz von null zu beschließen?

(Zuruf J. Michael Müller (Lahn-Dill) (CDU))

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank. – Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Prof. Dr. R. Alexander Lorz, Minister der Finanzen:

Ohne jetzt alle 421 – oder wie viele – Kommunen im Blick zu haben: Ich glaube, ein Hebesatz von null war nicht dabei. Das könnte auch tatsächlich ein bisschen problematisch werden in den Auswirkungen auf die Kommunalfinanzen. Deswegen war das, glaube ich, nicht Teil unserer Empfehlungen. Aber, noch einmal: Ihre ursprüngliche Frage zielte auf das Modell, das wir für die Grundsteuer in Hessen gewählt haben.

(Beifall J. Michael Müller (Lahn-Dill) (CDU))

All Ihre Nachfragen zu den Hebesätzen haben mit der Frage des Modells nichts zu tun.

(Yanki Pürsün (Freie Demokraten): Natürlich!)

Lassen Sie uns also die beiden Debatten einfach auseinanderhalten. Wir können gerne über das Modell diskutieren. Zu dem Modell darf ich Ihnen aber auch sagen, dass selbst der Bund der Steuerzahler, der nun wirklich – das ist auch sein Job – nicht dafür bekannt ist, bei Steuerreformen, die nicht klar auf eine Entlastung der Bürgerinnen und Bürger gerichtet sind, „Hurra“ zu rufen, uns bescheinigt hat: Dieses Modell, das wir in Hessen gewählt haben, um die Grundsteuermessbeträge zu berechnen, ist fair, gerecht, handhabbar, einfach. Gegen das Modell gibt es keine Einwände.

Über die Hebesätze kann man dann kommunenspezifisch oder kommunenscharf diskutieren. Auf diese weitere Debatte freue ich mich. Dazu beantworte ich auch ohne Zweifel viele Briefe.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank. – Wir sind damit am Ende der Fragestunde angekommen.

(Die Fragen 144 bis 149 sollen auf Wunsch der Fragestellerin und der Fragesteller in der nächsten Fragestunde beantwortet werden.)

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

**Erste Lesung
Gesetzentwurf
Fraktion der Freien Demokraten
Zweites Gesetz zur Änderung der Hessischen Bauordnung (Erste-Hilfe-Set HBO)
– Drucks. 21/1701 –**

Die vereinbarte Redezeit beträgt fünf Minuten. Nun weiß ich auch, wer zu diesem Tagesordnungspunkt seitens der Freien Demokraten sprechen möchte: Einbringen wird den Gesetzentwurf der Fraktionsvorsitzende, Herr Dr. Naas, Sie haben das Wort.

Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Bau- und Immobilienbranche in Hessen geht es weiter schlecht – so muss man es sagen. Die Baugenehmigungen gehen zurück. Die Branche hat mit hohen Baukosten zu kämpfen. Es gibt deswegen teilweise schon die Flucht in den geförderten Wohnungsbau, eine Flucht, die am Ende nicht belohnt wird; denn das Land Hessen – wir haben es heute bei der Aussprache zum Haushalt schon gehört – kommt diesen Anträgen nur sehr eingeschränkt nach, und es bleiben einige Anträge liegen, obwohl es anders im Koalitionsvertrag stand und zu lesen war.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, am 18. Februar – das ist noch nicht so lange her – haben die Verbände einen Brandbrief geschrieben. Den habe ich hier mitgebracht. Die Baugenehmigungen gehen seit 2021 zurück. Die Verbände schreiben hier: „halbiert“. Die hessische Wirtschaft sagt – Frau Kollegin Barth –: zügig Baukosten senken, neue Bauflächen schaffen und auf Markteingriffe verzichten. – So ist es richtig, und so kann man es auch zusammenfassen.

(Beifall Freie Demokraten)

Das sind die konkreten Vorschläge, die die Bauindustrie und die Immobilienbranche an Sie herangetragen hat, Herr Minister, und wir warten seit Monaten, auf eine Antwort. Wir haben im letzten Plenum ja gefeiert, wir haben gefeiert, dass es Vorschläge gibt – Frau Kollegin Barth –, Vorschläge, die nicht alle neu waren, die teilweise auch schon älter waren, aber die noch einmal zusammengefasst wurden. Es waren 20 Vorschläge einer Baukommission, die an Sie herangetragen wurden.

Ich kann nur sagen: Liebe Kolleginnen und Kollegen, Frau Kollegin Barth, wir hätten erwartet, dass wir in diesem Plenum einen Gesetzentwurf der Landesregierung zu diesen 20 Vorschlägen vorliegen haben und jetzt einmal debattieren können. Sie wissen ja, dass sich nur 15 dieser Vorschläge im engeren Sinne um den Wohnungsbau drehen, da sind viele andere Sachen mit dabei. Aber wenigstens einige dieser 15 Punkte hätten wir uns gewünscht.

Ich war ganz überrascht, aus der Geschäftsführerrunde – Kollege Stirböck – dann erfahren zu haben, dass in der Tat ein Entwurf der Landesregierung zur HBO in dieses Plenum kommen sollte – Gratulation. Aber ich war umso enttäuschter, lieber Herr Minister, dass sich dieser Gesetzentwurf zur HBO eben nicht ums Bauen dreht, zumindest nicht um den Wohnungsbau, sondern dass es da um Funkmasten geht. Wir werden darüber heute noch sprechen. Das

ist sicherlich ein wichtiges Thema – aber eben nicht zum Wohnungsbau.

(Zuruf Bijan Kaffenberger (SPD))

Meine Damen und Herren, wir Freie Demokraten haben dafür kein Verständnis.

(Beifall Freie Demokraten und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf Lisa Gnadt (SPD))

Wir brauchen jetzt ein Erste-Hilfe-Paket für die hessische Bauwirtschaft. Deswegen sagen wir: Wenn Sie die Bauordnung schon anpacken, dann können Sie das doch auch mit einigen Punkten, die hier unstrittig sind. Dann können Sie doch einige Punkte – ich hatte das schon angekündigt – vor die Klammer ziehen und eben etwas Tempo machen. Aber wenn Sie es nicht schaffen: Herr Minister, ich meine, das ist jetzt die neunte Initiative der Freien Demokraten auf dem Gebiet des Wohnungsbaus. Liebe Frau Kollegin Barth, es tut mir leid, im Fußball würde man sagen: Torverhältnis 9 : 0. Wann kommt denn einmal was?

(J. Michael Müller (Lahn-Dill) (CDU): Ihre Tabellensituation ist zurzeit auch schwierig!)

Jetzt werden schon Ballkontakte bejubelt, weil es irgendwie nichts anderes gibt. Es wird bejubelt, dass eine Kommission etwas abgegeben hat. Das ist zu wenig.

Deswegen sagen wir: Wir brauchen eine Initiative, und zwar eine schnelle Initiative, weil jeder Tag zählt. Deswegen sagen wir: Was wollen wir? Wir wollen weg mit den Schriftformerfordernissen. Bei einem Wechsel der Bauherrschaft ist das eben auch per E-Mail anzuzeigen. Das ist ein guter Vorschlag.

Wir wollen, dass bei Objekten über drei Wohnungen die Spielplatzpflicht entfällt. Wir finden, das ist Aufgabe des Bauherrn und nicht des Staates, zu entscheiden, ob ein Spielplatz geschaffen wird. Umgekehrt ist es nämlich so: Die Kommune muss für Spielplätze sorgen. Das ist eine öffentliche Aufgabe und keine private.

Deswegen sagen wir als Drittes auch: Beim Abbruch von Gebäuden sollen diese Vorhaben genehmigungsfrei sein. Das ist sehr gut, weil man schnell vorankommt. Man spart sich eine Baugenehmigung – meistens sind es zwei.

Dann wären wir noch bei der Baugenehmigung selbst. Sie soll für fünf und nicht für drei Jahre gelten. Das ist deswegen sehr gut, weil viele Baugenehmigungen jetzt durch die höheren Zinsen zurückgestellt sind und in wenigen Wochen oder Monaten vielleicht zur Anwendung kommen, wenn sie bis jetzt auf Halde liegen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das sind vier Maßnahmen, die in unseren Augen unstrittig sind und die wir gerne als ein Erste-Hilfe-Paket für die hessische Bauindustrie und die Wohnungswirtschaft auf den Weg bringen wollen. Wir freuen uns auf die Beratungen und auf das weitere Gesetzgebungsverfahren. – Vielen Dank.

(Beifall Freie Demokraten)

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank, Herr Dr. Naas. – Als Nächste hat die Abgeordnete Barth für die SPD-Fraktion das Wort.

Elke Barth (SPD):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es wurde schon gesagt: Nicht alle Vorschläge zur Änderung der Hessischen Bauordnung, die die Expertenkommission Mitte November letzten Jahres in ihrem Eckpunktepapier vorgeschlagen hat, sind neu. Manches wurde schon in der vergangenen Legislaturperiode diskutiert, manches hatten wir im Frühjahr letzten Jahres in unserem Koalitionsvertrag ins Auge gefasst.

(Zuruf Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten))

Aber in dieser Kompaktheit und mit etlichen neuen Impulsen ist es nun eine wichtige Grundlage zum Erreichen unseres gemeinsamen Ziels, schneller und günstiger zu bauen. Ich denke, das wollen wir alle.

(Beifall SPD und CDU – Zuruf Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten))

Seitdem haben das Ministerium, die Fraktionen und auch die Koalition ihre Bewertungen vorgenommen. Natürlich haben auch Gespräche mit Kommunen stattgefunden. Wir befinden uns nun in einer finalen Abstimmung, welche Vorschläge wir übernehmen wollen und in welcher Intensität. Ich wiederhole meine Worte aus der letzten Plenarsitzung: Wir wollen eine Reform und kein Reförmchen.

(Beifall SPD und CDU – Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten): Was wollen Sie denn?)

In Kürze wird ein Gesetzentwurf, der sich mit allen Vorschlägen befasst, ins Kabinett kommen

(Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten): In Kürze!)

und nach einer Regierungsanhörung in den Landtag eingebracht werden. Ausgenommen haben wir lediglich den Mobilfunkausbau, den wir heute schon, übrigens als Fraktionsgesetzentwurf und nicht als Entwurf der Landesregierung, einbringen,

(Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten): Selbst geschrieben, ist doch klar!)

da es sich hierbei um einen sehr singulären und abgegrenzten Bereich handelt.

Ich sage es auch in aller Deutlichkeit: Natürlich sehen wir die Dringlichkeit, dass wir noch in diesem Jahr eine Novelle beschließen wollen und auch werden. Eine solche Novelle ist aber ein sehr komplexes Vorhaben. Herr Dr. Naas, es macht im Übrigen auch in Kenntnis der parlamentarischen Abläufe – also: Einbringung eines Gesetzentwurfs, Anhörung, Auswertung, Beschluss über Änderungsanträge, zweite und möglicherweise dritte Lesung – keinen Sinn, hier jeden Vorschlag einzeln als Gesetzentwurf einzubringen.

(Beifalls SPD und CDU – Zuruf Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten))

Es ist übrigens auch nicht im Sinne derjenigen, die die Bauordnung anwenden und mit ihr arbeiten, wenn wir jeden Monat eine neue Sau durchs Dorf treiben und drei neue Paragraphen ins Gesetz einfügen.

(Beifall SPD und CDU)

Zum einen kommen wir dann aus den Anhörungen nicht mehr raus, und dann gibt es alle zwei Monate eine neue Fassung. Meine Damen und Herren, das kann wirklich niemand wollen.

(Beifall SPD und CDU – Zuruf Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten))

Deswegen gilt hier bei aller Dringlichkeit auch Sorgfalt. Deshalb möchten wir auch, so, wie es üblich ist, Ihren Gesetzentwurf so lange zurückstellen, bis der Gesetzentwurf der Regierung vorliegt. Der ist angekündigt, er kommt, und wir werden liefern.

(Beifall SPD und CDU – Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten): Das höre ich jetzt seit einem Jahr! – Zuruf Martina Feldmayer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Herr Dr. Naas, Sie machen das schon eine ganze Weile, dass Sie immer wieder Vorschläge aus unserem Koalitionsvertrag oder dem Eckpunktepapier herausziehen und ihnen den FDP-Stempel aufdrücken. Einmal haben Sie etwas Neues gewagt, das war in der letzten Plenarwoche. Da haben Sie sich selbst etwas ausgedacht: Bauen mit Lehm.

(Lisa Gnadt (SPD): Wow!)

Damit haben Sie aber eine ziemliche Bauchlandung hingelegt. Es war fachlich falsch, da die Bauordnung, wie mein Kollege Max Ziegler Ihnen erklärt hat, baustoffneutral ist. Das war also ein Flop.

(Beifall SPD und CDU – J. Michael Müller (Lahn-Dill) (CDU): Ah! Nicht aufgepasst!)

Wir sollten Ihren heutigen Gesetzentwurf so lange zurückstellen, bis wir, und das wird noch vor der Sommerpause sein, den Gesetzentwurf der Landesregierung vorliegen haben,

(Oliver Stirböck (Freie Demokraten): Was heißt „in Kürze“?)

der dann sämtliche Änderungen enthält, die Teil der ersten Novelle sein sollen. Nur so macht die Beratung Sinn, und so sollten wir das auch im Wirtschaftsausschuss beschließen.

Ihr Erste-Hilfe-Set ersetzt nicht die professionelle Hilfe oder den Facharzt. Sie verteilen Pflaster, wir wollen den Patienten heilen. Oder, um es mit Ihrem Fußballvergleich zu sagen: Das Spiel ist eben nicht nach der ersten Halbzeit zu Ende, sondern nach 90 Minuten. Dann werden wir sehen. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD und CDU)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank Kollegin Barth. – Das Wort hat der Abgeordnete Schulz, AfD-Fraktion.

Dimitri Schulz (AfD):

Verehrtes Präsidium, liebe Kollegen! Wenn die Regierungsfaktionen hier von Fußball reden, habe ich das Gefühl, dass andere Fußball spielen, aber die Landesregierung eher Tennis spielt.

(Zuruf J. Michael Müller (Lahn-Dill) (CDU))

Im Gegensatz zu den Ablenkungsmanövern der Landesregierung ist der Gesetzentwurf der FDP zur Hessischen Bauordnung pragmatisch, solide und ein Schritt in die richtige Richtung.

(J. Michael Müller (Lahn-Dill) (CDU): Oh, was für ein Lob!)

Endlich einmal eine konkrete Maßnahme zur Entbürokratisierung statt der üblichen Regierungsfloskeln und Nebelkerzen. Es ist klar, wenn wir den Wohnungsbau ankurbeln wollen, müssen wir den Dschungel aus Vorschriften, Genehmigungshürden und Auflagen radikal ausdünnen.

(Beifall AfD)

Die Abschaffung von Schriftformerfordernissen: richtig, die Beschleunigung von Baugenehmigungen: wichtig, die Vereinfachung von Abrissgenehmigungen: überfällig.

Aber es gibt in diesem Gesetzentwurf eklatante blinde Flecken. Die FDP will laut Eigenaussage gegen Regelungen vorgehen, „die in der Praxis zu unnötig hohem Bürokratieaufwand, unnötig hohen Kosten oder unnötig hohem Aufwand führen“. Aber welche Regelungen sind es denn, die all das hervorrufen? Was ist der gemeinsame Nenner bei fast allen dieser Regelungen? In diesem Gesetzentwurf herrscht ein ohrenbetäubendes Schweigen über den links-grünen Klimawahn.

(Beifall AfD – J. Michael Müller (Lahn-Dill) (CDU): Ei, ei, ei!)

Kein Wort findet die offenbar noch immer in der Ampelschiene befangene FDP zum Klimawahn, obwohl es gerade der Klimawahn war, mit dem in den letzten Jahrzehnten alle unnötigen Regelungen und Einschränkungen und bürokratischen Hindernisse begründet wurden, über die sich die FDP hier beklagt.

Wer aber A sagt, muss auch B sagen. Jetzt, nach dem endgültigen Aus für die Ampel, muss die FDP endlich den Mut aufbringen, das offen zu tun. Sie haben aber offenbar nichts daraus gelernt, sodass Sie wieder aus dem Bundestag geflogen sind.

Ein weiterer Punkt sticht in diesem Gesetzentwurf negativ heraus. Das ist ein Punkt, der ganz typisch für die FDP ist, deren Jugendorganisation gemeinsam mit den Links-Grünen eine vollständige Abschaffung des § 218 StGB fordert.

(Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten): Es geht um den Gesetzentwurf zur Bauordnung!)

Es geht um die Streichung der Verpflichtung zum Bau von Kinderspielplätzen.

(Elke Barth (SPD): Deswegen wollen Sie keine Kinderspielplätze!)

Die AfD steht und kämpft seit Jahren für den Bürokratieabbau;

(Unruhe – Glockenzeichen)

denn Hessen braucht mehr Bautätigkeit, anders kann man der Wohnungsnot nicht Herr werden.

(Beifall AfD)

Aber das ist ein Abschaffen von Vorgaben an genau der falschen Stelle; denn Hessen soll doch kein kinderfeindlicher Betonaltbaum werden. Wohnraum bedeutet nicht nur vier Wände und ein Dach, er bedeutet vor allem Lebensqualität für die Gesellschaft.

(Beifall AfD)

Die Keimzelle der Gesellschaft ist die Familie. Gerade in städtischen Verdichtungsräumen brauchen Familien Orte, an denen Kinder spielen können.

Meine Damen und Herren von der FDP, Sie sprechen von Entbürokratisierung, und wir unterstützen viele Ihrer Vorschläge. Aber eine gute Stadtentwicklung braucht mehr als nur Deregulierung: Sie braucht Weitsicht und Verantwortung.

(Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten): Das sind kommunale Aufgaben!)

Deshalb unser Appell: Lassen Sie uns den Gesetzentwurf überarbeiten. Nehmen wir die sinnvollen Maßnahmen mit, aber ohne die Familien und Kinder in Hessen zu vergessen und vor allem auch ohne den Klimawahn als Haupttreiber der Wohnungsnot zu unterschlagen;

(Beifall AfD – Zuruf J. Michael Müller (Lahn-Dill) (CDU))

denn Bauen darf nicht nur schneller und günstiger werden, sondern muss auch lebenswert bleiben. – Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Kollege Schulz. – Das Wort hat Frau Abgeordnete Feldmayer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Martina, bitte.

Martina Feldmayer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Vielleicht ein ganz kurzer Kommentar in Richtung der AfD: Wenn Sie sagen, der Klimawandel führe dazu, dass Wohnen unbezahlbar wird, dann schauen Sie sich doch einmal an, was passiert, wenn der Klimawandel zuschlägt, wie viele Häuser bei den Katastrophen zerstört werden. Das ist doch der Grund, warum wir gegen den Klimawandel vorgehen müssen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe AfD)

Im Übrigen, wenn Sie sich die Hessische Bauordnung einmal angeschaut hätten, dann wüssten Sie, dass dort – im Gegensatz zum Gebäudeenergiegesetz – keine Vorgaben gemacht werden. Also schauen Sie sich vielleicht einmal die Hessische Bauordnung genau an, bevor Sie hier so einen Unsinn von sich geben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die FDP hat einige Punkte aus den 20 Punkte umfassenden Ergebnissen der Expertenkommission „Innovation im Bau“ aufgegriffen. Einige sind bedenkenswert und überlegenswert, wie wir finden; einen Vorschlag finden wir nicht gut, dazu komme ich gleich.

Der Hintergrund, vor dem die Fraktion der FDP erneut einen Vorschlag vorgelegt hat, ist, wie wir natürlich schon oft gehört haben, dass endlich die Reform der Hessischen Bauordnung kommen soll; das haben wir auch schon im letzten Plenum gehört. Zuerst hieß es, es gebe eine Reform aus einem Guss, dann haben wir gehört, es sollten Baupakete folgen, und jetzt haben wir gehört, es müsse alles noch besprochen werden, und das alles dauere noch. Also, geliefert worden ist bisher nichts, und das ist auch der

Hintergrund dafür, dass die Kolleginnen und Kollegen der Fraktion der FDP etwas vorgelegt haben.

Ich glaube, der Grund, warum bisher nichts vorgelegt worden ist, ist, dass die Expertenkommission „Innovation im Bau“ einen Konstruktionsfehler hat: Die Kommunen sind nicht beteiligt worden. Sie haben sich jetzt auch zu Wort gemeldet. Beispielsweise meinte der Wiesbadener Oberbürgermeister Mende, dass die Kommunen nicht beteiligt worden sind, sei ein tiefer Einschnitt in die kommunale Selbstverwaltung. Er kritisiert, dass keine kommunalen Vertreter zur Expertenkommission „Innovation im Bau“ eingeladen wurden.

(J. Michael Müller (Lahn-Dill) (CDU): Was sagt uns das?)

Auch wir wundern uns darüber; denn so produziert man doch nur Enttäuschungen auf beiden Seiten. Auf der einen Seite hat man die Wohnungs- und Bauverbände, die jetzt natürlich die Erwartung haben, dass diese 20 Vorschläge auch umgesetzt werden. Auf der anderen Seite hat man die Kommunen, wo die Wohnungen gebaut werden, die enttäuscht sind, wenn man diese Ergebnisse jetzt, sozusagen gegen ihren Willen, auch durchsetzt. Daher ist das, unserer Meinung nach, ein Konstruktionsfehler. Der Grund dafür, dass es so lange dauert, bis etwas vorgelegt wird, ist auch dieser Konstruktionsfehler: Sie müssen sich erst einmal mit den Kommunen besprechen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dass Sie so vorgegangen sind, war nicht besonders kommunalfreundlich; aber gut, jetzt ist es so.

Jetzt zu den von der Fraktion der FDP vorgelegten Änderungen. Die Abkehr von der Schriftform zur elektronischen Kommunikation ist selbstverständlich sinnvoll. Auch die Baugenehmigungsfreiheit bei Abbruchvorhaben bis zu einer geringen Höhe und die Verlängerung der Baugenehmigungen sind überlegenswert. Wir schauen uns an, was die Anhörung ergibt. – Wo ist denn Herr Naas? Hört er zu? – Nein.

(Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten): Ich höre Ihnen zu!)

– Gut. – Denn jetzt kommt der kritische Punkt: der Wegfall der Verpflichtung zur Errichtung von Kinderspielplätzen. Das halten wir für falsch. Man darf soziale Belange und die Belange von Kindern nicht gegen bezahlbaren Wohnraum ausspielen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir brauchen nicht nur bezahlbaren Wohnraum, sondern wir brauchen natürlich auch schöne Quartiere. Wir wollen ja Quartiere, in denen Kinder spielen können, in denen sich Familien begegnen können. Das ist in der heutigen Zeit wichtiger denn je. Deswegen ist auch wichtig, dass entsprechende Angebote gemacht werden. Wenn wir jetzt diese Verpflichtung streichen, dann werden die Kommunen Kinderspielplätze bauen, und dann verlagert man die Kosten von den Bauunternehmen auf die Kommunen. Ob das so sinnvoll ist, dahinter möchte ich ein Fragezeichen setzen.

Wir sollten auch nicht die Fehler aus den Siebzigerjahren wiederholen, als viel und schnell gebaut worden ist. Man hat schnell und viel gebaut und nicht bedacht, dass man auch, ich sage einmal, ein freundliches Umfeld für die Menschen braucht, die in einem Quartier wohnen. Das hat

nachher zu Problemen geführt, die wir im Moment immer noch reparieren. Diesen Fehler sollten wir nicht wiederholen, das sollten wir nicht tun.

Von daher: Einige Vorschläge sind gut, wir schauen sie uns an und freuen uns auf die Anhörung. – Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Frau Kollegin Feldmayer. – Das Wort hat der Abgeordnete Jörg Michael Müller, CDU-Fraktion.

J. Michael Müller (Lahn-Dill) (CDU):

Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Freie Demokraten, ich frage mich seit mehreren Sitzungen: Was soll das? – Der Minister und die Staatsregierung kündigen an: Es gibt eine Änderung der Bauordnung, wir bilden eine Kommission. – Diese Kommission wird eingeladen, diese Kommission macht Vorschläge, und sie diskutiert die Vorschläge. Dann werden die Vorschläge Ende November überreicht. Dann werden sie eingearbeitet, es wird überlegt und diskutiert, auch zwischen den Koalitionsfraktionen und im Ministerium: Was davon kann man wie umsetzen? – Vor 14 Tagen sagen Sie: „Das dauert ja alles ziemlich lang, von November bis Anfang Februar.“ Dann stellen Sie Ihren „wunderbaren“ Antrag zu „Lehm als Baustoff ...: Hessische Bauordnung für nachhaltiges Bauen öffnen“.

(Heiterkeit)

Der Kollege erklärt Ihnen deutlich, dass das alles Quatsch ist, weil die HBO baustoffneutral ist; alles gut. – Heute, 14 Tage später, stellen Sie sich hin und sagen: „Es passiert ja immer noch nichts. Der Minister hat immer noch nichts gemacht, und ihr seid alle so zögerlich“, und stellen einen Antrag zur Änderung der HBO – den dritten oder vierten.

Um es einmal freundlich zu formulieren: Was soll das? Wir haben Ihnen gesagt: Die Vorschläge der Kommission werden jetzt in einen Gesetzentwurf gegossen, es wird ein Regierungsgesetz geben, dazu gibt es Anhörungen, und dann diskutieren wir. – Möglicherweise sind auch einige der Vorschläge, die Sie machen, entweder schon enthalten, oder aber wir können miteinander – so, wie wir das schon bei einigen Gesetzen zur Vereinfachung gemacht haben – über die Dinge diskutieren, ob sie sinnhaft sind oder nicht. Das ist doch der Sinn eines geordneten Gesetzgebungsverfahrens.

So, jetzt wollen wir doch mal in die Praxis gehen, aber möglicherweise leben Sie da ja nicht. Würden wir jedes Ihrer Gesetze beschließen, hätten wir, wenn man das einmal hochrechnet, im Schnitt etwa alle zwei Monate eine Änderung der Hessischen Bauordnung. Wollen Sie mir erklären, welcher Unternehmer, mit dem Wissen, dass sich die Regeln alle zwei Monate ändern, überhaupt noch bauen will? Soll das wirtschaftsfreundlich sein? Das ist nicht wirtschaftsfreundlich, das ist schlichtweg nur Klamauk.

(Beifall CDU und SPD – Zuruf Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten))

Das muss man an dieser Stelle ganz deutlich sagen. Es hat nichts damit zu tun, dass Sie hier etwas beschleunigen

oder verbessern wollen, sondern es geht Ihnen einfach nur darum: Sie führen jemanden vor.

(Zuruf Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten))

Das ist aber völlig zwecklos; denn es wird ein gutes Gesetz geben, ein erstes Baupaket, wo wir die Dinge, die die Kommission vorgeschlagen hat, nehmen und ins Gesetz einarbeiten.

(Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten): Wann kommt es denn?)

Vor diesem Hintergrund wird gründlich gearbeitet. Das haben wir beim letzten Mal, vor 14 Tagen, gesagt. Die Kollegin hat es auch gesagt, sie hat es heute wiederholt: Gründlichkeit geht vor Einzelschuss. Das ist einfach so.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, jetzt wird in den nächsten Wochen das Gesetz wahrscheinlich in die Regierung Anhörung gehen. Dann wird es hier in die entsprechende Anhörung eingebracht werden, und dann werden wir ganz vernünftig, wie es sich gehört, mit einem Gesetzgebungsverfahren verfahren. Das ist die Ausgangslage.

Der zweite Punkt. Wenn Sie isoliert sagen, Kinderspielplätze müssen weg, ist das, für sich genommen, nicht wirklich vernünftig. Man muss es wiederum in der Gesamtsituation diskutieren. Man muss wieder überlegen und abwägen: Brauchen wir kommunale Sonderrechte, brauchen wir Planungsänderungen etc. pp.? Es ist nicht so einfach getan, einmal die Bauordnung zu ändern. Man muss gleichzeitig ins Planungsrecht schauen: Brauchen wir Anpassungen, oder brauchen wir sie nicht?

Es macht auch keinen Sinn – Frau Kollegin Feldmayer, da werden Sie mir zustimmen –, wenn es eine Verpflichtung gibt, und gleichzeitig hat die Kommune mit eigenem Geld in unmittelbarer Umgebung einen wunderbaren Kinderspielplatz gebaut. Wir müssen also überlegen, welche Scharniere wir miteinander finden. Das ist doch sinnhaft.

Deshalb ist es – ich sage es noch einmal – nur ein klamaukartiger Aktionismus in dem Versuch, jemanden vorzuführen. Aber das gelingt einfach nicht, da das Gesetz kommt, und es wird gut. Davon bin ich fest überzeugt.

Ein zweiter Punkt, jetzt an die AfD. Wer bei Ihnen immer an allem schuld ist: entweder Klima oder Migranten.

(Lachen AfD)

Ich habe mich gewundert, dass heute die Migranten nicht an der Wohnungsnot schuld sind; denn sonst sind sie es bei Ihnen immer. Aber unstreitig ist wirtschaftspolitisch, dass die Lösung der Wärmeproblematik in den Bauten, in den Wohnungen nicht nur durch Klima gerechtfertigt ist, sondern eine Frage der Wirtschaftlichkeit ist. Vor diesem Hintergrund muss man sich auch über solche Themen Gedanken machen. Aber das tun Sie nicht, weil es Ihnen auch an dieser Stelle immer nur um Narrative und Klamauk geht. Denn schuld sind immer nur Klima und Migranten. Das ist langweilig, das können wir uns sparen. Sie können das eigentlich immer zu Protokoll geben, weil wir wissen, was Sie reden werden.

Wir sind überzeugt, es wird ein gutes Gesetz geben, ein schnelles Gesetz. An dieser Stelle ist Hessen vorn. – Danke schön.

(Beifall CDU und SPD)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Kollege Müller. – Das Wort hat der Wirtschaftsminister, Staatsminister Mansoori. Bitte sehr, Kaweh.

Kaweh Mansoori, Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr, Wohnen und ländlichen Raum:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist das gute Recht der Opposition, in jeder Plenarsitzung neue Vorschläge zu machen.

(Beifall Freie Demokraten – Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten): Sehr gut! Vielen Dank!)

Es ist das gute Recht der Landesregierung, seriöse Politik zu machen.

(Beifall CDU und SPD – Zuruf Oliver Stirböck (Freie Demokraten))

Der Abgeordnete Müller hat den Prozess beschrieben. Von der Expertenkommission ist kein Gesetz übergeben worden. Es sind 20 politische Vorschläge übergeben worden.

(Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten): Wir haben es geschafft! In kurzer Zeit!)

– Ich habe von Ihnen kein Baupaket gelesen, sondern ich habe von Ihnen einzelne Vorschläge gelesen, die allerwenigsten rechtsförmlich geprüft. Da ist überhaupt nicht klar, in welchem Kontext sie zu anderen Vorschriften stehen. Herr Müller hat ausgeführt, es ist überhaupt nicht klar, welche Konsequenzen das auf der kommunalen Ebene mit sich bringt.

(Zurufe Freie Demokraten – Glockenzeichen)

Deswegen noch einmal: Es ist Ihr gutes Recht, es so zu machen und einzelne Vorschläge auf den Tisch zu legen. Wir bleiben allerdings bei unserem Zeitplan. Wir werden unser Gesetzespaket vorlegen mit Vorschlägen, die die Themen aus der Expertenkommission aufgreifen, die rechtlich geprüft sind, ausdiskutiert und abgewogen sind und die Bauwirtschaft in Hessen substanziell nach vorne bringen. Ich werde das Gesetzespaket in Kürze vorlegen.

Das ist unser Zeitplan. Bei dem bleiben wir auch. – Herzlichen Dank.

(Beifall CDU und SPD)

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Minister, vielen Dank. – Es gibt keine Wortmeldung mehr.

Dann überweisen wir den Gesetzentwurf zur weiteren Beratung vor der zweiten Lesung an den Fachausschuss.

Ich rufe **Punkt 3** auf:

**Erste Lesung
Gesetzentwurf**

Fraktion der CDU, Fraktion der SPD

Zweites Gesetz zur Änderung der Hessischen Bauordnung

– **Drucks. 21/1705** –

Er wird eingebracht von der Kollegin Wetekam, CDU-Fraktion.

Annette Wetekam (CDU):

Verehrter Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute ist ein guter Tag; denn wir bringen heute einen wichtigen und guten neuen Gesetzentwurf ein.

(Beifall CDU und SPD – Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten): Hoffentlich ist er aus einem Guss, der eine Paragraf!)

Dieser Gesetzentwurf wird erhebliche Erleichterungen für die Mobilfunkwirtschaft bringen, einen Beitrag zur Entbürokratisierung leisten und daneben auch zu einem entscheidenden Investitionsschub sowie zur Stärkung und Beschleunigung unserer digitalen Infrastruktur führen.

Der flächendeckende Mobilfunkausbau schließt immer noch bestehende Funklücken. Im Bereich der Digitalisierung werden wir leistungsfähig und ermöglichen, den Wirtschaftsstandort Hessen weiter auszubauen.

Diese klar definierten Ziele – Beschleunigung und Mobilfunkausbau – stehen sowohl im Koalitionsvertrag wie im Pakt für Planungs-, Genehmigungs- und Umsetzungsbeschleunigung zwischen Bund und Ländern, die so auch von unserer Digitalministerin im Bundesrat entsprechend eingebracht werden. Denn, wenn es um solche wichtige und umfangreiche Investitionen aus der Wirtschaft in die wirtschaftliche Zukunft unseres Landes geht, heißt es, keine Zeit zu verlieren.

Bereits in der letzten Legislaturperiode haben wir die HBO zweimal novelliert und damit den Mobilfunkausbau entsprechend vorangetrieben – mit dem Ergebnis, dass wir die Ziele aus dem Mobilfunkpakt aus dem Jahr 2022 vorzeitig umgesetzt haben. Damit nicht genug, werden wir jetzt den dritten Änderungsantrag zur HBO einbringen, um die von uns gesetzten wichtigen Ziele aus dem Koalitionsvertrag entsprechend voranzubringen und umzusetzen.

(Beifall CDU und SPD)

Im Schulterschluss zwischen Digital- und Wirtschaftsministerium wurde in enger Abstimmung eine Sonderregelung im Rahmen der Hessischen Bauordnung vereinbart, mit der der Bau von Antennenanlagen explizit herausgelöst und damit ausdrücklich nicht mehr als Sonderbau geführt wird. So kann sichergestellt werden, dass genehmigungsbedürftige Anlagen im vereinfachten Verfahren geprüft werden und die Baugenehmigung als erteilt gilt, wenn über den Bauantrag nicht innerhalb von drei Monaten entschieden wurde. Damit können Genehmigungsverfahren verkürzt und Kosten eingespart werden; denn wir wollen die Errichtung von Mobilfunkmasten vereinfachen und damit die Anzahl der Masten auch bei uns entsprechend drastisch erhöhen.

Neben der soeben erwähnten Genehmigungsfiction wollen wir einheitliche Standards und eine Verfahrensfreiheit für Anlagen bis 15 Meter im Innenbereich und für Anlagen bis 20 Meter im Außenbereich sowie für temporäre Mobilfunkanlagen – hier sprechen wir von einem Zeitrahmen von 24 Monaten – gewährleisten.

Meine Damen und Herren, hier findet ganz konkret ein spürbarer Abbau von Bürokratie mit dem Ziel statt, den Ausbau des Mobilfunknetzes zu beschleunigen. Auch wird durch Auflagen der Bundesnetzagentur der Ausbau erheblich beschleunigt. Ergänzend steht natürlich unser Landesförderprogramm für den Ausbau zur Verfügung.

Das hessische Ministerium für Digitalisierung entwickelte ein Standorterfassungstool, mit dem es Mobilfunkunternehmen entsprechend erleichtert wurde, den richtigen Standort in Hessen zu finden. Im bundesweiten Vergleich ist Hessen damit weiterhin führend; denn auch hier gilt die altbekannte Formel: Wer zuerst kommt, mahlt zuerst.

Fassen wir zusammen: Mit dem Gesetzentwurf schaffen wir mehr Flexibilität für Mobilfunkbetreiber und sorgen dafür, dass immer noch bestehende Funklücken auch bei uns geschlossen werden. Wir sind auch in Hessen Vorreiter und somit das Bundesland, in dem die finanziellen Anreize für Investitionen der Mobilfunkbetreiber vorrangig umgesetzt werden können. Wir reduzieren gleichzeitig die Kosten für den Wegfall aufwendiger Genehmigungsverfahren mit dem Abbau von Bürokratie.

Vor allem setzen wir aber ein starkes Zeichen – das ist mir ganz besonders wichtig – für den Wirtschaftsstandort Hessen, das Bundesland, in dem jetzt schon, wir wissen das, der größte Internetknotenpunkt weltweit ist, in dem der Frankfurter Flughafen das große Tor zur Welt ist und in dem so lebenswerter ländlicher Raum mit dem Ausbau von weiterer digitaler Infrastruktur noch attraktiver, noch lebenswerter gestaltet wird.

Meine Damen und Herren, um mit den Worten unseres Ministerpräsidenten zu schließen: Hessen ist Vorreiter und wird Vorreiter bleiben. Wir setzen unseren Modernisierungskurs konsequent weiter um. – Vielen Dank.

(Beifall CDU und SPD)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Kollegin Wetekam. – Nächster Redner ist der Kollege Schulz, AfD-Fraktion.

Dimitri Schulz (AfD):

Verehrter Herr Präsident, liebe Kollegen! Was für eine Prioritätensetzung der hessischen Regierungsfractionen. Im letzten Plenum haben Sie lautstark die Wohnungsnot in Hessen beklagt. Sie haben festgestellt, dass das Bauen immer teurer, der Erhalt von Genehmigungen immer langsamer und das Eigenheim für viele Menschen unerschwinglich wird. Das ist das, was die AfD seit Jahren sagt, und endlich wurde es auch einmal von einer Landesregierung klar benannt. Was haben Sie dann getan? Ein kraftloser Entschließungsantrag, der nicht das Geringste bewirkt. Das ist reine Symbolpolitik.

(Beifall AfD und Maximilian Mürger (fraktionslos))

Keine konkreten Maßnahmen zur Beschleunigung von Bauanträgen, kein Bürokratieabbau, keine Steuererleichterungen für Bauherren oder Käufer. Jetzt, wenige Wochen später, hatten Sie die Möglichkeit, Ihren Worten Taten folgen zu lassen. Und was tun Sie? Sie bringen einen Gesetzentwurf ein, aber nicht etwa zum Wohnungsbau, sondern zu Mobilfunkmasten. Sind das wirklich die drängendsten Probleme in Hessen? Meine Damen und Herren von CDU und SPD, ernsthaft?

Ja, digitale Infrastruktur ist wichtig. Ja, Genehmigungsverfahren müssen vereinfacht werden. Aber während sich Familien in Hessen fragen, wo sie noch eine bezahlbare Wohnung finden sollen, und während der Mittelstand mit explodierenden Baukosten kämpft, ist Ihr Hauptanliegen,

dass Mobilfunkanbieter schneller ihre Masten aufstellen können.

Wo bleibt Ihre Gesetzesinitiative zur Beschleunigung von Bauanträgen für Wohnungen?

(Ingo Schon (CDU): Ist eben gerade besprochen worden!)

Wo bleiben Ihre Entbürokratisierungsoffensive für private Bauherren

(J. Michael Müller (Lahn-Dill) (CDU): Ich würde ab und zu auch einmal zuhören!)

und Ihr Engagement gegen vollkommen irre grüne Verbotspolitik, die uns erst in diese Misere gebracht hat?

(Ingo Schon (CDU): Zehn Minuten her! – Weitere Zurufe – Glockenzeichen)

Wo bleibt Ihr Ansatz für die Eigentumsförderung, wo die Abschaffung oder wenigstens Senkung unnötiger Steuerlasten wie der Grunderwerbsteuer? – Fehlanzeige. Nichts davon haben Sie eingebracht.

(Beifall AfD und Maximilian Mürger (fraktionslos) – J. Michael Müller (Lahn-Dill) (CDU): Und jetzt zum Thema!)

Während Sie es den Mobilfunkanbietern so leicht wie möglich machen wollen, ignorieren Sie völlig die berechtigten Sorgen der Anwohner. Gesundheitsaspekte: kein Wort dazu, Standortauswahl in Wohngebieten: keine Transparenz, Einschränkungen für die Kommunen: ignoriert.

Zu den Gesundheitsaspekten habe ich schon vor Jahren im Plenum gesprochen. Ich sagte damals: Was bei Ihnen ebenfalls unterschlagen wird, ist die bislang praktisch unerforschte Gefahr, die von der höheren Strahlenmenge durch 5G ausgeht. Durch die Hintertür wollen Sie mit Ihrem Antrag den 5G-Standard in Hessen einführen, ohne sich ausreichend darüber Gedanken gemacht zu haben, welche Auswirkungen das für Menschen, Umwelt und Tiere hätte. Das alles nur, um davon abzulenken, wie sehr Sie beim flächendeckenden Abbau von 4G versagt haben.

An dieser Lage hat sich seither nichts geändert, außer, dass die jetzige Landesregierung nicht mehr – wie die Vorgängerregierung – in erster Linie von ihrem Versagen beim 4G-Ausbau ablenken will.

(J. Michael Müller (Lahn-Dill) (CDU): Aha!)

Diesmal will sie ablenken von ihrem Versagen bei der Entbürokratisierung des Wohnungsbaus.

(Beifall AfD und Maximilian Mürger (fraktionslos))

Was wir hier erleben, ist eine Landesregierung ohne jede Prioritätensetzung, ohne jedes Gespür für die wahren Probleme der Menschen in Hessen. Deshalb fordern wir als AfD zuallererst Bürokratieabbau beim Wohnungsbau und erst, wenn wir damit fertig sind, Sonderregelungen für Mobilfunkbetreiber.

(Zurufe Bijan Kaffenberger (SPD) und J. Michael Müller (Lahn-Dill) (CDU))

Wir fordern zuallererst eine Entlastung für Bauherren vor Ort und erst dann eine Deregulierung für international agierende Konzerne. Hessen braucht zuallererst und vor allem Wohnungen, am besten Eigenheime.

(Beifall AfD)

Was Hessen am wenigsten braucht,

(Lisa Gnadl (SPD): Ist die AfD!)

das sind durchsichtige politische Ablenkungsmanöver wie der vorliegende Gesetzentwurf. – Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Kollege Schulz.

Ich sehe auf der Besuchertribüne schon eine ganz große Delegation aus Hanau. Vielleicht ist das auch ein Hinweis, dass man in dieser Debatte noch zügiger vorankommt, damit man zum nächsten Punkt kommt;

(J. Michael Müller (Lahn-Dill) (CDU): Zum wichtigsten!)

denn das ist der interessante. Ich begrüße die Delegation, an der Spitze Oberbürgermeister Claus Kaminsky. Claus, herzlich willkommen.

(Allgemeiner Beifall)

Jetzt kommt der Kollege Stirböck, Offenbach-Stadt.

(J. Michael Müller (Lahn-Dill) (CDU): Also weit weg von Hanau!)

Oliver Stirböck (Freie Demokraten):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Hessen ist ein Land der Funklöcher. Mit der Änderung der Hessischen Bauordnung soll es nun besser werden. Liebe Kollegen von der AfD, das halten wir in der Tat für eine richtige Prioritätensetzung dieser Landesregierung und der Mehrheit.

(Beifall Freie Demokraten, CDU und SPD)

Liebe Kollegen von der AfD, es ist auch kein Wunder, dass Sie das anders sehen; denn Sie haben schon in der letzten Legislaturperiode hier gemeinsam mit den Aluhutträgern gegen 5G mobilisiert. Es ist kein Wunder, dass Sie das jetzt anders sehen als wir.

(Beifall Freie Demokraten, CDU und SPD)

Die Einführung der Genehmigungsfiktion, die Sie jetzt mit dem Gesetzentwurf vorschlagen, hatten wir übrigens schon bei der Beratung des Mobilfunkausbaubeschleunigungsgesetzes in der letzten Legislaturperiode als Änderungsantrag eingebracht. Frau Barth, da waren wir wohl zu früh.

(Bijan Kaffenberger (SPD): Da waren wir auch in der Opposition!)

Wir sind ja immer wieder zu früh, zu kurz gesprungen, zu groß, zu weit gesprungen, zu lang. Irgendetwas ist Ihrer Meinung nach immer falsch, wenn wir es einbringen. Aber es ist gut, dass Ihr Gesetzentwurf jetzt kommt. Es ist gut, dass Sie unseren Vorschlag von damals aufgreifen.

(Beifall Freie Demokraten – Ingo Schon (CDU): Sehr gerne!)

Denn die Situation in Hessen ist weiterhin nicht sonderlich stark. Der Kontrast zwischen den Statistiken der Landesregierung und der Mobilfunkversorgung im Alltag ist bemerk-

kenswert. Die behaupteten 98,3 % Netzabdeckung mit dem neuesten Standard und 99,49 % für 4G zerschellen in der Realität direkt vor unserer Tür, ob es auf der A 3 ist, der Bahnstrecke Frankfurt–Wiesbaden oder den unzähligen bekannten Funklöchern – die spürt man nämlich – in unserem Land.

Liebe Kollegen von der AfD, deswegen ist es auch nicht das falsche Gespür der Landesregierung und der Mehrheit, sondern hier hat die Landesregierung das richtige Gespür, dass wir die Digitalisierung in unserem Land eben gemeinsam voranbringen müssen. Das geschieht mit diesem Gesetzentwurf, und das begrüßen wir ausdrücklich.

(Beifall Freie Demokraten, vereinzelt CDU und SPD)

Diese Zahlen, die uns immer genannt werden und die ich eben auch genannt habe, klingen immer so toll. Das sind Traumzahlen: 98,3 % für 5G, 99,49 % für 4G. In Wirklichkeit ist das aber nur die Haushalteabdeckung, die dadurch wiedergegeben wird. Aber man hat ja nichts von der Mobilfunkabdeckung im eigenen Haushalt. Es heißt schließlich Mobilfunk und nicht Festnetz.

Das zweite statistische Problem, das die Lücke zur Realität erklärt, liegt schlichtweg darin, dass die Landesregierung die Funkabdeckung aller dreieinhalb Mobilfunknetze zusammenrechnet. Aber welcher Mobilfunknutzer benutzt mehr als ein Mobilfunknetz? Deswegen sind die Zahlen, die wir da immer hören, leider geschönt.

Der nun vorgelegte Gesetzentwurf ist die hessische Umsetzung des im November 2023 von den Regierungschefs der Länder beschlossenen Pakts für Planungs-, Genehmigungs- und Umsetzungsbeschleunigung. Im Jahr 2024 wurde der Monitoringbericht zur Umsetzung der Vereinbarung durch die Länder veröffentlicht. Da zeigte es sich, dass beim Mobilfunk neun der 16 Länder die Vereinheitlichung der Genehmigungsvorschriften schon umgesetzt hatten.

Die Landesregierung kommt leider erst jetzt im Bummelzug hinterhergefahren. Wir begrüßen aber, dass Sie wenigstens hinterherfahren. Offensichtlich hat meine Kleine Anfrage dazu als kleiner Wachmacher für die Landesregierung und die Koalition gedient.

Unser Ziel bleibt klar: Wir Freie Demokraten wollen, dass diese Digitalministerin Kristina Sinemus am Ende dieser Legislaturperiode von der Funkloch-Christel zur Fünf-Balken-Kristina – –

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Kollege Stirböck, einen Moment bitte. Diesen Ausdruck für ein Mitglied der Landesregierung rüge ich ganz ausdrücklich.

Oliver Stirböck (Freie Demokraten):

Das ist ein Ausdruck, den wir aus der CDU – –

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Kollege Stirböck, seien Sie jetzt vorsichtig. Wenn Sie den Begriff noch einmal verwenden, dann müsste ich Sie noch einmal rügen. Dann beginnt so ein Verfahren. Das wissen Sie. Sie sind eigentlich meistens ein ganz vernünftiger Mensch.

Oliver Stirböck (Freie Demokraten):

Den Ausdruck, den ich nicht mehr verwenden darf, habe ich bei der CDU-Fraktion gehört.

Vizepräsident Frank Lortz:

Bitte führen Sie keine Debatte mit dem Präsidenten. – Sie haben das Wort.

Oliver Stirböck (Freie Demokraten):

Diesen Ausdruck haben wir aus der CDU-Fraktion gehört. Wir wollen, dass Kristina Sinemus am Ende dieser Legislaturperiode tatsächlich zur Fünf-Balken-Kristina Sinemus wird. Von daher begrüßen wir den Gesetzentwurf der Landesregierung durchaus. Ich habe das als konstruktiven Wink, als konstruktiven Hinweis gesehen. Aber ich lasse mich dafür gerne rügen. Dieses Ziel sollten wir alle gemeinsam haben. – Herzlichen Dank.

(Beifall Freie Demokraten)

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Kollege Stirböck, vielen Dank und alles Gute. – Das Wort erhält Frau Kollegin Feldmayer für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Martina Feldmayer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst möchte ich etwas Inhaltliches zu dem Gesetzentwurf sagen. Es geht um die Umsetzung des Paktes zur Planungs- und Genehmigungsbeschleunigung des Bundes und der Länder. Wir haben das schon gehört. In der letzten Wahlperiode wurden bereits wichtige Schritte gegangen, um diesen Pakt umzusetzen. Da ging es um die Windenergieanlagen und das seriellen Bauen in Hessen.

Wir halten es auch für sinnvoll, Weiteres umzusetzen, was den flächendeckenden Ausbau der digitalen Infrastruktur unterstützt. Da Erleichterungen zu schaffen, das halten wir prinzipiell für sinnvoll. Es gibt überhaupt keinen Grund, da den Aluhut aufzusetzen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich komme jetzt auf unsere Kritik zu sprechen. Als ich den Titel des Gesetzentwurfs auf der Tagesordnung gesehen habe – er heißt Zweites Gesetz zur Änderung der Hessischen Bauordnung –, habe ich gedacht: Endlich kommt jetzt das Baupaket I. Jetzt legt die Koalition endlich einmal etwas vor. In der letzten Plenarsitzungsrunde sprach Wohnungsbauminister Mansoori von einer Reform der Hessischen Bauordnung aus einem Guss. Ich habe gedacht: Ein Guss ist ein Guss. – Jetzt liefert die Koalition aus CDU und SPD noch nicht einmal ein Güsschen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Einzig ein winziger Aspekt soll geändert werden. Wie ist das denn jetzt? Da müssten sich die Fraktionen mit dem Minister einmal absprechen, was denn jetzt kommt. Es geht jetzt um die Mobilfunkmasten. Das wird langsam wirklich peinlich. Es wird immer wieder davon geredet, man lege endlich etwas vor. Danach kam die Ankündi-

gung, man lege etwas aus einem Guss vor. Dann kommt so etwas. Das ist wirklich peinlich.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage einfach noch einmal: Wo bleibt denn das lange angekündigte Baupaket? Wir haben vorhin gehört: alsbald, schnell. Dann hieß es wieder: Gründlichkeit vor Schnelligkeit. – Sie wissen es also immer noch nicht. Die Landesregierung liefert Minihäppchen.

Die Reform wurde zigfach angekündigt. Dann wurde das Ganze in Baupakete unterteilt. Jetzt wird uns ein Minihäppchen serviert. Herr Wohnungsbauminister, wir fragen uns langsam: Was soll das? Sie haben bisher nichts für den nachhaltigen oder bezahlbaren Wohnungsbau oder gar für die Mieterinnen und Mieter in Hessen geliefert. Das Gegenteil ist der Fall. Von Bauen, Bauen, Bauen sind wir meilenweit entfernt.

Es gibt in Hessen einen Einbruch bei den Baugenehmigungen. Wenn gebaut werden kann, wenn Projekte im sozialen Wohnungsbau auf die Umsetzung warten, haben Sie es noch nicht einmal geschafft, genügend Geld bereitzustellen, um alle Bauwilligen zu unterstützen. Das ist für die Bau- und Immobilienwirtschaft in Hessen ganz schlecht. Das ist schlecht für die Mieterinnen und Mieter. Das ist für Hessen insgesamt schlecht. Legen Sie endlich los. Liefern Sie die Reform aus einem Guss. Machen Sie nicht wieder ein Güsschen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Frank Lortz:

Frau Kollegin Feldmayer, vielen Dank. – Das Wort erhält Herr Abgeordneter Kaffenberger für die SPD-Fraktion. Bijan, bitte.

Bijan Kaffenberger (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Anwesende! Lieber Kollege Stirböck, ich habe gerade eben noch einmal auf mein iPhone geschaut. Ich glaube, da oben waren WLAN-Balken. Das waren vier. Da war noch das Mobilfunkband. Da waren es auch vier. Ich mag jetzt nicht mehr dazu sagen. Vielleicht war der Wunsch der Vater des Gedankens.

Ich kann mich ganz gut an meine letzte Rede hier zum Thema Mobilfunk in der letzten Legislaturperiode erinnern. Da ging es um das Mobilfunk-für-alle-Gesetz. Mein Wunsch damals war, dass wir überall in Hessen guten Mobilfunkempfang haben. Für uns als SPD-Fraktion war das damals klar. Für uns als Teil der Hessen-Koalition ist genauso klar: Mobilfunk ist digitale Daseinsvorsorge.

(Beifall SPD und vereinzelt CDU)

Was bedeutet das für uns? In Zukunft werden Funklöcher der Vergangenheit angehören. Es ist manchmal leider so, dass in der Politik gut Ding Weile haben muss. Ich möchte mich an dieser Stelle ausdrücklich beim Digitalministerium, beim Wirtschaftsministerium und auch bei den Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion bedanken. Denn anders als in der Vergangenheit hat es bei diesem Thema ein sehr konstruktives Miteinander gegeben.

Aus Stillstand ist endlich Fortschritt geworden. Deswegen finde ich es sehr erstaunlich, dass gerade die Mitglieder der GRÜNEN-Fraktion so Kritik daran üben. In der Debatte

heute wurde schon gefragt, was man im Digitalministerium den ganzen Tag so macht. Man stimmt mit dem Wirtschaftsministerium solche Initiativen wie die Beschleunigung des Mobilfunkausbaus ab.

(Beifall SPD und CDU)

Falls Sie kritisieren, dass wir ein solches Thema aus der Novelle der Hessischen Bauordnung herausnehmen, muss ich Ihnen sagen: Was haben denn die Mobilfunkmasten mit dem Wohnungsbau zu tun? Das ist sachfremd. Deswegen machen wir das jetzt. Denn das kann jetzt zügig gehen. Das ist einfach. Das andere ist deutlich komplexer.

(Beifall SPD und CDU)

Ich sage Ihnen noch etwas: Wenn Sie dieses Problem in der vergangenen Legislaturperiode gelöst hätten, hätten wir schon deutlich mehr Masten bauen können. Sie stellen sich jetzt hierhin und sagen, das sei ein „Güsschen“. Sie waren überhaupt nicht bereit, zu gießen.

(Beifall SPD und Alexander Bauer (CDU))

Dem Kollegen Stirböck möchte ich noch Folgendes mitgeben. Wir setzen uns neuerdings auf Bundesebene dafür ein, dass sich diese Kennzahl nicht mehr am Haushalt, sondern an der Fläche orientiert. Das ist etwas, was wir in dieser Koalition gemeinsam vorangebracht haben. Das ist etwas, was es in der Vergangenheit mit den GRÜNEN nicht gab. Insofern kann ich sagen, dass wir da vorankommen.

Mit dieser Novelle werden wir endlich eine Grundlage für einen schnelleren und unkomplizierteren Ausbau der Masten schaffen. Wir werden die Errichtung der Mobilfunkmasten erleichtern. Denn es wird dann möglich sein, dass Antennen bis zu 20 Meter Höhe im Außenbereich verfahrensfrei und damit ohne Baugenehmigung errichtet werden können.

Ich glaube, wir brauchen nicht zu klären, dass das bedeutet, dass weniger Anträge gestellt werden müssen, dass es dadurch weniger Verzögerungen gibt und dass das schneller umgesetzt werden kann. Ich glaube, dass das gerade auf dem Land ein guter Beitrag dazu ist – dort fehlt es nämlich immer noch ganz oft –, die digitale Spaltung zwischen Stadt und Land zu verhindern.

(Vereinzelter Beifall SPD und CDU)

Wir werden die Abstandsvorschriften anpassen. Durch die neuen Regelungen werden die Mobilfunkmasten effizienter aufgestellt werden können. Vor allem können sie auch flexibler aufgestellt werden. Es geht auch darum, die Standortsuche zu vereinfachen; denn das ist eines der wesentlichen Probleme. Die Standortsuche für die Betreiber und für diejenigen, die die Mobilfunkmasten bauen, zu erleichtern, ist wichtig. Das schafft den Netzbetreibern Spielraum. Das sorgt für eine zügige Verbesserung. Damit werden die bürokratischen Prozesse entschlackt.

Auch temporäre Anlagen sind ein riesiges Thema. Da geht es um große Veranstaltungen oder Ähnliches. Sie werden künftig einfacher, schneller und besser aufgestellt werden können. Denn wir werden da auf eine Größenbeschränkung verzichten.

Auch die Resilienz ist für uns neuerdings ein Thema, das immer wichtiger wird. Ich glaube, gerade auch bei den Versorgungslücken und bei den Störungen im Netz haben wir noch eine Menge Potenziale, die wir damit heben können.

Last, but not least: Es wurde auch schon gesagt, wir lösen den Antennenbau aus dem Sonderbau-Tatbestand heraus. Dadurch werden ebendiese vereinfachte Genehmigung und die Genehmigungsfiktion endlich anwendbar. Ich freue mich, dass auch die FDP das begrüßt. Insofern sind wir hier gemeinsam auf einem guten Weg, das in den nächsten Wochen und Monaten miteinander zu debattieren. Ich sage einmal, drei Monate Genehmigungsfiktion, und in drei Monaten sind wir auch mit diesem Gesetz durch, und dann geht es endlich voran.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie merken also, mit dieser Änderung gehen wir einen entscheidenden Schritt nach vorne, und wir kommen mit diesem Gesetzentwurf dem Ziel „Mobilfunk für alle“ auch ein gutes Stück näher. Wir sorgen dafür, dass der Ausbau der digitalen Infrastruktur nicht länger an langwierigen Genehmigungsprozessen scheitert. Indem wir die Genehmigungsverfahren beschleunigen und vereinfachen, schaffen wir Bürokratie ab und bauen Funkmasten auf.

Last, but not least, wollte ich Ihnen, Herr Schulz, noch sagen, warum wir zu all den Themen, die Sie genannt haben, nichts in dieser hessischen Bauordnungs-Novelle für Mobilfunkmasten stehen haben: Alles, was Sie genannt haben, betrifft Bundesrecht und ist deswegen durch uns nicht zu regeln. – Vielen Dank, und allen noch einen schönen Feierabend. Ich freue mich auf die Anhörung.

(Beifall SPD und vereinzelt CDU)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Kollege Kaffenberger. – Das Wort hat der Wirtschaftsminister, Staatsminister Mansoori. Bitte sehr, Kaweh.

Kaweh Mansoori, Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr, Wohnen und ländlichen Raum:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist eine berechtigte Frage, warum aus den 20 Vorschlägen der Expertenkommission „Innovation im Bau“ ausgerechnet dieser eine herausgegriffen wurde und in Form eines beschleunigten Fraktionsgesetzes hier ins Plenum kommt. Dazu haben aber die Rednerinnen und Redner aus der Koalition bereits ausgeführt.

Ich möchte noch ein Argument ergänzen, das eines sein muss, das uns hier in Hessen umtreibt: Die Mobilfunkunternehmen melden uns allen zurück, dass sie aktuell prüfen, wo und in welchen Ländern sie ihre Investitionen ansetzen. Da kommt es natürlich auf Geschwindigkeit an. Wir als ein Bundesland, das schon jetzt wirtschaftlich erfolgreicher ist als nahezu alle anderen im Westen, wollen uns hier nicht ausruhen, sondern wir wollen, dass sich unsere Wirtschaft weiter entwickelt. Digitale Infrastruktur spielt dafür eine gewichtige Rolle. Deswegen haben wir heute diesen Gesetzentwurf als Fraktionsgesetz auf der Tagesordnung. Wir sind seitens der Landesregierung auch sehr dankbar für dieses Tempo, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall CDU und SPD)

Ich werde mich auf die bauordnungspolitische Bewertung beschränken, Kollegin Sinemus wird es in der nächsten Lesung digitalpolitisch begleiten.

Es ist viel dazu gesagt worden, was diesen Gesetzentwurf auszeichnet. Vieles davon ist auch beispielhaft dafür, wie wir das in dem Baupaket machen werden, nämlich Vereinheitlichung von Standards, Vereinfachung, weniger Aufwände in den Bauaufsichtsbehörden, die sich auf den Kern ihrer Aufgaben konzentrieren wollen.

(J. Michael Müller (Lahn-Dill) (CDU): Genau so ist das!)

Deswegen ist es gut, dass wir Teile der Mobilfunkmasten in Zukunft genehmigungsfrei stellen und die Mobilfunkmasten, die in Zukunft nicht genehmigungsfrei sind, zumindest keine Sonderbauten mehr sind, damit sie im vereinfachten Verfahren in den Behörden geprüft werden können. Das entlastet auch unsere Kommunen.

(Beifall CDU und SPD)

Ein zweiter Punkt. Was nicht innerhalb von drei Monaten genehmigt ist, gilt künftig als genehmigt – die sogenannte Genehmigungsfiktion. Drei Monate sind zumutbar, um sich mit so einem Thema auseinanderzusetzen, und drei Monate sind vor allem auch eine zumutbare Zeit für Investorinnen und Investoren, innerhalb derer sie Verlässlichkeit bekommen, ob sie ein Projekt umsetzen können oder nicht. Auch das werden wir uns künftig in vielen anderen Verfahren zum Vorbild nehmen. Das wird sicherlich auch Gegenstand der weiteren Baupakete sein.

Deswegen genießt der Vorschlag, der heute vorliegt, zu Recht die Unterstützung der Mobilfunkanbieter, aber auch die Unterstützung der Landesregierung. Weniger Bürokratie, schnelle Verfahren: Das ist der Geist, mit dem wir auch künftig das Baurecht in Hessen vorantreiben wollen.

(Beifall CDU und SPD)

Frau Abgeordnete Feldmayer macht das ja in jeder Debatte,

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Macht sie gut!)

wenn sie der Landesregierung vorhält, es sei hier nichts passiert. Deswegen will ich Sie einmal mit Fakten konfrontieren.

(Zuruf BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ei, ei, ei!)

Im letzten Jahr, für das Programmjahr 2024, fördert diese Landesregierung 1.400 Sozialwohnungen mehr als die vorherige.

(Vereinzelter Beifall CDU und SPD – Zuruf Martina Feldmayer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – Glockenzeichen)

Sie gibt 250 Millionen Euro mehr für geförderten Mietwohnungsbau aus als die vorherige.

(Zurufe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie hat den digitalen Bauantrag eingeführt und ausgerollt. Sie hat das Hessengeld eingeführt. Sie hat das Potenzialflächenkataster verbessert und wird in Kürze das erste Baupaket vorlegen.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Alsbald!)

Sie sehen, meine sehr verehrten Damen und Herren, im ersten Jahr ist es deutlich vorangegangen. – Herzlichen Dank.

(Beifall CDU und SPD)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Herr Minister.

Wir sind am Ende der Debatte und überweisen den Gesetzentwurf zur Vorbereitung der zweiten Lesung an den Fachausschuss. – Allgemein freudige Zustimmung.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 9** auf:

Dritte Lesung

Gesetzentwurf

Landesregierung

Gesetz über die Ausgliederung der Stadt Hanau aus dem Main-Kinzig-Kreis und zur Änderung anderer Rechtsvorschriften

– Drucks. 21/1682 zu Drucks. 21/1561 zu Drucks. 21/1419 –

Berichtersteller ist der Kollege Christoph Sippel. Du hast das Wort. Bitte sehr.

Christoph Sippel, Berichterstatter:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen!

(Lachen AfD)

Ich darf berichten. Der Innenausschuss empfiehlt dem Plenum, den Gesetzentwurf unter Berücksichtigung des Änderungsantrags in dritter Lesung anzunehmen: CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Freie Demokraten bei Stimmenthaltung der AfD.

Zuvor wurde der Änderungsantrag angenommen: CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Freie Demokraten bei Stimmenthaltung der AfD.

(Präsidentin Astrid Wallmann übernimmt den Vorsitz.)

Christoph Sippel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, ich würde gleich in meiner Rede fortfahren. – Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen! Das heutige Datum, der 25. Februar 2025, wird – sofern wir den hier vorliegenden Gesetzentwurf beschließen – ein historisches Datum sein: ein historisches Datum für die Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Hanau und des Main-Kinzig-Kreises.

Heute entscheiden wir über die Rahmenbedingungen der Auskreisung der Stadt Hanau aus dem Main-Kinzig-Kreis. Das ist der Kern von Politik: konkrete Entscheidungen über konkrete Anliegen der Bürgerinnen und Bürger, und keine Symbolpolitik. Es ist gut, dass die demokratischen Mitglieder dieses Hauses sich hier einig sind.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt SPD und Dr. Ralf-Norbert Bartelt (CDU))

In der ersten Lesung wurde schon viel über die Historie der Kreisfreiheit der Stadt Hanau gesprochen. Bereits Anfang des Jahrtausends gab es mit einem Beschluss der Hanauer Stadtverordnetenversammlung den ersten Schritt hin zu einer Auskreisung der Stadt Hanau aus dem Main-Kinzig-

Kreis. 2018 nahm der Prozess dann richtig Fahrt auf und wird nun zum 01.01.2026 tatsächlich vollzogen – etwas später als ursprünglich geplant, „Corona sei Dank“, aber besser spät als nie.

Die Stadt Hanau stellt in vielen Punkten eine Besonderheit dar. So ist sie die größte Sonderstatusstadt in Hessen und auch mit Abstand die größte Stadt im Main-Kinzig-Kreis, ganz unabhängig vom aktuellen Zensus. Die Stadt ist kulturell, ökonomisch und gesellschaftlich nicht mit anderen Teilen des Kreises vergleichbar, und so ist es nur folgerichtig, dass Hanau sich auf diesen Weg begibt. Und dieser Weg, das möchte ich an dieser Stelle sagen, ist durchaus vorbildlich – auch in der Art und Weise, wie er beschritten wurde: nicht eilig und überhastet, sondern sorgfältig, Schritt für Schritt.

Ich möchte heute auch die Gelegenheit nutzen und Danke sagen. Danke an das Innenministerium für diesen Gesetzentwurf und auch für die Bereitstellung der Unterlagen zur Regierungsanhörung. Danke an die Stadt Hanau – Oberbürgermeister Kaminsky, der Magistrat und einige Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung wohnen dieser Debatte ja auch bei –, und auch Danke an den Main-Kinzig-Kreis für die vielen Vorbereitungen sowie den umfassenden Grenzänderungsvertrag, der fast alles regelt, mit dem sich die Kommunalpolitik tagtäglich beschäftigt – von A wie Abfallwirtschaft bis Z wie zentrale Leitstelle.

Gerade auch bei Letzterem zeigt sich doch auch, dass es eben keine hässliche Trennung, sondern ein fried- und freundliches Auseinandergehen ist; denn Kreis und Stadt teilen sich eine gemeinsame Leitstelle und einen gemeinsamen Rettungsdienstbezirk. So geht doch interkommunale Zusammenarbeit par excellence.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt SPD und Alexander Bauer (CDU))

Wir GRÜNE standen der Auskreisung immer positiv gegenüber und haben in der letzten Legislaturperiode auch entsprechende Regelungen zur Unterstützung gefasst. Es gab zwar keine – wie von mir in der ersten Lesung erhofft – Übergangsregelung für die aktuellen Kreistagsabgeordneten aus Hanau bis zur Kommunalwahl, aber ich bin mir sehr sicher, dass der Main-Kinzig-Kreis und die Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker hiermit gut umgehen werden, so, wie sie es landauf, landab in ihrer großen Mehrheit auch tun.

Der Änderungsantrag von CDU und SPD hat mit der Auskreisung der Stadt Hanau wenig zu tun. Aufgrund von EU-Rechtsprechungen aus dem letzten Sommer ist es aber notwendig und richtig, hier dieses Omnibusgesetz zu beschließen. Ob man diese Regelung nicht früher und in einem separaten Gesetzentwurf hätte treffen können, gebe ich Ihnen von der Koalition als kleinen Hinweis mit.

Das kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass das heutige Datum ein historisches sein wird, wenn wir gleich diesen Gesetzentwurf beschließen. Ich freue mich darauf, das hier in großer Einigkeit zu tun. – Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Sippel. – Als Nächste hat die Abgeordnete Kunz-Strueder von der SPD-Fraktion das Wort.

Cirsten Kunz-Strueder (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! In der Politik braucht man oft einen langen Atem. Einen, der diesen langen Atem hatte, begrüße ich an dieser Stelle ganz herzlich, Hanau Oberbürgermeister Claus Kaminsky, der heute zu Gast ist und dem ich für sein Engagement danke, etwas voranzutreiben, von dem viele gesagt haben, dass es gar nicht geht.

(Beifall SPD, vereinzelt CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Möglich gemacht haben das insbesondere die Zusammenarbeit und der Zusammenhalt in der kommunalen Familie. Landrat Thorsten Stolz ist den Weg ziel- und sehr lösungsorientiert mitgegangen im Sinne der Menschen vor Ort, im Kreis und in der Stadt. Das ist nicht selbstverständlich, nicht so selbstverständlich, wie es scheint, wenn man sieht, wie die Vorgänge vor Ort waren. Das ist wirklich außergewöhnlich. Anderswo ist das Projekt einer Auskreisung schon gescheitert. Das zeigt einmal mehr, wie sehr das alles an den handelnden Personen hing.

(Beifall SPD und Christoph Sippel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Deswegen ein ganz lautes Dankeschön.

Die Auskreisung wurde sehr kritisch begleitet, als im Jahr 2005 die Ersten danach riefen, als Gelnhausen und nicht Hanau Kreisstadt wurde – eine sehr lange Zeit. Das Ergebnis, der heutige Gesetzentwurf, ist das Verdienst der Handelnden vor Ort, und wir tragen mit ihm dem Rechnung, was Claus Kaminsky und Landrat Thorsten Stolz gemeinsam mit ihren Gremien erarbeitet haben.

Wir nehmen die kommunale Ebene ernst, wir folgen ihren Wünschen, wir entsprechen dem Kern der kommunalen Selbstverwaltung. Ich hatte es in meiner ersten Rede schon gesagt: Alles, was man vor Ort erledigen kann, soll man auch vor Ort erledigen können.

Die Stadt Hanau hat als Sonderstatusstadt ohnehin schon viele Aufgaben für die Einwohnerinnen und Einwohner übernommen, die anderswo im Kreis geregelt werden, und mit dem Erlangen der Kreisfreiheit wird Hanau nun zusätzlich Verantwortung für das Gesundheitswesen, den Katastrophenschutz, das Sozialwesen und Schwerpunkte im Umwelt-, Sozial- und Asylbereich übernehmen.

Aber – das soll auch nicht unerwähnt bleiben – es ist schon vertraglich geregelt, dass die beiden Vertragspartner weiterhin zusammenarbeiten, weiterhin Synergien nutzen, wo es Sinn ergibt, zum Beispiel mit einem gemeinsamen Rettungsdienstbezirk für die Menschen in Hanau und im Kreis. Wo es Sinn ergibt, arbeitet man zusammen. Auch das ist Ausdruck eines großen Zusammenhalts, den ich nach vorne stellen möchte.

(Beifall SPD und Christoph Sippel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf wird die Stadt Hanau mit Wirkung zum 1. Januar 2026 zur kreisfreien Stadt erklärt und aus dem Main-Kinzig-Kreis ausgegliedert.

Ich habe meinen Dank dafür nach vorne gestellt, gute Kompromisse zu finden; das ist in Zeiten wie diesen gar nicht mehr so normal und selbstverständlich, wie ich es mir wünsche. Danke schön.

Das Dankeschön ist ein bisschen die Brücke, die ich schlagen möchte, um auf das Omnibusgesetz und auf den Änderungsantrag zum Hessischen Gesetz über Spielbanken und Online-Casinospiele zu sprechen zu kommen; denn auch hierbei habe ich an ganz viele Menschen einen Dank zu richten. Vielen Dank an die Kolleginnen und Kollegen aus dem Haushaltsausschuss, die diesen vorliegenden Entwurf klug erdacht haben, vielen Dank nach Brüssel an die Europäische Kommission, auf deren Hinweis hin wir nun einen Ausgleichsmechanismus ins Hessische Gesetz über Spielbanken und Online-Casinospiele aufnehmen, um zu verhindern, dass besondere Steuervorschriften für Spielbankunternehmen unter bestimmten Umständen einen Vorteil gegenüber den normalen Steuervorschriften zur Folge hätten.

(Beifall SPD und vereinzelt CDU)

Wir heilen das Ganze nun. Ich mache es stark verkürzt, weil die demokratischen Oppositionsparteien schon signalisiert haben, dass sie es mittragen. Wie machen wir das nun? Wir legen eine fiktive Steuerlast fest, die gezahlt wird. Fällt die Steuerlast geringer aus als die ermittelte fiktive Steuerlast, erhöht sich die Spielbankabgabe entsprechend. Im Falle, dass die fiktive Steuerlast höher ist, ergeben sich keinerlei Auswirkungen. Das heißt: ein klarer Gewinn für uns, Problem gelöst.

Ich freue mich auf Zustimmung und wünsche einen schönen Abend.

(Beifall SPD und CDU)

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete Kunz-Strueder. – Als Nächster hat der Abgeordnete Promny von den Freien Demokraten das Wort.

Moritz Promny (Freie Demokraten):

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Zur heutigen dritten Lesung des Gesetzentwurfs können wir nach vielen Diskussionen, nicht zuletzt auch im Innenausschuss, verschiedene Dinge festhalten:

Erstens. Die Ausgliederung ist primär das Ergebnis eines jahrelangen Prozesses zwischen der Stadt Hanau auf der einen Seite und dem Main-Kinzig-Kreis auf der anderen Seite. Insoweit haben wir hier in Wiesbaden natürlich zu respektieren, dass die notwendigen vertraglichen Regelungen zwischen der Stadt und dem Kreis letztlich auch in einem demokratischen Verfahren die notwendigen Mehrheiten vor Ort in den maßgeblichen politischen Gremien gefunden haben.

Wir haben auch zu respektieren, dass die Stadt Hanau seit der Gebietsreform 1974 schon immer eine Sonderrolle im Main-Kinzig-Kreis eingenommen hat und sich auch schon seit dieser Zeit nicht zuletzt aufgrund ihrer Größe und ihrer Eigenschaft als Stadt mit Sonderstatus von den übrigen Kommunen des Kreises abgehoben hat. Daher mag der am 20. August 2018 durch die Stadtverordnetenversammlung in Hanau beschlossene Grundsatzbeschluss nur eine folgerichtige Konsequenz dieser vier Jahrzehnte gelebten Sonderstellung sein.

Zweitens. Wir nehmen aus der bisherigen Debatte und insbesondere auch aus der erfolgten Anhörung mit, dass

dieser Vorgang auch seine Risiken birgt. Wenn sich eine so große Stadt und der Landkreis, mit dem sie über 40 Jahre lang zusammen war, am Ende trennen, wird das sicherlich auch finanziell kein Nullsummenspiel sein. Genau an diesem Punkt hätten wir uns vonseiten der Landesregierung – ich sage ausdrücklich „vonseiten der Landesregierung“ und richte hier nicht den Blick in Richtung Stadt Hanau und Landkreis – mehr Substanz in der Begründung des Gesetzentwurfs gewünscht.

Da bleiben essenzielle Fragen offen, etwa die Frage, inwieweit hier die kreisangehörigen Städte und Gemeinden eine finanzielle Last zu tragen haben. Hierbei gab es auch etwas Verunsicherung. In der Gesetzesbegründung fand sich nur die profane Feststellung, dass man sozusagen Unwuchten feststellen könne – dies immer auf einer Basis von Zahlen aus dem Jahr 2019. Das haben auch die Anzuhörenden kritisiert, meine Damen und Herren.

Diese Kritik haben wir im Rahmen der ersten Lesung geäußert. Wir hätten gehofft, dass hierbei nachgebessert wird, aber das ist bedauerlicherweise bis heute nicht entkräftet worden – und das bei der derzeit bekannten angespannten finanziellen Situation der Kommunen. Hierbei wäre es sinnvoller gewesen, man hätte nachgebessert.

Der Landrat des Main-Kinzig-Kreises hat sich mit einer Pressemeldung an die Öffentlichkeit gewandt. Er hat deutlich gemacht, dass die Finanzlage der kommunalen Haushalte schwierig ist – so schwierig wie seit vielen Jahren nicht mehr –, dass es hierbei Herausforderungen gibt und dass der Haushalt des Main-Kinzig-Kreises auch nur durch das Regierungspräsidium genehmigt wird, wenn entsprechende Umlagen erhöht werden – das ungeachtet aller Sparanstrengungen vor Ort.

Wir werden daher hier im Landtag äußerst genau beobachten, wie sich die Ausgliederung Hanaus in finanzieller Hinsicht im Main-Kinzig-Kreis auswirkt. Wir haben die Äußerungen des Innenministers im Ausschuss positiv zur Kenntnis genommen, dass er dies im Zuge der Neuordnung des KFA einer Lösung zuführen werde. Wir sind sehr gespannt, wie sich das dann tatsächlich gestaltet. Wir sehen das Land in einer ganz besonderen und klaren Garantstellung.

Meine Damen und Herren, das Land wäre natürlich gut beraten, die Landesregierung wäre gut beraten, insoweit nicht noch mehr Vertrauen der kommunalen Familie zu verspielen. Deswegen: Unter dem Strich werden wir diesem Antrag zustimmen. Wir werden auch dem anderen Antrag im Hinblick auf das Spielbankengesetz zustimmen. Wir wünschen jedenfalls allen in der Stadt Hanau und im Main-Kinzig-Kreis viel Fortune und Glück. – Herzlichen Dank.

(Beifall Freie Demokraten)

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Promny. – Als Nächster hat der Abgeordnete Heiko Kasseckert für die CDU-Fraktion das Wort.

Heiko Kasseckert (CDU):

Liebe Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Moritz Promny, ich will vielleicht etwas aus dieser Moll-Stimmung herauskommen, die zum Schluss in der

Betrachtung dessen aufkam, was vielleicht alles passieren kann und was vielleicht alles schwierig wird.

(Beifall CDU und vereinzelt SPD)

Ich will meiner Freude Ausdruck verleihen, dass heute – der Begriff ist schon gefallen – ein wirklich historischer Tag ist. Ich bin Abgeordneter dieses Wahlkreises. Ich bin meinen Innenpolitikern dafür dankbar, dass ich dazu sprechen darf. Für mich persönlich ist es nicht nur ein historischer Tag, sondern eine ganz große Freude, dass wir uns gemeinsam vor vielen Jahren – Sie haben den Oberbürgermeister der Stadt Hanau schon genannt – auf den Weg gemacht und es in einer vernünftigen Diskussion mit dem Main-Kinzig-Kreis erreicht haben, dass die Brüder-Grimm-Stadt, die Geburtsstadt der Brüder Grimm, nach drei Flüchen, die sie in ihrer ganzen Historie erreicht haben – die Pest 1605, Napoleon, der die Stadt 1813 zerstört hat, und die Gebietsreform 1974 –, jetzt endlich wieder zurückkommt zur Kreisfreiheit. Darüber freue ich mich.

(Beifall CDU)

Ich bin, ehrlich gesagt, auch stolz darauf, als Abgeordneter dieses Wahlkreises einen Beitrag dazu zu leisten.

Spaß beiseite, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich glaube, dass wir Hanau damit in der Tat Möglichkeiten und Chancen eröffnen, sich als kleinste Großstadt Hessens im Osten der Metropolregion zu entwickeln und selbstständig die Dinge entscheiden zu können. Hanau hat in den zurückliegenden Jahren bewiesen, dass wir zum Beispiel über die militärische Konversion, über die industrielle Konversion vieles an Attraktivität geschaffen haben – sowohl als Wohnstandort als auch als Gewerbestandort. Das in den nächsten Jahren, in den nächsten Jahrzehnten eigenständig als kreisfreie Stadt zu entscheiden, das ist, glaube ich, die Chance, die darin liegt – nicht nur für die Stadt Hanau, sondern auch für die Region.

Das sage ich ebenfalls als Fraktionsvorsitzender der Kreistagsfraktion. Mit dem Abschied Hanaus aus dem Kreis ist keineswegs ein weinendes Auge verbunden, sondern mit der Stärke Hanaus, mit der Entwicklungsmöglichkeit für Hanau, wird auch der Main-Kinzig-Kreis einerseits profitieren, aber auf der anderen Seite auch nach wie vor eine große Stärke erhalten.

Der Main-Kinzig-Kreis bleibt der zweitgrößte Landkreis in Hessen. Am Entwicklungsband der A 66 bieten sich für die Kommunen des Main-Kinzig-Kreises große Chancen. Wir haben gemeinsam verabredet – dafür bin ich Herrn Innenminister Poseck und allen, die an den Diskussionen beteiligt waren, dankbar –, dass aus dieser Kreisfreiheit keine negativen Entwicklungen für die Kommunen des Kreises entstehen sollen. Das sichert der Auskreisungsvertrag, der in mühevoller Kleinarbeit zwischen Stadt und Landkreis verhandelt wurde. Deshalb danke ich den Kolleginnen und Kollegen.

Es ist heute auch schon angesprochen worden, dass wir dem Wunsch der kommunalen Familie nachkommen, dass wir den Weg heute für die Kreisfreiheit Hanaus frei machen. Das ist ein historischer Tag. Das ist ein Tag zum Feiern. Dafür ist er angelegt. Deshalb will ich selbst bei einer fünfminütigen Redezeit etwas verkürzen, damit wir, lieber Claus, liebe Isabelle, lieber Max Bieri und alle Kolleginnen und Kollegen aus Hanau, gleich noch Gelegenheit haben, mit einem Glas Sekt auf diesen historischen Tag anzustoßen. Ich wünsche viel Glück und alles Gute für die

Stadt Hanau. Ich freue mich, dass ich mit meiner Stimme einen Beitrag dazu leisten kann. – Vielen Dank.

(Beifall CDU, SPD, Freie Demokraten und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Kasseckert. – Als Nächster hat der Abgeordnete Vohl der AfD-Fraktion das Wort.

Bernd Erich Vohl (AfD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen und Herren aller fünf demokratischen Fraktionen hier im Hause!

(Beifall AfD – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Er hat sich verzählt!)

Wir beraten heute in dritter Lesung den Gesetzentwurf über die Ausgliederung der Stadt Hanau aus dem Main-Kinzig-Kreis. Dieser sieht vor, dass Hanau zum 1. Januar 2026 den Status einer kreisfreien Stadt erhält und aus dem Main-Kinzig-Kreis ausgegliedert wird.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zunächst auf die Hintergründe eingehen. Hanau ist mit fast 100.000 Einwohnern die größte Sonderstatusstadt und erfüllt bereits heute sehr viele Aufgaben, die üblicherweise Landkreisen oder kreisfreien Städten obliegen. Die Stadt hat in den letzten Jahren ein deutliches Bevölkerungswachstum zu verzeichnen, und es wird prognostiziert, dass sie bis 2035 sogar über 114.000 Einwohner haben wird, auch wenn zur aktuellen Zahl der Einwohner Uneinigkeit zwischen der Stadt Hanau und dem Statistischen Landesamt besteht. Ich glaube aber, da wird in der Zukunft noch Einigkeit hergestellt werden können.

Der Gesetzentwurf berücksichtigt diese Entwicklung und trägt der Tatsache Rechnung, dass Hanau in vielerlei Hinsicht den kreisgebundenen Strukturen entwachsen ist. Die Stadt verfügt über eine eigene Bauaufsicht, ist Schulträger, betreibt ein eigenes Jugendamt sowie eine Kfz-Zulassungsbehörde.

Meine Damen und Herren, es gibt allerdings auch einige kritische Aspekte zu bedenken, insbesondere was die finanziellen Auswirkungen betrifft. Gerade diese sollten in einer Zeit, in der die Kommunen sehr schlecht dastehen und die Steuereinnahmen zurückgehen, stärker in den Fokus genommen werden. Denn obwohl eine Trendberechnung des Finanzministeriums für 2019 keine gravierenden finanziellen Unwuchten festgestellt hat, bleiben Unsicherheiten bestehen. Daher wurde vorsichtshalber darauf hingewiesen, dass die Modellrechnung keinerlei Rückschlüsse auf die Folgejahre zulässt. Auch hier liegt das eigentliche Kostenrisiko.

Die Ausgliederung wird sich auf die Schlüsselzuweisungen im Kommunalen Finanzausgleich auswirken, sowohl für Hanau als auch für den Main-Kinzig-Kreis. Die genauen Folgen sind schwer abzuschätzen und müssen im Rahmen der Evaluation des Finanzausgleichsgesetzes sorgfältig geprüft werden. Zudem werden durch die Neuordnung der Aufgaben und Zuständigkeiten erhebliche Kosten für Reorganisation und Personalübergänge entstehen. Der ausgehandelte Grenzänderungsvertrag sieht zwar Ausgleichszahlungen vor, aber es bleibt abzuwarten, ob diese ausreichen

werden, um alle finanziellen Folgen abzufedern. Natürlich werden dann die Stadt Hanau und der Main-Kinzig-Kreis weiterhin sehr eng zusammenarbeiten. Das ist für die Region auch besonders wichtig.

Zu dem Änderungsantrag, der im Grunde mit dem Gesetzentwurf zur Kreisfreiheit Hanaus nichts zu tun hat, möchte ich anmerken, dass der Ausgleichsmechanismus zur Mindestbesteuerung im Hessischen Gesetz über Spielbanken und Online-Casinospiele durch einen Beschluss der Europäischen Kommission nötig ist.

Meine Damen und Herren, die EU mischt sich wieder einmal in nationale Angelegenheiten ein und zwingt Hessen, sein Gesetz zu ändern.

(J. Michael Müller (Lahn-Dill) (CDU): Ach, bitte!)

Das ist eine Entscheidung, die nicht von unseren gewählten Vertretern, sondern von der Europäischen Kommission getroffen wurde.

(Beifall AfD und Maximilian Mäger (fraktionslos))

Meine Damen und Herren, wo bleibt unsere nationale Souveränität? Die EU greift immer weiter in unsere inneren Angelegenheiten ein. Es ist Zeit, dass wir uns gegen diese Bevormundung wehren. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall AfD und Maximilian Mäger (fraktionslos) – J. Michael Müller (Lahn-Dill) (CDU): So ein Blödsinn!)

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Vohl. – Für die Landesregierung hat nun der hessische Innenminister das Wort, Herr Prof. Poseck.

Prof. Dr. Roman Poseck, Minister des Innern, für Sicherheit und Heimatschutz:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Vohl, lassen Sie mich zunächst zu den letzten Sätzen Ihrer Rede kommen. Leider ist hier wieder einmal Ihre Europafeindlichkeit zum Ausdruck gekommen. Ich glaube, gerade in der heutigen Zeit ist es wichtig, dass wir ein starkes und handlungsfähiges Europa haben.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Freie Demokraten)

Deshalb haben wir Vertrauen in die Europäische Union und in die Europäische Kommission. Deshalb freue ich mich sehr darüber, dass vier Fraktionen diesen Änderungsantrag unterstützen.

Lassen Sie mich zum eigentlichen Thema der heutigen Debatte kommen, nämlich zur Auskreisung der Stadt Hanau. Was lange währt, wird endlich gut. Die Beharrlichkeit der Stadt Hanau auf dem Weg zur Unabhängigkeit zahlt sich aus. Heute ist ein besonderer, heute ist ein historischer Tag für die Stadt Hanau, für den Main-Kinzig-Kreis, aber auch für das Bundesland Hessen; denn es ist der erste Fall einer Auskreisung einer Stadt in der Geschichte des Landes Hessen. Das ist also alles andere als alltäglich.

Aber es ist der richtige Schritt. Ich freue mich darüber, dass das Hohe Haus diesen Schritt in großer Einmütigkeit hier und heute treffen wird.

Die Stadt Hanau ist eine leistungsfähige, starke, große und dynamische Kommune. Das hat sie in den vergangenen Jahren immer wieder unter Beweis gestellt, und zwar unabhängig von der exakten Einwohnerzahl Hanaus. Ich will den Streit über den Zensus heute nicht in den Mittelpunkt stellen; denn er hat keine größere Bedeutung für die Auskreisung.

Fest steht, Hanau ist die sechstgrößte Stadt im Bundesland Hessen. Damit ist es auch richtig und folgerichtig, dass Hanau zukünftig in der gleichen Liga spielen wird wie Frankfurt, Wiesbaden, Kassel, Darmstadt und Offenbach. Hanau ist schon seit Längerem die mit Abstand größte Sonderstatusstadt in Hessen mit eigenen Verantwortungen im Bereich der Bauaufsicht, im Bereich der Schulträger-eigenschaft usw. Hanau hat all diese Herausforderungen sehr gut gemeistert, sodass ich zuversichtlich bin, dass Hanau auch in Zukunft eine starke und leistungsfähige kreisfreie Stadt sein wird.

(Beifall CDU, SPD, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Freie Demokraten)

Deshalb auch an dieser Stelle die herzlichen Glückwünsche der Hessischen Landesregierung zur Kreisfreiheit an den Oberbürgermeister Claus Kaminsky, an den Bürgermeister Bieri, an die Stadträtin Hemsley und viele andere, die aus der Kommunalpolitik heute in den Landtag gekommen sind und diesen Schritt immer sehr konstruktiv begleitet haben.

(Beifall CDU und SPD)

Der Main-Kinzig-Kreis muss nun loslassen. Ich glaube, er kann auch loslassen; denn der Main-Kinzig-Kreis bleibt ein starker und leistungsfähiger Kreis im Herzen des Bundeslandes Hessen. Heiko Kasseckert hat bereits darauf hingewiesen. Der Main-Kinzig-Kreis, der im Moment der bevölkerungsstärkste Landkreis im Bundesland Hessen ist, wird zukünftig nach dem Landkreis Offenbach immerhin noch der zweitstärkste Landkreis in Hessen, bezogen auf die Einwohnerzahl, sein – mit großer Entwicklungsperspektive an der A 66. Ich selbst durfte zum 50. Geburtstag des Main-Kinzig-Kreises in Gelnhausen sprechen und habe dort einen sehr lebendigen Eindruck von einem gut funktionierenden und leistungsstarken Landkreis gewonnen. Das wird auch in Zukunft so gelten.

(Beifall CDU und SPD)

Ich möchte meinen Dank aussprechen an alle Beteiligten, die diesen Weg ermöglicht haben. Man konnte gerade in den vergangenen Monaten sehen, was in der Politik möglich ist, wenn die Fähigkeit und die Bereitschaft zum Kompromiss und zum Konsens bestehen. An dieser Stelle will ich insbesondere Landrat Stolz, aber auch Oberbürgermeister Kaminsky ein großes Kompliment aussprechen; denn sie haben gemeinsam mit anderen diesen Weg der Kreisfreiheit unter Hintanstellung von Egoismen vorangetrieben. Wir haben auch ein gutes Gespräch im Innenministerium geführt. So ist jetzt am Ende ein Werk entstanden, das von allen Seiten befürwortet wird.

Der heutige Schritt ist auch Ausdruck der Kommunalfreundlichkeit der Hessischen Landesregierung, aber auch dieses Hohen Hauses insgesamt. Wir wissen um die hohe Bedeutung der Kommunen für unsere Demokratie. Unsere

Demokratie ist als Demokratie von unten aufgebaut. Sie wird vor allen Dingen in den Kommunen gestaltet. Das Vertrauen in unsere Demokratie hängt vor allen Dingen von der Arbeit in den Kommunen ab. Die Menschen identifizieren sich mit ihrer Heimat, mit ihren Kommunen. Durch die Kreisfreiheit der Stadt Hanau wird nicht nur ihre kommunale Selbstverwaltung, sondern auch ihre Identität noch einmal gestärkt, sodass dieser Schritt auch der Kommunalfreundlichkeit der hessischen Politik insgesamt dient.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die noch offenen Fragen, die von Herrn Promny angesprochen worden sind, werden zur allseitigen Zufriedenheit gelöst werden. Da bin ich sehr zuversichtlich. Ich habe auch im Ausschuss deutlich gemacht – Sie haben darauf hingewiesen –, dass die Finanzfragen im Rahmen der Evaluation des Kommunalen Finanzausgleichs eine entscheidende Rolle spielen werden. Natürlich ist die Finanzlage der Kommunen angespannt, wie auch die Finanzlage des Landes. Aber die Auskreisung wird keine negativen finanziellen Folgen für die Stadt Hanau, für den Main-Kinzig-Kreis und für die Gemeinden des Main-Kinzig-Kreises haben. Dafür werden wir alle gemeinsam Sorge tragen.

(Beifall CDU und SPD)

Präsidentin Astrid Wallmann:

Herr Staatsminister, ich darf Sie an die Redezeit erinnern.

Prof. Dr. Roman Poseck, Minister des Innern, für Sicherheit und Heimatschutz:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, ich komme zum Schluss. Ich schließe mit einem herzlichen Glückwunsch an die zukünftig kreisfreie Stadt Hanau. Alles Gute auf diesem Weg. Wir freuen uns auf die weitere Zusammenarbeit mit der stolzen Stadt Hanau. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Freie Demokraten)

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank, Herr Staatsminister Prof. Dr. Poseck.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Ausgliederung der Stadt Hanau aus dem Main-Kinzig-Kreis und zur Änderung anderer Rechtsvorschriften, Drucks. 21/1682 zu Drucks. 21/1561 zu Drucks. 21/1419. Ich darf fragen: Wer stimmt diesem Gesetzentwurf zu? – Das sind die Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Freien Demokraten. Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Die AfD. Damit ist dieser Gesetzentwurf mit der Mehrheit des Hauses angenommen und wird zum Gesetz erhoben.

(Anhaltender lebhafter Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Freie Demokraten – Auf der Besuchertribüne erhebt sich Oberbürgermeister Claus Kaminsky und hält die Daumen in die Höhe.)

Ich habe selten so viele zufriedene Besucherinnen und Besucher auf der Tribüne gesehen.

Meine Damen und Herren, mit diesem historischen Beschluss – ich habe es erkannt, es ist ein historischer Tag, ein historischer Beschluss – sind wir am Ende der Tagesordnung angekommen.

Ich darf darauf hinweisen, dass im Anschluss an die Sitzung der parlamentarische Abend der Arbeitsgemeinschaft der Wohnungs- und Immobilienverbände Hessen im Restaurant des Landtags stattfindet.

Die Sitzung ist geschlossen. Ich wünsche Ihnen allen einen schönen Abend.

(Schluss: 19:58 Uhr)